Nr. 1/1994 9. Jahrgang Einzelpreis 7 DM 1P 4356 F





die randschau

Zeitschrift für Behindertenpolitik

Arbeit und Reha

Krüppel at work

Dies ist die erste "randschau"-Ausgabe, die nach dem neuen Modus erscheint - vier mal im Jahr 44 Seiten. Das bedeutete für dieses Heft: mehr Arbeit, aber nicht mehr Zeit, denn das letzte Heft wurde erst Ende Dezember fertig. Zudem ist die Umstellung, von der wir uns mittelfristig eine Arbeitserleichterung erhoffen, erst einmal mit Mehraufwand verbunden: Postverträge müssen geändert werden, Abokarten neu gedruckt, und einiges mehr; und so ganz nebenbei hat jede und jeder von uns auch noch ein Privatleben. Wir hoffen, daß dem Heft von der Hektik nicht allzuviel anzumerken ist, garantieren können wir es nicht. Aber vielleicht ist es ja gar nicht schlecht, wenn das Erscheinungsbild der Zeitschrift ab und zu auch ein bißchen über die Produktionsbedingungen Auskunft gibt.

•••

Wie dem Impressum zu entnehmen ist, gibt es seit diesem Jahr keine Redaktion Essen mehr. Was wie eine Sparmaßnahme zur Reduzierung von Personalkosten aussieht (schlechter Witz angesichts z.B. der Telefon- und Fahrtkosten, die jede/-r aus eigener Tasche zahlt...), hat in Wirklichkeit viel nettere Gründe: Ulrike Lux wohnt seit Mitte Januar in Kassel - dort, wo Jörg Fretter schon ist. Wer die beiden kennt, weiß warum, und wird sich den Glückwunschen der Redaktion anschließen. Damit gibt es nun also zwei Redaktionen in Kassel.

•••

"Was machen wir bloß falsch?". Der regelmäßige redaktionelle Stoßseufzer gerät dieser Tage besonders laut. Er bezieht sich diesmal weniger auf die Abostatistik und den permanenten finanziellen Drahtseilakt, wie er für Projekte wie die "randschau" dazugehört. Was uns manchmal am Sinn politischer Medienarbeit zweifeln läßt, ist die Lektüre mancher Tages- und Wochenzeitungen. Wer mitansehen muß, wie irgendwelche (natürlich ungemein wichtigen) Leute, die von anderen wichtigen Leuten zu SprecherInnen der Behindertenbewegung ernannt werden, ein Dauerabonnement für Medienpräsenz besitzen, den und die kann schon mal die Wut packen. Dies insbesondere dann, wenn solche Beitrage sich weder durch Kenntnis der Diskussion noch durch so etwas wie Solidarität auszeichnen, sondern lediglich durch die ignorante Selbstgefälligkeit desjenigen, der weiß, daß er auch in der nächsten *Woche* wieder als "Erfinder der Krüppelbewegung" vorgestellt werden wird. Der Tabubruch, auf den sich mancher Dauergast im liberalen Feuilleton einiges zugute hält, ist dann keine Heldentat, wenn Andere ihn ausbaden müssen. Auch wenn uns niemand zwingt, jeden Krüppel-Promi so wichtig zu nehmen, wie dieser sich selbst: Nicht nur die "randschau"-Redaktion ist es leid, sich die Debatten von *taz* und *Woche* und deren behindertenpolitischem Lohnschreiber aufdrängen zu lassen. Einige notwendige Anmerkungen zu Franz Christoph ab Seite *32*.

•••

"Jahrmarkt der Peinlichkeiten": So lautet das neue randschau-Quiz mit integriertem Abo-Gewinnspiel. Vorgestellt werden Meisterwerke deutschsprachiger Realsatire unter besonderer Berücksichtigung von Erzeugnissen aus Behindertenorganisationen. Wer die Herkunft des jeweiligen Unsinns errät, nimmt an der Verlosung eines Jahresabos der "randschau" teil, ob er will oder nicht. Der Trostpreis besteht in einem Erkenntnisgewinn: Der kollektive Verdummungsprozeß in diesem unseren Lande macht nicht automatisch vor Selbsthilfegruppen halt. (Seite 5)

•••

Ausgerechnet ein Comic stellt die unverbrüchliche Harmonie in der "randschau"-Redaktion auf eine harte Probe. Die Rede ist von "Skin", einem Cartoon, der von einem Contergan-Kid aus der Glatzen-Szene der 70er Jahre erzählt (siehe Seite 45). Was der Bücherredakteur begeistert als Breitseite gegen falsche Rollenklischees feiert, ist für Andere lediglich eine blutrünstige und überflüssige Story, die sich der Behinderung des Hauptdarstellers als Exotikum bedient. Die Auseinandersetzung um einen Cartoon ist zugleich eine um den Stellenwert von "Normalität". Wollen wir, daß Behinderte in der Öffentlichkeit als "Menschen wie Du und Ich" dargestellt werden, mit dem Risiko, daß dabei im Einzelfall auch zutiefst unsympathische Eigenschaften zutagegefördert werden? Und wenn ja: Rechtfertigt dieses Ziel Dinge, die für sich genommen ziemlich widerlich sind, wie etwa die Darstellung von Gewalt? Eine Diskussion, die uns auch weiterhin beschäftigen wird.

Bis zum Redaktionsschluß wurde der Disput vorwiegend mit Worten ausgetragen, doch wurde vereinzelt auch schon von tieffliegenden 3,5-Zoll-Disketten und Schokoladenikoläusen berichtet. Wie soll mensch unter diesen Bedingungen eine Zeitung machen? Das fragt sich

Die Redaktion

Inhalt

Schwerpunkt
KRÜPPEL AT WORK .... S. 7

Ursula Aurien
Reha-Glück und Arbeits-Los .... S. 8

Martin Seidler
Der Hindernislauf zum Hochschulabschluß bzw. zum Beruf .... S. 10

Ursula Aurien
Hauptgewinn: Ein Ausbildungsplatz .... S. 13

Interview
"Daß man behinderte Menschen in das ganz normale Arbeitsleben integrieren könnte, das wird überhaupt nicht gedacht" .... S. 14

Martin Seidler
INNENANSICHTEN .... S. 17

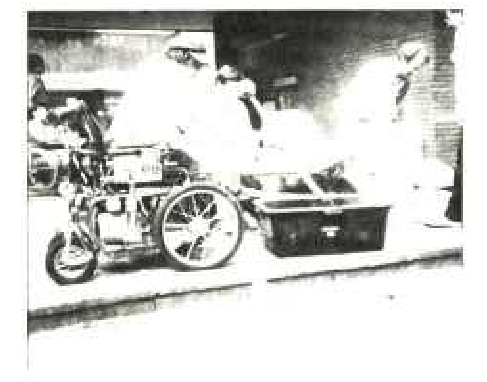
Udo Sierck
Tat oder Tod .... S. 19

Annette Wenthur
Arbeitsassistenz - Eine Utopie? .... S. 20

Ursula Kienert
Werkstatt für Behinderte: Chance oder Ausgrenzung? .... S. 22

Ulrike Rieß
Als behinderte Frau in der "nichtbehinderten Arbeitswelt" ..... S. 23

Nati Radtke
Röpers-Hof-Cafe: Nicht nur Sekt oder Selters .... S. 24



Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe, Arbeit & Reha, beginnt ab S. 8. Das Titelfoto wurde uns freundlicherweise von Bärbel Reichelt aus Berlin zur Verfügung gestellt und während einer Rolli-Rampen-Bau-Aktion am 17.6.1988 am Ärztehaus Wildburghauser Straße in Berlin aufgenommen.

Impressum .... S. 18
Aus der Redaktion .... S. 2
Magazin .... S. 3
dates .... S. 47
LeserInnenbriefe .... S. 46

Leider ist die Schrift der vorliegenden Ausgabe, entgegen unserer Planung sehr klein geworden. Doch die Zahl der vorliegenden Beiträge überstieg die Kapazität von 44 Seiten bei weitem, sodaß wir uns kurzfristig entschieden haben, 4 Seiten mehr zu produzieren. **Die Redaktion**

Behinderte in pädagogischen und therapeutischen Berufen - eine Umfrage .... S. 26

Abschied vom Übervater .... S. 32

Udo Sierck
Es gibt nichts Gutes, außer er tut es .... S. 33

Swantje Köbsell/Theresia Degener
Stellungnahme zum Taz-Artikel von Franz Christoph....................... S. 34

Gerlef Gleiss
Betrifft: Franz Christoph .... S. 35

E. Feyerabend, U. Fuchs, W. Kobusch
Forschung nach dem Erlaubtsein des Machbaren............................. S. 37

Martin Seidler
"Der Name Singer ist mir ein Begriff"....................................... S. 40

Andrea Schatz
Auf die Dauer hilft nur Power......... S. 41

Bücher
Douglas Ross
birger selim: ich will kein inmich mehr sein.. S. 43

Katrin Metz
unbeschreiblich weiblich........... S. 44

Thomas Schmidt
Vom Recht ein Arschloch zu sein.................. S. 45

INFOS

"BEHINDERTE STUDIEREN". Praktische Tips und Informationen der Beratungsstelle für behinderte Studienbewerber und Studenten des Deutschen Studentenwerks" gibt es jetzt **in der vierten, überarbeiteten Auflage**, mit einem dicken Kapitel zu Fragen der Finanzierung. Auch auf Kassette, in Braille und Großdruck. Tel. 0228/269 06 62/58, Fax: 0228/26 40 62

•

Neuauflage 1993 des "Hamburger Stadtführers für Rollstuhlfahrer" zu bestellen bei Landesarbeitsgemeinschaft für Behinderte, Richardstr. 45, 22081 Hamburg, Tel. 040/29 99 56 66. DM 10.00

•

Bei Aufträgen an Werksätten teilweise Verrechnung mit Ausgleichsabgabe
REHADAT, angesiedelt beim Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, macht Werbung für Auftragsvergabe an Werkstätten für Behinderte. Das sei nicht nur Ausdruck der sozialen Verantwortung. Man könne durch die Auftragsvergabe zur Beschäftigung Behinderter beitragen und "bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen 30 v.H. des Rechnungsbetrages solcher Aufträge auf die nach die nach 11 SchwG zu entrichtende Ausgleichsabgabe anrechnen". (aus: Fachdienst der Lebenshilfe 3/93)

FINKE UND NESIN MIT CARL-VON-OSSIETZKY-MEDAILLE AUSGEZEICHNET

Am 12. Dezember 93 wurden in Berlin der niedersächsische Behindertenbautragte Karl Finke und der türkische Schriftsteller Aziz Nesin mit der Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte ausgezeichnet.
In seiner Laudatio auf Finke betonte der Rostocker Ausländerbeauftragte Wolfgang Richter Finkes Einsatz gegen Gewalt und für Integration. Eine Gesellschaft, die wegschaue, brauche Menschen wie Finke, um wieder sehen zu lernen. In seiner Erwiderung beklagte Finke den "sozialen Kältesprung" (Ernst Bloch) und erklärte, wir müßten wieder eine "Kultur des Hinschauens anstatt des Wegschauens bekommen". Und wenn zwar der Schutz von Frauen und Umwelt, nicht aber der von Behinderten, in die Verfassung aufgenommen werde, sei das strukturelle Gewalt, weil so die Nachrangigkeit Behinderter deutlich werde. Uschi Lehmann verlas eine kurze Grußbotschaft der Interessenvertretung "Selbstbestimmt Leben."
Die Würdigung Nesins übernahm Günter Wallraff. Alisa Fuss, Präsidentin der Internat. Liga für Menschenrechte, ging in ihrer Eingangsrede ausführlich auf den gesellschaftspolitischen Hintergrund in Sachen Rassismus und Flüchtlingspolitik ein; über die Situation behinderter Menschen verlor sie kein Wort. Ihre Antwort auf eine entsprechende Kritik: Sie nehme die Kritik ernst, doch habe sie sich "mit anderen diskriminierten Minderheiten der Gesellschaft auch nicht befaßt. Das hätte den Rahmen gesprengt."

SKANDALÖS

Reichbund-Vorsitzender Franke betont anläßlich des Überfalls auf die 17jährige Hallenser Rollstuhlfahrerin (ob sie sich die Verletzung selbst beigebracht hat oder nicht, mag dahingestellt bleiben), "dadurch sei die Würde eines Volkes verletzt und das deutsche Ansehen im Ausland herabgesetzt worden" und überhaupt: "es sei kein Zustand mehr, wenn Behinderte zunehmend belästigt würden und Versammlungen und Veranstaltungen vor Anbruch der Dunkelheit beendet sein müßten". Ja, das geht nun wirklich nicht und das mit dem deutschen Ansehen auch nicht. Und noch was Schlimmes hätten wir beinahe vergessen: Bahnchef Heinz Dürr weigert sich doch glatt, die Bahnhöfe behindertengerecht auszustatten; Nachrüstungen wie Aufzüge und Rampen seien nur denkbar, wenn andere bezahlen. Wo er recht hat, hat Franke recht: Das "Unternehmen Zukunft" (ab in die Privatisierung) ist der blanke Hohn!

ATTROT AUS UNTERSUCHUNGSHAFT ENTLASSEN

Nach elf Monaten in der Augsburger U-Haft ist der Ex-Präsident der "Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben" vorläufig wieder frei; gegen eine Kaution von DM 400.000 und Hinterlegung seines Passes. Atrott war am 25. Januar 93 in einem Hamburger Hotel verhaftet worden. Er ist angeklagt, in mindestens 131 Fällen Zyankali-Kapseln verkauft und Steuerhinterziehung betrieben zu haben. Die Verteidigung behauptet, das Chemikaliengesetz, auf das sich die Anklage beziehe, sei lediglich ein Umweltgesetz "und auf die Weitergabe von Gift an Sterbewillige gar nicht anwendbar" (Tagesspiegel v. 18.12.93)

CHINA PLANT EIN 'GESETZ ZUR VERHÜTUNG ERBKRANKEN NACHWUCHSES'

"China hat über 10 Millionen Behinderte, die durch bessere Kontrollen hätten verhindert werden können." Soweit Gesundheitsminister Chen Minzhang. Er hält das Gesetz für dringend erforderlich, China könne sich so viele Behinderte nicht leisten. In der chinesischen Ein-Kind-Familie soll dieses eine Kind "gesund" und "normal" sein.
Der Gesetzentwurf "Über Eugenik und Gesundheitsvorsorge" soll dazu dienen, "Neugeburten von minderer Qualität" zu vermeiden, heißt es in einem Bericht der Nachrichtenagentur Xinhua. Heiratsverbote, Sterilisierungen und Schwangerschaftsabbrüche sind vorgesehen, um in Zukunft "untragbare ökonomische Belastungen" vom Land abwenden.
Kriterien für die Verweigerung der Heiratserlaubnis sind geistige Behinderung, Hepatitis und Geschlechtskrankheiten. Wird ein "abnormaler Fötus" diagnostiziert, soll die Schwangerschaft nicht ausgetragen werden, ebenso beim Vorliegen "gewisser Infektionskrankheiten". Ferner sollen sich die Paare sterilisieren lassen. Mit einem Netzwerk von Untersuchungsstellen unter behördlicher Kontrolle soll die Auslese- und Ausmerzepolitik à la China sichergestellt werden.
Offiziell sollen die Frauen nur dahingehend "beraten" werden, der Abbruch werde ihnen lediglich "nahegelegt". Daß Familienplanungsprogramme jedoch nicht immer "freiwillig" eingehalten werden, ist bekannt. Gleichzeitig gibt es offenbar eine Kampagne, die Familien, die sich an die bevölkerungspolitischen Vorgaben halten, zu begünstigen: Sie sollen "spezielle Priorität und Fürsorge" erhalten, z.b. bei der Wohnungsvergabe, der Alters- und Gesundheitsversorgung oder Anstellungen. Ob es in China selbst so etwas wie Kritik gibt, ist leider nicht bekannt.
Mit der Rassenpolitik des "Dritten Reiches" habe das - so ein Sprecher des "Ministeriums für Volksgesundheit" - nichts zu tun. Westliche Kritik wegen einer möglichen Mißachtung der individuellen Freiheitsrechte sei unbegründet. Der Westen hat 'gut lachen': In den Industrieländern gehört freiwillige Eugenik längst zum guten Ton. Die Verinnerlichung der eugenischen Maßstäbe macht Zwangsmaßnahmen überflüssig (siehe auch die letzte Ausgabe der "randschau"). Was einzelne Länder nicht daran hindert, bestimmte Leistungen - wie z.B. die Dialyse für über 65jährige in England - nicht mehr über das staatliche Gesundheitswesen zu finanzieren.

US-REGIERUNG FINANZIERTE RADIOAKTIVE VERSUCHE MIT GEISTIG BEHINDERTEN KINDERN

Zynischer geht es kaum: Mit radioaktiv "angereicherter" Milch und ebensolchem Müsli sollte in den vierziger und fünfziger Jahren die Wirkung und verträgliche Menge radioaktiver Strahlung auf den menschlichen Organismus getestet werden.
Bei der Anhörung vor dem Kongreß, die Mitte Januar begann, 'erläuterte' David Lister, Forschungsdirektor des in die Experimente verwickelten Technologie-Instituts in Massachusetts (MIT), die Tests sollten Erkenntnisse darüber liefern, wie Radioaktivität die Aufnahme von Kalzium und Eisen beeinflußt. Test'Objekte': 120 Schüler einer staatl. Schule für geistig behinderte Kinder im Staat Massachusetts. Weder die Zustimmung der Beteiligten noch der Eltern lagen vor.
Kenneth Ryan von der medizinischen Fakultät der Harvard-Universität, die ebenfalls an den Versuchen beteiligt war, erklärte, die Versuche seien aus heutiger Sicht nicht schädlich gewesen, doch hätten sie den Schülern auch keine Vorteile gebracht. (Welche "Vorteile"

kann man sich da überhaupt vorstellen?) Dagegen meint George Annas, Dozent für medizinische Ethik an der Bostoner Universität: "Es gibt keine Entschuldigung für diesen Mißbrauch." (Süddeutsche, 15.1.94) Insgesamt waren an den Versuchen ca. 600 bis 800 Personen beteiligt, schätzt Energie-Ministerin Hazel O'Leary. Die Mehrheit sei mit den Versuchen einverstanden gewesen. O'Leary sprach sich dafür aus, die noch lebenden Opfer (!) finanziell zu entschädigen.
Wenn sie schon meinen, sie müßten das unbedingt 'rauskriegen' - warum haben dann die Forscher "Wirkung und verträgliche Menge" nicht an sich selbst getestet?

Sorry. Mir wäre auch wohler, wenn wir auf solche Grusel-Storys verzichten könnten. Aber jetzt haben wir noch zwei gute Nachrichten:

AUFRUF ZUM EUROPAWEITEN PROTESTTAG FÜR DIE GLEICHSTELLUNG BEHINDERTER MENSCHEN AM 5. MAI 1994

Auch in diesem Jahr ruft der "Initiativkreis Gleichstellung Behinderter" in Kooperation mit dem europäischen Netzwerk zum selbstbestimmten Leben Behinderter und Diabled Peoples' International zum europaweiten Protesttag auf. "Durch Demonstrationen, Tagungen, Podiumsdiskussionen mit PolitikerInnen, Informationsveranstaltungen, Infoständen oder mittels einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit soll am Europatag verbandsübergreifend die Verabschiedung von umfassenden Gleichstellungsgesetzen eingefordert werden. Auf diese Weise wollen wir Kreativtät, Kraft und Hingabe für die Sache der Gleichstellung Behinderter an einem gemeinsamen Tag zum Ausdruck bringen und deutlich machen, daß die Forderung nach der Verabschiedung von umfassenden und einklagbaren Gleichstellungsgesetzen für behinderte Menschen nicht mehr nur ein Traum von wenigen, sondern eine politische Forderung darstellt, an der die PolitikerInnen und Parteien besonders im "Super-Wahljahr 1994" nicht mehr vorbeikommen." heißt es in der Presseerklärung. Das Kasseler Koordinationskommittee sorgt für die Verbreitung von Informationen, sammelt und versendet Listen der geplanten Aktivititäten und bereitet eine zentrale Presseerklärung vor. Rückmeldungen über die in den einzelnen Städten geplanten Aktionen sollten spätestens Ende Februar in Kassel eingehen. Die KoordinatorInnen arbeiten ehrenamtlich und sind bei Ihrer Arbeit auf Spenden angewiesen: Gleichstellungsfond, c/o fab e.V., Kontonr. 61 978 bei der Stadtsparkasse Kassel, BLZ 520 501 05 (auf Wunsch können steuerabzugsfähige Spendenquittungen ausgestellt werden). Menschen, die am Gleichstellungstag 94 teilnehmen möchten, können sich mit den KoordinatorInnen unter folgender Anschrift in Verbindung setzen:
Initiativkreis Gleichstellung Behinderter c/o ISL e.V.
Ottmar Miles-Paul
und European Network on Independent Living - ENIL
Uwe Frehse
Kurt-Schumacher-Str. 2
34117 Kassel
Tel. 0561/77 97 55
FAX 0561/71 31 32



ANDREAS JÜRGENS KANDIDIERT FÜR DEN BUNDESTAG

Dr. Andreas Jürgens, rollstuhlfahrender Amtsrichter aus Kassel, hat Aussichten, in den nächsten deutschen Bundestag einzuziehen. Die nordrhein-westfälischen Grünen/Bündnis 90 wählten den parteilosen Mitinitiator der Kampagne für ein Gleichstellungsgesetz auf Platz 12 ihrer Landesliste. Sollte die Öko-Partei in NRW mehr als 8% erhalten, wird zumindest ein Vertreter der bundesdeutschen Behindertenbewegung im hohen Hause vertreten sein. Während die "Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben" (ISL) mit "großer Freude" auf Jürgens' Nominierung reagierte, stellen sich auch kritische Fragen. Denn diese Personalentscheidung der Partei hat bis jetzt kaum eine programmatische Entsprechung gefunden. So haben sich die Grünen in der letzten Legislaturperiode lautlos von der Forderung nach einem steuerfinanzierten Pflegeleistungsgesetz verabschiedet, das sie noch vor wenigen Jahren selbst im Parlament eingebracht hatten. Doch nicht nur die unklare Haltung in der Pflegepolitik hat viele AktivistInnen der Krüppelszene auf Distanz zu dieser Partei gehen lassen; auch in vielen anderen Fragen (z.B. Gentechnologie) ist die Tendenz unübersehbar, ehemals eindeutige Positionen auf die für eine Regierungsbeteiligung notwendige Unverbindlichkeit zu trimmen. Andreas Jürgens wird es schwer haben, nicht als behindertenpolitisches Feigenblatt benutzt zu werden. Menschen, die Andreas bei seiner Kandidatur bzw. im Wahlkampf unterstützen wollen melden sich bei: **AG Behindertenpolitik bei Bündnis 90/Die Grünen in Kassel, c/o A. Jürgens, Goethestr. 12, 34117, Kassel, Tel.: 0561 / 1 31 16**

SCHÖNE AUSSICHTEN

Der Münsteraner Pränatalmediziner Wolfgang Holzgreve ist fleißig. Zusammen mit dem Transfusionsmediziner Henk Garritsen hat sein Team einen, so heißt es, völlig ungefährlichen Bluttest entwickelt, der künftig schon ab der fünften Schwangerschaftswoche Auskunft darüber geben könne, ob die Chromosomen "stimmen". Fluoreszierende Gensonden sollen den Chromosomen 13, 18 und 21 auf die Spur kommen; auf diese sei der Test zur Zeit beschränkt. Holzgreve: Die wenigsten Kinder mit Trisomie 18 würden das erste Lebensjahr überleben, sofern sie zur Welt kommen. Da könne man den Eltern und Geschwistern viel Leid ersparen. Potientielle Eltern von Kindern mit Trisomie 21 frage er aber: "Überlegen sie mal, hat das Kind nicht auch ein Recht zu leben?", denn diese Kinder seien "eigentlich recht glücklich".

Holzgreves Ziel ist die Gentherapie im Mutterleib. "Die Gentherapie beim Ungeborenen wäre langristig ungleich effektiver als bei bereits geborenen Kindern." Vorraussetzung dafür seien eine frühe Diagnose und die Möglichkeit, intakte Gene zu übertragen. Daran werde mit Hochdruck geforscht.
Für die Möglichkeit, einen Embryo (im Rahmen der IVF, der künstlichen Befruchtung) auf "Erbschäden" untersuchen zu lassen, zeigt Holzgreve große Symphatie. Zwar sei "diese Art der Forschung" hier durch das Embryonenschutzgesetz verboten, doch mache der Londoner IVF-Spzialist Handyside "eigentlich ... nichts anderes als eine frühe Chorionbiopsie (Gewebeentnahme fötaler Zellen ab der 10.Schwangerschaftswoche) und ein Paar, das durch ein IVF-Programm laufe, mit einen "sehr hohen Risiko für kindliche Erbkrankheiten ... würde in der zehnten Woche häufig ohnehin eine pränatale Diagnostik wählen." Warum dann nicht gleich, soll heißen, vor der Einpflanzung? (vgl. Focus v. 6.12.93)

Wie hieß es doch im EG-Papier zur Prädiktiven Medizin 1988) unter dem Stichwort Gentherapie?
"Mit der Kartierung des menschlichen Genoms wird eine ungeheure Erweiterung der Informationen über den Aufbau des menschlichen Gens einhergehen; es werden einfachere, schnellere und billigere Screening-Methoden zur Feststellung der genetischen Disposition für eine Erkrankung entwickelt. Hieraus wird sich die Möglichkeit therapeutischer Eingriffe ergeben, durch die das Auftreten der Krankheit verhindert wird. Wenn die Gene indentifiziert worden sind, die mit einem erhöhten Risiko für die gängigen Krankheiten wie Herzkrankheiten, Diabetes und Arthritis in Verbindung stehen, wird sich die Möglichkeit zu Reihenuntersuchungen der Bevölkerung ergeben. In Westeuropa, mit einer Bevölkerung mit zunehmendem Durchschnittsalter und einem damit verbundenen stetigen Kostenanstieg im Gesundheitswesen, sind die Aussichten sowohl auf billigere Tests als auch auf frühzeitiges Eingreifen, wodurch die Abnahme der Erkrankungshäufigkeit möglich wird, äußerst attraktiv" (S. 11/12).
Was das ist, Prädiktive Medizin? Noch einmal das EG-Papier: "Zusammengefaßt zielt prädiktive Medizin darauf ab, Personen vor Krankheiten zu schützen, für die sie von der genetischen Struktur her äußerst anfällig sind und gegebenenfalls, die Weitergabe der genetischen Disponiertheit an die folgende Generation zu verhindern" (S. 3). Das Papier mußte in dieser Form zurückgezogen werden. Wie wir sehen, geht es auch so.

Der neue Test, der bisher an 200 Frauen geprüft wurde, soll noch mindestens ein Jahr lang in Münster und den USA ausprobiert werden, bevor er auf den Markt kommen soll. Welche Frau wird sich diesem "verlockenden Angebot" (Holzgreve: Risiken auf Null reduziert) widersetzen können? Wie lange wird es angesichts der Aussicht auf "Behandlung", an der Holzgreve fieberhaft arbeitet, dann noch dauern, bis wir "amerikanische Verhältnisse" haben? Soll heißen: Wann werden auch hier Frauen im Zweifelsfall entmündigt werden, damit ihr Fötus in der "Genuß einer vorgeburtlichen Behandlung" kommt?

ZEITSCHRIFTENSTERBEN - PULS GIBT AUF!

Schweiz - PULS, die Schweizer 'DruckSache aus der Behindertenbewegung', wird mit der nächsten Nummer, im 36. Jahr ihres Erscheinens, eingestellt. Fehlende Resonanz und Mitarbeit haben auch hier, wie in so vielen anderen kleinen Zeitschriften, zu dieser Entscheidung geführt. Die letzte Nummer, die voraussichtlich Ende Februar zu haben sein wird, wird wohl noch einmal genauer auf die Gründe für die Einstellung des Blattes eingehen. Die Qualität des Blattes hatte KennerInnen zufolge in den letzten Ausgaben arg gelitten, obwohl die PULS in den Jahren zuvor als der kritische Geheimtip im behindertenpolitischen deutschsprachigen Zeitschriftenwald gehandelt wurde. Mit Schwerpunktthemen, die weit über die Grenzen der Schweiz hinaus Beachtung fanden (z.B. mit Nummern zur sexuellen Ausbeutung Behinderter), hatte sich die PULS und mit ihr ihr Herausgeber, der Club Behinderter und ihrer Freude in der Schweiz (im letzten Jahr umbenannt in ANORMA - Selbsthilfe für die Rechte Behinderter), einen Namen gemacht. Bedauerlich, aber leider nicht mehr abwendbar, scheint der Niedergang behindertenpolitischer Medien voranzuschreiten. Die PULS wird fehlen.





REICHSBUND-CHEF FRANKE BESORGT UM UNSERE SICHERHEIT

Fast als letzte Meldung flatterte uns dieser Tage ein Fax ins Haus, das wieder einmal zeigt, wo der Reichsbund-Chef Franke die Kohle seiner Mitglieder verpulvert. Diesmal traf er sich, wahrscheinlich fröhlich lächelnd, mit dem Ministerpräsidenten des Landes Bayern, Stoiber, in München um gemeinsam die Politik zugunsten behinderter Menschen in diesem unseren Lande (und dem Freistaat) abzustimmen. Heraus kam belangloses und bemerkenswertes: So waren Stoiber und Franke sich schnell in Sachen Pflege-verUNsicherung einig, hier betonten beide ihre Gegnerschaft zur Abschaffung von gesetzlichen Feiertagen für die Finanzierung der Versicherungslösung. Durchaus richtig, verwiesen sie darauf, daß "...im Hinblick darauf, daß sich von 1,7 Millionen Pflegebedürftigen etwa 1,15 Millionen in häuslicher Pflege befinden, ... das Schwergewicht der Pflegeversicherung auf diesen Bereich gelegt werden müsse." Konkreter wurden die beiden leider nicht, sieht mensch sich die derzeit vorliegenden Vorschläge an, scheinen diese jedoch nicht ganz die Handschrift des CSU-Ministerpräsidenten zu tragen.

Ein Schmankerl besonderer Art boten die beiden in Fragen der 'Inneren Sicherheit'. So hob Stoiber hervor, "daß Bayern alles tun werde, um das sicherste Land in Deutschland zu bleiben" und kommt flugs zu dem etwas verqueren und sprunghaften Schluß: "Wenn ältere Menschen und Behinderte abends Angst haben müssen, alleine zu Veranstaltungen zu gehen, ist das ein Stück Demokratieverweigerung". Wie er zu diesem Schluß kommt, legt die Presseerklärung leider nicht offen (unsere Angst ist also offentsichtlich eine Verweigerungshaltung gegenüber der Demokratie, oder wie, oder was?), dennoch kann Franke ihm beipflichten und gleich noch "die von der Staatsregierung probeweise eingeführte Sicherheitswacht und die Einrichtung von Sicherheitsbeiräten" begrüßen, "die dazu beitragen könnten die Angst der älteren Mitbürger vor Kriminalität abzubauen" (Hä?, d. Säzzer). Auch wenn sich nicht mehr klären läßt, ob die Demokratieverweigerung nur bloße Angst vor der HERRschenden (Parlamentarier?)Kriminalität ist, kommen beide zu dem genialen Schluß, daß aber auf jeden Fall das Strafgesetzbuch überarbeitet gehöre, "wobei Leben und Gesundheit Vorrang zu genießen hätten."

DIE RANDSCHAU QUIZ

JAHRMARKT DER PEINLICHKEITEN

An dieser Stelle wollen wir von Zeit zu Zeit Obskures und Bemerkenswertes vorstellen, bei dem mensch auch noch die Möglichkeit besitzt, etwas zu gewinnen. Diesmal werden wir aus einer Selbstdarstellung eines Vereins zitieren und die geneigte LeserInnenschaft wird aufgefordert, sich auf die Suche nach dem Namen desselben zu machen. Zu gewinnen gibt es ein Jahresabo der 'randschau'. MitarbeiterInnen, FreundInnen und FördererInnen des besagten Vereins sind, ebenso wie der Rechtsweg, vom Gewinnspiel ausgeschlossen. Gehen mehrere richtige Antworten ein, wird unsere Glückskrüppelin per Los entscheiden. Nun aber los:

"Selbsthilfe, soll sie wirklich das sein, was sie zu sein beansprucht, nämlich, daß wir uns selbst helfen können, setzt immer Hilfe zur Selbsthilfe voraus. Auch in unserem Verein ist diese Hilfe zur Selbsthilfe tragendes Element.
Wir Behinderte können unsere Nöte, unser Leid, aber auch unsere Freude den Menschen mitteilen und anvertrauen, die bei uns Mitglieder, Vorstandsmitglieder, Besucherinnen und Besucher und hauptamtlich Tätige sind, auch wenn sie Nichtbehinderte sind.
Übrigens haben auch letztere vieles mitzuteilen und loszuwerden. Gerade dieses Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten hilft jedem. Alle erfahren, daß bei Allen Nöte und Freuden sind. Freilich überwiegt oft das eine oder andere, aber auch nicht sichtbares Leid ist oft nicht weniger schwer zu tragen, aber allein wäre es schlimmer - viel schlimmer!
Wir tragen einander, fangen uns auf, erleben ein Stück Geborgenheit - wir haben eine Nische...
Gemeinsame Not ist zwar auch nicht halbe Not, aber miteinander reden kann gemeinsames Handeln bewirken. Dies ist oft leichter zu verwirklichen und effektiver als das Handeln eines Einzelnen. Das Selbstbewußtsein wächst und damit auch der Mut zum Handeln. Unterschiedliche Erfahrungen mit gleichen Problemen lassen sich sammeln und alle Problemlösungsschritte auf eine breitere Basis stellen!
Jeder von uns erlebt natürlich seine Erfahrungen subjektiv, z.B. in Gesprächskreisen. Darum soll dieses Blatt nur ein paar allgemeine Gedanken zu Selbsthilfe vermitteln.
Wir laden Sie ganz herzlich ein, heute hier mit uns über unsere Erfahrungen zu sprechen oder uns in unserer Kontaktstelle zu besuchen."

Einsendungen bitte an: die randschau, Redaktion Kassel, Mombachstraße 17, 34127 Kassel (Einsendeschluß ist der 1. April 1994)

KLEINANZEIGEN

***'die randschau'* ist immer noch auf der Suche nach einem Flachbettscanner (1.200 dpi), sowie einer Wechselfestplatte mit 80 MB. Der Preis hierfür beträgt derzeit zusammen lockere 3.800 DM. Wir sind in der Lage hierüber eine Spendenquittung auszustellen und suchen dringend Leute, die uns entweder diese Dinge kostenfrei beschaffen können bzw. auch solche, die in der Lage sind uns den Gegenwert in Geldscheinen zu überlassen. Potentielle SpenderInnen melden sich bitte bei der Redaktion Kassel, Jörg Fretter, Mombachstr. 17, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78 oder aber überweisen gleich auf das Konto von 'krüppeltopia' e.V. Nr.: 10 09 422 bei der Stadtsparkasse Kassel (BLZ: 52050151)**

Behindertenfahrzeug AROLA 10, 160 cm³, Viertaktmotor, div. Zubehör, ca. 100 km gelaufen, Erstzulassung 1993, wegen Todesfall zu verkaufen, Preis VB. **Tel. 0202/72 21 88**

Berliner **Krüppelfrauenkunstprojekt** sucht noch Frauen, die Lust haben, künstlerisch, kunsthandwerklich zum Thema B R U C H mit unterschiedlichen Materialien zu arbeiten. Dauer: ein Jahr, mit dem Ziel einer Ausstellung.
Bei Lust und Neugierde:
Tel. Dorothee 030/211 15 50, Anke 030/341 43 86, Karin 030/325 87 38

Kein Kommentar zu Halle?

Viel ist in den letzten Wochen zu den Ereignissen in Halle geschrieben und gesagt worden. Sicher erwarten Einige, daß auch wir uns zu Halle äußern. Dies wollen wir insoweit tun, als das wir uns entschlossen haben, nachfolgend zum einen die Presseerklärung des Bundesweiten Anti-Eugenik/'Euthanasie'-Forums, sowie einen Kommentar von Ulrike Baureithel aus der Wochenzeitschrift Freitag nachzudrucken bzw. zu dokumentieren.

Bundesweites Anti-Eugenik/ 'Euthanasie'-Forum

Presseerklärung

Am Montag, den 10.1.1994 war durch die Presse zu erfahren, daß in Halle rechtsradikale Jugendliche einer 17jährigen Rollstuhlfahrerin ein Hakenkreuz ins Gesicht geritzt hatten.

Die Presse, die begrüßenswerter Weise erstaunlich schnell über den Vorfall informierte, stilisierte die Hallenser Schülerin jedoch zu einem Opfer von Einzeltätern hoch. Bei so einer Art Berichterstattung werden aus der Vielzahl der Übergriffe die gut vermarktbaren Vorfälle herausgestellt. Anstatt die gesellschaftlichen Strukturen von Rassismus und Behindertenfeindlichkeit aufzuzeigen, wird Fassungslosigkeit demonstriert.

Durch die promte Berichterstattung der Presse war es möglich, daß am Dienstag, den 11.1.1994 mehr als 10 000 Menschen in Halle auf die Straße gingen, um gegen den Übergriff zu protestieren.

Nachdem die Medien am Freitag, den 14.1.1994 berichtete, daß sich die behinderte Frau diese Schnitte selber beigebracht haben soll, ist zu befürchten, daß viele, die von den Meldungen am 10.1.1994 empört waren, frustriert sind und zukünftig von vermeindlich voreiligen Protesten Abstand nehmen werden.

Wir stellen fest, daß die Protestaktionen vom 11.1.1994 wichtig und uneingeschränkt richtig waren, da es nicht entscheidend ist, ob sich der jüngste 'Fall' so zutrug, wie es die Berichterstattung der Medien nahelegt. Vielmehr ist von Bedeutung, daß dem gegenwärtig in unserem Lande herrschenden Klima massiver Protest entgegengesetzt wird, in dem Menschen, die der Herrschenden Politik als unerwünscht gelten, verfolgt, bedroht und/oder angegriffen werden.

Inzwischen passieren in Deutschland fast täglich Übergriffe mit rassistisch-faschistischem Hintergrund; über die allermeisten wird mangels Sensationswert nicht berichtet, sie werden fälschlicherweise als 'tragische Unfälle' oder selbstverschuldet dargestellt.

Wir erklären unsere uneingeschränkte Solidarität mit der behinderten Frau aus Halle; unabhängig vom Wahrheitsgehalt der offiziellen Verlautbarungen!

Selbst wenn sie sich die Schnittwunden selber beigebracht haben sollte, darf die junge Frau nicht kriminalisiert oder psychiatrisiert werden! Der Skandal besteht nicht in der möglichen Falschaussage einer 17-jährigen, sondern in rechtsradikaler Gewalt und Behindertenfeindlichkeit.

Wir fordern die Medien auf, vermehrt über Zusammenhänge bzw. Hintergründe von Ereignissen zu berichten und von ihrer Sensationsberichterstattung Abstand zu nehmen.

Kassel, 15./16.1.1994
Bundesweites Anti-'Euthanasie'-Forum

Kontakt: Th. Schmidt, München
M. Seidler, Mannheim

DOKUMENTATION:

"Skinhead-Angriff" in Halle

SELBSTVERGEWISSERUNGEN

Am Wochenende ging eine beredte Stille durch Deutschland, das betretene Schweigen einer blamierten Öffentlichkeit. Während die Empörung über den Skinhead-Angriff auf eine 17jährige Behinderte am Donnerstag zehntausend auf die Hallenser Straßen trieb, kippte am Samstagabend das als Telebild fixierte authentische Zeichen rechtsradikaler Barbarei um, als sich herausstellte, daß sich das Mädchen die Verletzung mit hoher Wahrscheinlichkeit selbst beigebracht hatte. Die nun folgenden eilfertigen Erklärungsversuche - das Mädchen habe mit ihrer verzweifelten Tat einen Hilferuf an ihre Umwelt geben wollen - sind grundiert, von der Hilflosigkeit des aufgeklärten Publikums entlarvt worden zu sein, weil es den Medienbildern vertraut und sich seinerseits bemüht hat, diesen ein medienwirksames Zeichen politischen Widerstands entgegenzusetzen. Denn erst das Bild in der *Tagesschau* verschafft dem Geschehen den Stellenwert des Ereignisses. Folgerichtig bemüht sich die öffentliche Rede derzeit darum, die "Blamage" zu vertuschen und den "politischen Schaden" kleinzuhalten, indem die Verantwortung verschoben und der "Fall" pathologisiert wird: "Leichtgläubig" seien die Untersuchungsbeamten gewesen, daß sie sich von der jungen Frau, die ihrerseits ein "Fall für die Ärzte und nicht für den Staatsanwalt" sei, diesen Bären haben aufbinden lassen. Dabei liegt das "Pathologische" des "Falls", will man überhaupt in derartigen Kategorien denken, eben in der "Normalisierung" des Undenkbaren.

Aufschlüsse über den gesellschaftlichen Zustand hingegen liefert das Krankheitsbild der jungen Frau selbst. Nach Mitteilung der Ärzte hat die Behinderung der Siebzehnjährigen keine organische, sondern psychische Ursachen. Die sogenannte "hysterische Lähmung" ist aus der Hysteriegeschichte des 19. Jahrhunderts wohlbekannt, und die neuere wissenschaftliche Literatur, die sich mit der kulturellen Seite des Phänomens befaßt, insistiert immer wieder auf dessen sozialen Kern. Ähnlich wie die Magersucht verweisen die verschiedenen Formen der Hysterie auf eine Verweigerung der gesellschaftlichen Konditionierung, und es ist kein Zufall, daß insbesondere junge Frauen davon betroffen sind. Fraglich ist deshalb, ob es sich bei der Selbstverletzung des Hallenser Mädchens tatsächlich um eine "Auflehnung gegen die Krankheit" handelt oder ob die doppelte Selbstverstümmelung nicht vielmehr als wenn auch verzweifelter Akt physischer und psychischer Selbstvergewisserung interpretiert werden muß.

Mit der Geste der politischen Empörung, die letzte Woche republikweit laut wurde, hätte der Akt der Selbstverletzung gemeinsam, daß sie sich auf die Authentizität körperlicher beziehungsweise politischer Erfahrung berufen, die in einer virtuell gewordenen Welt zunehmend als Bezugspunkt verlorengeht. Die politische "Hysterie", die die *Welt am Sonntag* den Deutschen in bezug auf die "rechte Gefahr" attestiert, wäre so gesehen eine kollektive Weigerung, das Undenkbare zu denken. Ihr Anlaß mag inszeniert gewesen sein, ihre Ursache ist es nicht.

ULRIKE BAUREITHEL
im FREITAG v. 21. Januar 94

SCHWERPUNKT

Krüppel at work



Arbeit bedeutet Geld, Anerkennung, Genugtuung, Struktur und Glück im Leben. Auf diese kurze Formel ließe sich das Streben nach dem "Besitz" eines Arbeitsplatzes bringen. Ob Arbeit nun als Streben nach Anerkennung und Normalität charakterisiert oder aber durch die diversen Institutionen als Therapeutikum verkauft wird: in der Regel wurden wir darauf getrimmt, durch Arbeit zu einem "produktiven" und "vollwertigen" Teil dieser Gesellschaft zu werden, und wir werden über Arbeit definiert. Eine Standardfrage jeder noch so belanglosen Konversation lautet: Was machst Du? Soll heißen: Was bist Du von Beruf? Hast Du einen Job? Unser Image sinkt beträchtlich, wenn wir nicht gegen Geld arbeiten.

Sich auch etwas anderes - im positiven Sinn - vorstellen zu können, das ist meist ein längerer und oft mühsamer Erkenntnis-Prozeß. Umgekehrt wird es für allerdings für viele Leute weniger eine Frage des *wollens* oder *nicht-wollens* sein, solange Pflegegeld und Sozialhilfe gekoppelt sind, Sie würden ab einem gewissen Einkommen praktisch nur noch für die Finanzierung ihrer "Pflege"/Assistenz arbeiten. Dieser Punkt entbehrt nicht eines gewissen Zynismus, wenn mensch bedenkt, daß auf der anderen Seite Arbeitgeber 'jede Menge' finanzielle Anreize erhalten können, um behinderte Menschen einzustellen.

Es gehört inzwischen auch zur allgemeinen gesellschaft-politischen Normalität, arbeitslos zu werden. Doch ist es im allgemeinen für behinderte Menschen schwieriger, einen Arbeitsplatz zu bekommen, und wenn sie arbeitslos werden, sind sie im Schnitt doppelt so lange arbeitslos wie Nichtbehinderte. Ob nun Arbeitsplatz oder arbeits-los. Wenn die Ellenbogen nicht kräftig genug sind beim Alleingang auf dem "freien Arbeitsmarkt", hat "der Herrgott" jede Menge "Reha" eingebaut, damit sich so zeigen kann, ob mensch die investierte Förderung auch lohnt. Es zeugt bereits von einer guten Portion Ausdauer und Selbstvertrauen, wenn mensch all die Reha-Hürden, die seinen Werdegang pflastern, erfolgreich meistert.

Auch diesemal lautet unser Motto: Mut zur Lücke. Es ist unmöglich, alle relevant erscheinenden Aspekte zu behandeln. Nichtsdestotrotz, die durchaus vielfältigen Beiträge werden Euch hoffentlich anregen, zum nachdenken (oder zum ärgen) bringen oder schlicht neugierig machen. Dank an die Autoren, die wieder einmal keine Mühe für "die randschau" gescheut haben! Erfreulich positiv war auch die Resonanz auf unsere Mini-Umfrage, warum so viele Krüppel in pädagogisch/therapeutischen Berufen/Studiengängen zu finden sind. Die Antworten sind selbstverständlich nicht repräsentativ, doch scheint das Thema 'ausbaufähig'. In diesem Sinn hoffen wir, daß wir - was wir ja immer behaupten - einiges in Bewegung bringen.

Reha-Glück und Arbeits-Los

Rücke vor bis zur Schloßallee! Wer kennt nicht den Nervenkitzel beim *Monopoli*. Tagelang konnten wir uns als Kinder damit beschäftigen und spielten kaufen und verkaufen, Hausbesitzer und Bank. Wer auf der Schloßallee landete, hatte zwar nicht gleich gewonnen, doch die Chancen wurden ungleich größer, landete man jedoch im Gefängnis, saß man manchmal ganz schön lange fest und mußte zugucken.

Allgemeiner und besonderer Arbeitsmarkt

Arbeit und Reha. Der run um den begehrten Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz erinnert ein wenig an den run um die guten Plätze beim so beliebten Spiel aus Kindertagen. Oder: *Wer Arbeit will, der kriegt auch welche.* Ein dummer Spruch, aber unglaublich zählebig. Zwischen hartnäckigem Bemühen, einem ziemlich 'gesunden' Selbstvertrauen und oft auch einer dicken Portion Glück liegt wohl die Realität - die der Berufsfindung, wie es so schön heißt; der Ausbildungs-, Arbeits- oder Studienplatzsuche; der 'Behauptung auf dem Arbeitsmarkt'; der Ermittlung des persönlichen wie technischen Hilfebedarfs und und und.
Im offiziellen Sprachgebrauch gibt es dafür die Begriffe *Ersteingliederung und Wiedereingliederung* - jedenfalls soweit es Menschen betrifft, die behindert sind. Und wenn ich später beim Job behinderungsbedingt etwas beantrage, heißt es schlicht. *Eingliederung(-shilfe).* Eine weitere wesentliche Unterscheidung ist die zwischen dem *allgemeinen* und dem *besonderen* Arbeitsmarkt. Wo ich "lande", hängt entscheidend davon ab, wie fit ich bin, also wieviel Hilfe ich ggf. benötige, ob ich 'nur' Training brauche oder permanente Unterstützung.

*Erst*eingliederung ist gemeint, wenn (zumeist) behinderte Jugendliche sich in die Mühlen von Berufsberatung und Berufsfindung (was den Berufs*wunsch* bzw. die -eignung meint) begeben, um schließlich einen Ausbildungsplatz zu ergattern. (Zur Berufsberatung vgl. das Interview "Daß man auch in den ganz normalen Arbeitsmarkt integriert werden könnte, ...")
In der Literatur ist durchweg die Rede von einer den "Neigungen und Fähigkeiten" entsprechenden Förderung; wie wichtig sie sei, gerade für behinderte Jugendliche, und daß die Vermittlung für bzw. auf den allgemeinen Arbeitsmarkt Priorität habe.
Doch habe ich bei meiner Recherche, die zugegebenermaßen aus Zeit- und Kapazitätsgründengründen ihre Grenzen hatte, den Eindruck gewonnen, daß die Betonung des allgemeinen Arbeitsmarktes eine mehr oder wenige theoretische Angelegenheit darstellt. Die Entwicklung der Neigungen (ich setze einmal voraus, daß sie nicht einfach da sind, sondern Anregungen, Unterstützung und bestimmte Bedingungen brauchen, um gelebt werden zu können) hängt ganz entscheidend davon ab, wie selbständig die betreffende Person ist oder zu werden verspricht. Hier - und erst dann bei den Neigungen, Fähigkeiten und natürlich den Bedingungen des Arbeitsmarktes - werden die Weichen gestellt für die Schere allgemeiner oder Sonderarbeitsmarkt. Was das Kriterium der Selbständigkeit angeht, bedeutet die Notwendigkeit technischer Hilfen noch nicht den Abschlied vom Ziel "allgemeiner Arbeitsmarkt", doch scheint die Notwendigkeit persönlicher Hilfe (Arbeits-Assistenz) ersteinmal ein Indiz für den Sonderarbeitsmarkt bzw. die "behindertengerechte (Sonder) Ausbildung". Die Durchsetzung von Arbeits-Assistenz ist ein Kapitel für sich.



Interessanterweise werden z.B. in einem Verzeichnis des Berliner Senats "Arbeit, Beschäftigung und Berufsförderung für Behinderte" (1.3.1993), das Einrichtungen des allgemeinen und besonderen Arbeitsmarktes in Berlin auflistet, unter dem Stichwort "allgemeiner Arbeitsmarkt" folgende Einrichtungen genannt: Blindenwerkstätten, Integrationsfirmen, Integrationsfirmen in Gründung und geschützte Betriebsabteilungen.
Die Firmen in Gründung (Ost) befinden, sich wie gesagt, im Aufbau; die geschützen Abteilungen scheinen aus DDR-Zeiten "gerettet" worden zu sein (über die Struktur ist mir nichts bekannt). Den "allgemeinen Arbeitsmarkt", so wie ich ihn verstehe, habe ich in diesem Verzeichnis vergeblich gesucht. Habe ich da etwas mißverstanden?

Die Probleme der Jugendlichen...

Maßnahmen der Berufs(aus)bildung für behinderte Jugendliche auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sind vorrangig finanzieller oder technischer Natur. Über Ausbildungszuschüsse besteht die Möglichkeit, den potentiellen Ausbildungsbetrieb zur Übernahme behinderter Jugendlicher zu motivieren. Die Kostenübernahme für technische Hilfen scheint relativ "problemlos" zu funktionieren, wenn angenommen wird, daß die Ausbildung durchgehalten und bestanden wird. Ein Problem scheint mir dagegen darin zu bestehen, *rechtzeitig* herauszufinden, welche Hilfsmittel notwendig und sinnvoll wären. Welche Möglichkeiten gibt es für behinderte Jugendliche, das herauszufinden, bevor die Probezeit vielleicht 'den Bach runter' ist? (Die schulischen Bedingungen sind ja nicht unbedingt identisch mit den Erfordernissen im Betrieb.)

...und die Ängstlichkeit der Betriebe

Ein weiteres Hemmnis für eine "normale" Ausbildung in einem "normalen" Betrieb liegt offenbar in der Angst vieler Betriebe, die/den Jugendliche/n nach der Ausbildung übernehmen zu müssen (wobei der Anspruch auf Übernahme ja auch legitim ist).

So erklärte Barbara Labrot, Werksärztin bei VW: "Auch bei den fast Tausend Auszubildenden haben wir nur einen geringen Anteil von Schwerbehinderten. ... da ist unser Tarifvertrag ein großes Hemmnis. Es gibt bei VW keine befristeten Arbeitsverträge, d.h., wir bilden nicht nur für die Ausbildung aus, sondern wir übernehmen die Ausgebildeten generell. Diese Übernahmegarantie bedeutet, daß wir auch den späteren Einsatz in der Produktion berücksichtigen müssen, wenn wir einen Auszubildenden aufnehmen. Wir können daher nicht nur für den Beruf ausbilden. Wir bilden z.B. Kommunikationselektroniker aus, die ja durchaus eine Behinderung haben können. Ein anschließender Einsatz als Arbeitskräfte in der Produktion ist jedoch eventuell (worauf stützt sich diese Annahme? U.A.) dann nicht möglich. Das heißt, daß wir einem behinderten Kommunikationselektroniker keine Garantie geben können, daß er nach der Ausbildung im Betrieb auch eingesetzt werden kann, da wir keine Einsatzmöglichkeiten für Kommunikationselektroniker haben. Arbeitgeber, Werksarzt, Betriebsarzt, wie auch die Personalabteilung werden es daher nach Möglichkeit vermeiden, schwerbehinderte Jugendliche im Betrieb auszubilden." (In: BAR 1993, S. 58,59)

"Integration" scheint hier, wenn, nur betriebsintern zu funktionieren. Im übrigen bleibt unklar, ob nun Kommunikationselektroniker ausgebildet werden oder nicht. Wenn ja, ist mir schleierhaft, warum ein behinderter Jugendlicher bzw. eine Jugendliche nach erfolgreich durchlaufener Ausbildung nicht in der Lage sein soll, in eben diesem Beruf zu arbeiten.

Genauso "nüchtern" betrachtet Labrot auch die potentielle Übernahme von "Patienten"

aus den Baunataler Werkstätten, die Aufträge für VW Kassel ausführen: "Wenn ... ein solcher Behinderter auf Dauer nur 40 % der Leistung erbringt und dann vielleicht auch noch Ausschuß dabei ist, hat der Meister das Problem, daß er die für diesen Arbeitsplatz eingeplante Anzahl an Teilen benötigt, aber dort nicht fertigen kann. Außerdem akzptieren die Arbeitskollegen es auf Dauer nicht, daß jemand das gleiche Geld für die Hälfte der Leistung bekommt." (S. 59)

Keine Reha ohne Berufsbildungswerke?

"Es ist sichergestellt, daß jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommt." Das erklärte mir im Brustton der Überzeugung eine Mitarbeiterin des Landesarbeitsamtes Berlin. Gemeint hat sie aber wohl nicht den allgemeinen Arbeitsmarkt. Es ging um den "Reha-Bereich" für behinderte Jugendliche. In erster Linie beeutet das: Berufs*bildungs*werke. Entgegen der verkündeten Priorität des allgemeinen Arbeitsmarktes scheint hier die tatsächliche Priorität zu liegen. Werden "begleitende Dienste" und "ein gewisser Schutzraum" notwendig, sind Berufsbildungswerke das Mittel der Wahl. Vorausgesetzt, Neigung, Fähigkeiten und die Behinderung passen zum Ausbildungsplatzangebot und wenn, muß natürlich auch ein Platz frei sein. Bis dahin mmuß bereits eine gewisse Ausdauer gezeigt werden, denn in der Regel sind Berufsberatung, ggf. Berufsfindungs- und Orientierungsmaßnahmen, Arbeitserprobungen und/oder Förderlehrgänge vorgeschaltet (Teil dieer Maßnahmen sind immer auch mehr oder weniger umfangreiche medizinische wie psychologische Untersuchungen/Tests.)

Die Aufgaben und Ziele werden In den "Grundsätzen für Berufsbildungswerke" erläutert. Dort heißt es u.a.: "Berufsbildungswerke erscheinen besonders geeignet, die allgemeinen Ausbildungsordnungen inhaltlich mit den Belangen Behinderter abzustimmen und behindertengerechte Regelungen in das System der beruflichen Bildung einzuführen. (S. 9) ...
Das Angebot an Ausbildungsprogrammen muß zukunftsorientiert, behindertengerecht und möglichst breit gestreut sein." (S. 11) Besondere Hilfen sollen zum "möglichst weitgehenden Abbau von Behinderungsauswirkungen (beitragen) Die Behinderten müssen lernen, mit ihrer Behinderung so zu leben, daß sie sich möglichst weitgehend in das allgemeine berufliche und gesellschaftliche Leben eingliedern können (S 9,10). Die Grundsätze sind zu finden in einem Verzeichnis der Berufsbildungswerke, herausgegeben vom BM für Arbeit und Sozialordnung, 1992/1993.

Insgesamt gibt es gegenwärtig in der Bundesrepublik 47 Berufsbildungswerke, davon acht in den neuen Bundesländern. Ein Berufsbildungswerk richtet sich meist an eine bestimmte oder mehrere begrenzte Zielgruppen: Körperbehinderte, Lernbehinderte, Psychisch Kranke/Behinderte, Blinde, Gehörlose; gleichzeitg werden oft auch bestimmte Gruppen ausgeschlossen. Die Schwerpunkte sind unterschiedlich. Nach diesen Schwerpunkten bestimmen sich jeweils die angebotenen Ausbildungsgänge. Das bedeutet z.B., wenn eine Jugendliche, ein Jugendlicher in Berlin wohnt und eine Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellte/n absolvieren möchte oder dafür geeignet befunden wird, dann stehen ihr/ihm theoretisch folgende vier (von 47) Orte zur Verfügung: Arolsen bei Kassel, Dresden, Neckargmünd bei Heidelberg und Neuwied (Rheinland).

Wie sieht es mit den Vermittlungschancen nach der Ausbildung aus? Spätestens ein Jahr nach Abschluß der Ausbildung hätten 80 % der Absolventen von Berufsbildungswerken und 85 % von Berufsförderungswerken eine Anstellung gefunden. Sagt Berhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg (Presemitteilung v. 13.9.93). Diese Aussage ist für sich genommen, noch nicht sehr aussagekräftig. Entsprechen die Stellen der erworbenen Qualifikation? Sind sie befristet oder nicht? Wie hoch ist die Abbruchrate während der Ausbildung? Was sind die Gründe dafür?

Berufsförderungswerke - der Umstieg

Wenn die Behinderung nicht bei der Geburt bzw. in der Kindheit eintritt und bereits eine Ausbildung/ein Studium angefangen oder abgeschlossen wurde, dann spricht man von *Wieder*eingliederung. Für diese "Fälle" gibt es die Berufs*förderungs*werke. Sie dienen sozusagen der Neuorientierung bzw. der Umschulung. Sie sind nach dem gleichen Prinzip aufgebaut wie die Bildungswerke (Internatsunterbringung für auswärtige Rehabilitanden, begleitende Dienste usw.).
Das Netz der Berufsförderungswerke umfaßt 24 Einrichtungen, 17 in den alten Bundesländern, 7 in den neuen plus zwei Spezialeinrichtungen für Querschnittgelähmte (Heidelberg-Schlierbach und Wildbad) und drei für Blinde (Düren, Veitshöcheim, Halle/Saale). Zu den allgemeinen Aufnahme-Kriterien gehören Eignung für die Maßnahme und ausreichende Belastbarkeit. Für diese Reha-Karriere sind starke Nerven erforderlich. Der Tagesablauf ist 'gut' durchorganisiert, ein nicht geringes Lern- und Arbeitspensum will bewältigt werden, eventuelle Psychokrisen müssen 'im Griff' sein, sofern überhaupt Zeit dafür bleibt. Die Familie ist oft weit weg. Wer das durchhält, hat schon den ersten Anlauf für den 'harten Arbeitskampf' genommen. Die Aufnahme beginnt in der Regel "ab dem 18. Lebensjahr".
Die größte Bettenburg und das größte Angebot an Ausbildungsplätzen und -Richtungen bietet der Gigant Heidelberg mit 1.860 Umschulungs- und 1.700 Internatsplätzen.
Dagegen sind die "Einrichtungen der medizinisch-beruflichen Rehabilitation" recht überschaubar. 17 Einrichtungen gibt es bundesweit. Sie kommen in Betracht, wenn schon "am Krankenbett mit Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation begonnen werden soll" und sollen eine Lücke schließen zwischen Akutbehandlung/Erstversorgung (Phase I) und der Ausbildung/Umschulung (Phase III). Vorrangiges Ziel ist die Rückkehr an den alten Arbeitsplatz oder eine innerbetriebliche Umsetzung. Erst dann stehen Ausbildung, Umschulung oder Werkstatt für Behinderte zur Diskussion.

Hat ein behinderter Mensch den Hindernislauf zur "Schloßallee" geschafft, d.h., hat er gleich oder endlich einen "ganz normalen" Arbeitsplatz in einem "ganz normalen" Betrieb oder könnte er einen solchen kriegen, stehen

REHABILITANDEN
"jeder anerkannte Reha-Fall"
dazu zählen auch technische Hilfen, Kfz-Hilfen usw.
inssgesamt 446.550
m 289.933
w 156.617

Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen
Erstausbildung; berufsvorbereitende Maßnahmen, z.B. Förderlehrgänge; Reha-Vorbereitung, Anpassungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, z.B. Umschulung; Fernunterricht und dergleichen
insgesamt 122.632
m 79.468
w 43.164

bundesweit, Ende Nov. 93
Quelle: Tel. Mitteilung der Pressestelle des LAA Berlin v. 4.2.94

Arbeitslosigkeit und Beschäftigungssituation Schwerbehinderter:

arbeitslos gemeldete Schwerbehinderte im November 1993
alte Bundesländer 149.189 (16,3 % mehr als im Vorjahr)
Anteil an der Gesamtzahl aller Arbeitslosen 6,2 % (6,8 %)
Vermittlung gegenüber Vorjahresmonat (Oktober) um 1 % zurückgegangen
neue Bundesländer 26.882 (8 % weniger als im Vorjahr)
Anteil an der Gesamtzahl aller Arbeitslosen 2,3 % (2,7 %)
Vermittlung gegenüber Vorjahresmonat (Oktober) um 10 % verbessert

Die **Arbeitslosenquote der Behinderten** liegt in allen Mitgliedstaaten der EG **über dem allgemeinen Durchschnitt**

Bundesrepublik Deutschland	13 % (1988)
Spanien	26 % (1986)
Frankreich	16 % (1988)
Großbritannien	30 % (1989)

Quelle: REHA INFO Nr. 6/93 der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR), Frankfurt v. 15.12.93

Soweit sich die Arbeitsmarktlage für Behinderte entspannte - je nach Konjunktur - verringerte sich die Anzahl der arbeitslosen Frauen um 1,6 %, die der Männer um 17,2 % (zwischen 1984 und 1990). In den achtziger Jahren waren **Schwerbehinderte durchweg stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Nichtbehinderte**. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit erhöhte sich ständig, während sie sich bei Nichtbehinderten "eher verringerte" (S.10). **Arbeitslos gewordene Schwerbehinderte haben im allgemeinen "wesentlich größere Schwierigkeiten", wieder in Arbeit zu gelangen als Nichtbehinderte**: doppelt so lange Dauer der Arbeitslosigkeit und eine unterdurchschnittlich niedrige Wiedereingliederungsquote in Arbeit (S. 13). **Schwerbehinderte Frauen sind im Schnitt und in allen Altersgruppen länger arbeitslos als schwerbehinderte Männer** (S. 15). 66 % der arbeitslosen Schwerbehinderten sind Männer, 34 % sind Frauen (S. 17).

Quelle: Arbeitssuchende Schwerbehinderte. Eine Sekundäranalyse amtlicher Statistiken. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg 1993

theoretisch eine Reihe von Möglichkeiten - finanzielle Zuschüsse für den Arbeitsgeber, technische Hilfen, bauliche Veränderungen des Arbeitsplatzes, Umzugshilfen, gesetzliche "Vergünstigungen" - zur Verfügung, um den begehrten Platz zu bekommen oder zu behalten. Leider kann hier nicht weiter darauf eingegangen werden, das würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Der erhöhte Kündigungsschutz für Schwerbehinderte hat dabei, wenn jemand einen Arbeitsplatz hat, eine gewisse "Schutzfunktion", denn die Hauptfürsorgestelle muß einer beabsichtigten Kündigung zustimmen. Die Vorstellung der Unkündbarkeit ist jedoch ein Mythos, in etwa 80 % der Fälle wird die notwendige Zustimmung erteilt. Insofern scheint auch das "Einstellungshemmnis" Kündigungsschutz überzogen. Erwähnt sei noch, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zum einen für viele behinderte Menschen eine Möglichkeit darstellen, überhaupt ersteinmal in eine Erwerbstätigkeit einsteigen zu können und sich hier auch etliche Chancen bieten, "sich auszuprobieren" bzw. zu behaupten, doch ist es gerade über den ABM-Stellen-Markt inzwischen sozusagen zur Gewohnheit geworden, nicht mehr in Begriffen wie "feste Stelle", "unbefristeter Arbeitsplatz" usw. zu denken. Sozialpolitisch hat sich quasi stillschweigend eine relative Aushöhlung altgewohnter tariflicher Rechte etabliert.

Die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV)

Abschließend möchte ich noch einen Punkt herausgreifen, der relevant wird für behinderte Menschen, wenn sie - lt. offizieller Sprachregelung — einen Grad der Behinderung (GdB) von mind. 80 aufweisen und eine (Fach)-Hochschulausbildung haben. Dann nämlich sind die örtlichen Arbeitsämter gehalten, die bei ihnen gemeldeten arbeitslosen behinderten Akademiker an die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) in Frankfurt zu überweisen.

Im "Normalfall" schicken die Fachvermittlungsdienste der Arbeitsämter die Unterlagen nach Frankfurt. Infolge der engen Zusammenarbeit der ZAV mit dem Studentenwerk und Selbsthilfegruppen kommt es aber auch immer häufiger vor, daß sich Hochschulabsolventen direkt bei der ZAV melden und diese dann umgekehrt die Unterlagen vom AA anfordern muß. Bei einem Computerabgleich hat man ermittelt, daß etwa 95 % der grundsätzlich in Betracht kommenden "Klientel" tatsächlich die ZAV erreicht (mit regionalen Unterschieden). 1993 wurden über die ZAV 151 Personen vermittelt, davon 63 Frauen (42%). 12 Personen in ABM, bei gleichzeitiger Mittelkürzung für ABM und Leistungen der berufl. Rehabilitation (Arbeitsmarktlagebericht der ZAV v. 29.12.93).

Die Motivation der Arbeitssuchenden/ Bewerber ist ein ganz wesentlicher Ansatz, das ist - neben der formalen Qualifikation - für Reiner Schwarzbach, den Leiter der ZAV, ein "ungeheuerliches Kapital". (Daß Schwarzbach es versteht, dieses "Kapital" zu mobilisieren, konnte ich selbst feststellen.) Die ZAV pflegt nicht nur intensive Kontakte zu (potentiellen) Arbeitgebern. Die Besonderheit der Klientel veranlaßt auch dazu, unkonventionelle Wege zu gehen, zumindest was die Praxis der Vermittlung angeht. Dazu gehören z.B. schriftliche "Interventionen" zugunsten der behinderten BewerberInnen, wenn Arbeitgeber mit einer möglichen Einstellung zögern. Helga Lampken berichtet in ihrer Diplomarbeit (1993), daß (nach Probebeschäftigung und ABM) auf diese Weise beispielsweise eine erst zur Diskussion stehende, dann abgelehnte Planstelle doch noch eingerichtet wurde.

Mit "Arbeitsmarktseminar(en) für schwerbehinderte Fach- und Führungskräfte" beschreitet die ZAV ebenfalls neue Wege. Die Seminare sind nicht behinderungs- sondern berufsgruppenorientiert. So fand im Juli 93 ein viertägiges Seminar für Geistes- und Sozialwissenschaftler, Ärzte, Tierärzte und Psychologen statt. Das Programm beeinhaltete u.a. Strategien der Arbeitsuche, Vorstellungstraining, Möglichkeiten der Hauptfürsorgestelle, Fort- und Weiterbildung. Zu den Dozenten gehörten Personalchefs aus Industrieunternehmen, leitende Personalreferenten im öffentlichen Dienst, Fachleute aus Arbeitsämtern und Hauptfürsorgestellen. Besonderer Reiz: Das Zusammentreffen behinderter Arbeitssuchender mit (potentiellen) Arbeitgebern. Eine sicher nicht konfliktlose, aber offenbar erfolgversprechende Form, Berührungsängste auf allen Seiten mehr oder weniger abzubauen und - Kontakte zu knüpfen.

URSULA AURIEN, BERLIN

Anmerkung:
Die Angaben zur ZAV gehen zum großen Teil zurück auf ein fernmündliches Gespräch mit dem Leiter der ZAV, Reiner Schwarzbach.

Literatur:
- Der Bundesminister für Arbeit u. Sozialordnung: Berufsbildungswerke. Einrichtungen zur beruflichen Eingliederung jugendlicher Behinderter. Januar 1993. Stand 1992
- desgleichen: Berufsförderungswerke
- desgleichen: Medizinische Einrichtungen
- Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit: Pressemitteilung v. 13.9.93
- Barbara Labrot: Notwendige Angebote und unterstützende Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation von Frauen. Sicht der Arbeitgeber. in: Frauen in der Rehabilitation. Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation. Frankfurt 1993
- Helga Lampken: Die Möglichkeit und die besondere Problematik der Gruppen behinderter Hochschulabsolventen am Gesamtproblem der behinderten Berufstätigen. Dipl.Arbeit am FB Wirtschaft an der FH Bielefeld. Wintersem. 93/94
- Senat Berlin: Arbeit, Beschäftigung und Berufsförderung für Behinderte. Verzeichnis des Landes Berlin der Einrichtungen des allgemeines und besonderen Arbeitsmarktes v. 1.3.1993

Der Hindernislauf zum Hochschulabschluß bzw. zum Beruf

1992 schrieb Martin Seidler seine Magisterarbeit im Fach Erziehungswissenschaft: BILDUNGSPRAKTISCHE PROBLEME BEHINDERTER AUF DEM WEG ZU EINEM HOCHSCHULABSCHLUSS.
Im folgenden geben wir einige Auszüge aus seiner Arbeit wieder, die sich mit Aspekten der Berufswahl, der Berufsberatung und der Rehabilitation beschäftigen. Sie spiegeln besonders die "offizielle Meinung", den Blick nichtbehinderter Pädagogen, von Behörden usw.; also die Theorie. Zur Praxis vgl. auch das Interview: "Daß man behinderte Menschen in das ganz normale Arbeitsleben integrieren könnte, das wird überhaupt nicht gedacht."
Die genauen Quellenangaben im Text wurden zugunsten einer besseren Lesbarkeit weggelassen.

Die Berufswahl

Im Folgenden soll die Berufswahl behinderter Menschen thematisiert werden, die, nach Pfeiffer und Leder, als interaktiver Prozeß und als Kette aufeinander folgender und sich gegenseitig bedingender Einzelentscheidungen zu betrachten ist, welcher entweder zu der Aufnahme einer praktischen Berufsausbildung führen oder den Schulabgänger zum Besuch einer weiteren Bildungsinstitution, wie z. B. einer Hochschule, veranlassen kann.

Die Wichtigkeit dieser Phase, die mit Ende der Schulzeit beginnt und mit Aufnahme eines Berufes ihren vorläufigen Abschluß findet, steht außer Zweifel und wird von mehreren Autoren betont (z. B. Bundesanstalt für Arbeit, Pfeiffer), da eine Zufriedenheit in Beruf und Arbeit eine große Bedeutung für die allgemeine Befindlichkeit des Menschen hat (Moosbauer, Leder, Kanter). So sollte jeder den Beruf wählen, bei dem er sich - neben der Existenzsicherung - das größte Maß an Selbstverwirklichung erhofft (Steffens). Dennoch wird vermutet, daß der Prozeß der Berufswahl in der Regel wenig differenziert verläuft und viele Schulabgänger in Studium oder Berufsausbildung 'hineinschlittern' (Giesen, Leder). Ursachen hierfür sind ein nur schwach ausgeprägtes Interessenprofil der meisten Schulabgänger (Pfeiffer) und die insbesondere bei Körperbehinderten ausgeprägte Tendenz, sich bei Berufs- oder Studienwahl zu sehr nach überkommenen Berufsvorstellungen für Behinderte zu richten.

Da unter anderem die angespannte Arbeitsmarktsituation der letzten Jahre mit einer begrenzten Zahl an Ausbildungsplätzen dazu führte, daß eine interessengeleitete Berufs-

wahl selbst für Nichtbehinderte problematisch geworden ist (Kanter), "bedarf es keiner besonderen Erläuterung, daß die Berufseinmündung behinderter Jugendlicher ... außerordendlich schwierig ist" (Pfeiffer 1980, 4), weil für sie die Ausübung bestimmter Berufe wegen einer behinderungsbedingten Funktionseinschränkung nicht möglich ist. Um dieser "Verkleinerung des Alternativenraumes" (Pfeiffer 1980, 85) entgegenzuwirken, empfiehlt es sich nach Gedon, einen möglichst hohen Bildungsabschluß anzustreben, mit dem die Auswirkungen motorischer Defizite weitgehend kompensiert werden können, sowie sich über die Vielfalt der Ausbildungsberufe - zur Zeit gibt es etwa 375 - und über die Möglichkeiten eines Studiums zu informieren.

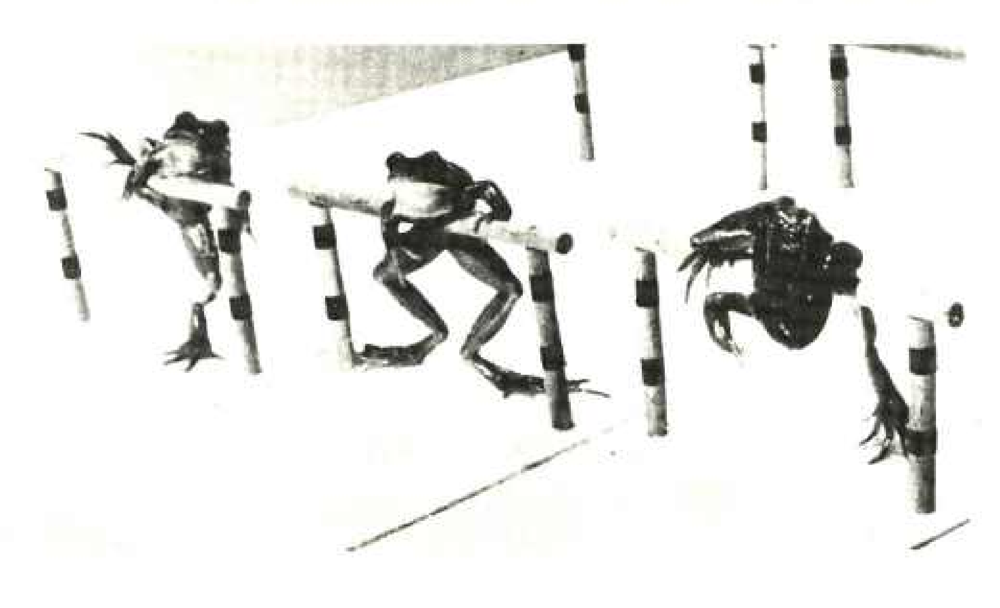
Gerade bei behinderten Menschen ist ein fundierter Berufswahlprozeß von größter Wichtigkeit, da ein krisenfester Beruf Sicherheiten bietet, die für sie einen hohen Stellenwert haben (Bach), und da ein Berufswechsel für Körperbehinderte wegen meist geringerer Mobilität schwieriger als für Nichtbehinderte ist (Gedon, Pfeiffer). Trotz der Tatsache, daß die Berufschancen, insbesondere für Behinderte, von der konjunkturellen Situation auf dem Arbeitsmarkt abhängig sind (Elbers), wäre es falsch, die Berufswahl zu sehr nach diesen Gegebenheiten auszurichten, da der letztendlich ergriffene Beruf etwas Selbstgewähltes sein muß, das von innen heraus bejaht werden soll (Pfeiffer).

Ein entscheidender Faktor, welcher eine Berufswahl beeinflussen kann, ist auch die Berufsvorstellung der Eltern, die sich u. a. von deren Schichtzugehörigkeit herleitet (Leder). Besonders behinderte Jugendliche identifizieren sich "aufgrund enger Beziehungen zu den Eltern oft mit deren Vorstellungen über die berufliche Zukunft" (255). Da für Eltern aus niedrigen sozialen Schichten der Gedanke eines Hochschulstudiums ihres Kindes oft abwegig erscheint, benötigt ein behinderter Studierwilliger stärkere Hilfestellung von Außenstehenden wie Lehrern, Berufsberatern oder Ärzten, um seinen Wunsch auch gegen den Willen der Eltern bzw. ohne ihre Unterstützung durchzusetzen.

Die Berufsberatung

Es wird allgemein als sinnvoll erachtet, sich bei dem folgenreichen Prozeß der Berufswahl beraten zu lassen, da ein Schulabgänger selten über die für ihn notwendigen Informationen verfügt und weil aus diesem Defizit heraus entstandene Fehlentscheidungen - insbesondere bei Behinderten - schwer korrigierbar sind (Gedon). Zur Hilfestellung bietet sich die Berufsberatung an, die in der Bundesrepublik Deutschland als Teil der Arbeitsverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit angegliedert und auf der Grundlage des Arbeitsförderungsgesetzes vom 25.6.1969 tätig ist.

Ihre Aufgabe ist es, "Jugendliche und Erwachsene zu unterstützen, das in Artikel 12 GG festgeschriebene Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und auf freie Wahl des Berufes und der Ausbildungsstätte wahrzunehmen" (Leder 1982, 67). Um einen reibungslosen Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung zu ermöglichen, sollte der Berufsberater bereits am Ende der Schulzeit für den Schüler greifbar sein (Gedon).
Die Inanspruchnahme der Beratung ist freiwillig, vertraulich und unentgeltlich



(Bundesanstalt für Arbeit, Esser). Das Dienstleistungsangebot umfaßt neben berufsorientierenden Maßnahmen und der Vermittlung in betriebliche Ausbildungsstellen bzw. neben dem Nachweis von schulischen Ausbildungsplätzen für alle Berufe insbesondere die umfassendes persönliche Beratung zur Vorbereitung individueller Bildungs- und Berufswahlentscheidungen (Bundesanstalt für Arbeit, Esser). Desweiteren verfügt das Arbeitsamt über finanzielle Mittel, deren Verwendung dazu beitragen sollen, die betriebliche und überbetriebliche Berufsausbildung zu fördern; zu diesem Zwecke können Lehrgänge für Jugendliche mit verminderten Ausbildungschancen als Ausbildungsförderungsmaßnahmen eingerichtet werden. (Zettl).

Bei behinderten Jugendlichen kann ein Berufsberater mit seinem Fachwissen besonders hilfreich sein, um dem einzelnen trotz seiner behinderungsbedingten Einschränkungen eine Ausbildung bzw. einen Beruf vorzuschlagen, den er nicht nur ausüben kann, sondern der seinen Interessen möglichst nahe kommt. Der Berufsberater sollte sich deshalb nicht am status quo orientieren, d. h., daß vom vorhandenen Schulabschluß und den vorhandenen behinderungsbedingten Einschränkungen ausgegangen und dies mit dem vorhandenen Angebot an Ausbildungs- und Lehrstellen abgeglichen wird, er sollte vielmehr zusammen mit dem Ratsuchenden überlegen, welche Qualifikationen dieser noch erwerben kann bzw. soll, um ihm die Ausübung einer von ihm gewünschten Tätigkeit zu ermöglichen (Gedon, Leder).

Speziell für behinderte Abiturienten stehen bei den Arbeitsämtern (der alten Bundesländer) ca. 30 Berater zu Verfügung (Stand 1992, d. red.); das impliziert, daß nicht jedes Arbeitsamt einen solchen beschäftigt. Dies wäre jedoch notwendig, damit jeder Behinderte die Möglichkeit hätte, in dem seinem Wohnort nächstgelegenen Arbeitsamt fachkundig beraten zu werden, um auf diese Weise das gleiche Beratungsangebot wie Nichtbehinderte zu erhalten.

Aufgabe einer Beratung für behinderte Studierwillige müßte es sein, zusammen mit den Betroffenen die unter Berücksichtigung der individuellen Belastbarkeit geeigneten Studienmöglichkeiten zu erörtern, Finanzierungsfragen zu klären, ihnen Hinweise auf für bestimmte Behinderungsarten weniger geeignete Fächer zu geben und mit ihnen eine geeignete Hochschule auszuwählen (Leder, Gedon).
Die Praxis der Berufsberatung sieht jedoch ganz anders aus. Die Tatsache, daß ein Beratungsgespräch oft unter Zeitdruck stattfindet, führt dazu, daß 22% aller ratsuchenden Jugendlichen - unabhängig von einer etwaigen Behinderung - mit den vermittelten beruflichen Informationen nichts anfangen können (Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft). Wegen der als zu kurz empfundenen Gespräche kommen individuelle Fragen selten zur Sprache (Hülsmann/Kloas/Neumann). Beklagt wird auch das undifferenzierte Verhalten vieler Arbeitsamtsberater, wodurch viele Gespräche ineffektiv sind und dem Ratsuchenden wenig Informationen über Berufsspektrum, Berufsinhalte, Berufsanforderungen und über deren spätere Arbeitsmarktchancen vermitteln.

Es wäre anzunehmen, daß sich die Berater bei behinderten Menschen ihrer besonderen Verantwortung bewußt sind und sich größere Mühe geben, doch auch viele Behinderte beklagen die Ideenlosigkeit und ein schematisches Vorgehen der Berater, welches die Persönlichkeit und die individuellen Interessen außer acht läßt (Wegner, Resolution). Insbesondere bei behinderten Gymnasiasten sei, so kritisiert Exner, die Studien- und Berufsberatung unzureichend oder unterbleibe ganz; die Wahl der Studienfächer erfolge meist aufgrund vager Vermutungen und in Unkenntnis über die Anforderungen des Studiengangs.

Obwohl die Auffassung, "wonach für bestimmte Behinderungsgruppen jeweils nur ganz bestimmte und wenige 'Behindertenberufe' geeignet seien", durch die moderne Rehabilitation überholt ist (Moosbauer 1979, 282), scheint dieser Gedanke noch bei zahlreichen Berufsberatern deren 'Rat' zu beeinflussen. Die Praxis zeigt, daß Behinderten noch viel zu oft zu einem Beruf geraten wird, für den sie überqualifiziert sind.

Die Berufswahl unter dem Aspekt des Rehabilitationsgedankens

Die Berufswahl bzw. die Berufsberatung behinderter Menschen muß in engem Zusammenhang mit dem Rehabilitationsgedanken betrachtet werden (Schönberger). Trotz gegenteiliger Beteuerungen wird von

den Fachleuten und vom Gesetzgeber die berufliche Rehabilitation als der Schritt zur 'Wiedereingliederung' in die Gesellschaft betrachtet, demgegenüber anderen Aspekten der Rehabilitation nur untergeordnete Bedeutung zukommt (Gemsjäger). Dabei scheint sich der Eindruck zu bestätigen, "daß Behinderte eigentlich keine Berufswahlentscheidung zu treffen haben, da dieses Problemfeld der Zuständigkeit von Experten überantwortet ist, die 'für den Behinderten' die Berufswahl durchführen", anstatt mit ihm. Dadurch wird die Berufswahl vieler behinderter Jugendlicher zu einer fremdbestimmten Expertenentscheidung (Pfeiffer 1980, 4-5).

Um diese Aussage belegen zu können, soll im Anschluß an einen Exkurs zum Rehabilitationsbegriff auf die Rehabilitationspraxis in der Bundesrepublik Deutschland eingegangen werden.

Exkurs: Der Rehabilitationsbegriff

Unter Rehabilitation wird allgemein eine Wiedereinsetzung in den früheren Stand verstanden (Schönberger, Brockhaus, von Bracken), eine "Wiederherstellung der verletzten Ehre, des guten Rufes beziehungsweise des Ansehens eines Menschen" (Gemsjäger 1988, 13).
Der Begriff Rehabilitation im Sinne einer Wiederbefähigung eines kranken bzw. behinderten Menschen wurde Mitte dieses Jahrhunderts aus dem angelsächsischen Sprachraum übernommen. Zwar ist er in der Bundesrepublik Deutschland gesetzlich nicht klar bestimmt, aber laut Bundesregierung können unter Rehabilitation im weitesten Sinne "alle Vorgänge, Leistungen, Hilfen und Gestaltungen von Lebensumständen verstanden (werden), die ... auf die Eingliederung der Behinderten und von Behinderung Bedrohten ins Arbeitsleben und in die Gesellschaft insgesamt gerichtet sind" (Bundestagsdrucksache 1984, 3).

Mit dieser Definition bleibt die Bundesregierung hinter der in ihrer Ausführlichkeit beachtenswerten Begriffsbestimmung der damaligen Westeuropäischen Union vom Mai 1950 in der Fassung vom November 1959 zurück. Dort heißt es:
"Unter Rehabilitation sind alle Maßnahmen zu verstehen, die dazu bestimmt sind, eine behinderte Person geistig und körperlich darauf vorzubereiten, im Rahmen ihrer Fähigkeiten einen normalen Platz in der Gemeinschaft - sei es im Arbeitsleben oder im häuslichen Bereich - einzunehmen oder wiedereinzunehmen. Die Rehabilitation ist daher als ein einheitlicher, kontinuierlicher Vorgang zu betrachten, der mit der Erkrankung oder Verletzung beginnt und erst abgeschlossen ist, wenn die endgültige Wiedereingliederung unter den bestmöglichen Arbeits- und Lebensbedingungen erreicht ist." (Westeuropäische Union 1959, zit. n. Gemsjäger 1988a, 15)

Die Rehabilitationsbestrebungen bezogen sich in der Nachkriegszeit zunächst auf Kriegsbeschädigte, erst später wurden Menschen, die von klein auf behindert sind, einbezogen. Obwohl es, wie beispielsweise Bosch schreibt, widersinnig ist, auch bei diesen von Rehabilitation zu sprechen - bei ihnen müßte von Habilitation gesprochen werden -, wird wegen der anderweitigen Besetzung des Begriffes (Schönberger, Bleidick) ersterer Terminus dennoch unterschiedslos für alle Menschen mit Schädigungen verwendet.

Heutzutage findet der Begriff 'Rehabilitation' im Bereich der Förderung von Behinderten so breite Resonanz wie kaum ein anderer (Bleidick). Der große Stellenwert, den Rehabilitation hierdurch erhält, ist m. E. zu problematisieren, da aus dem oben Gesagten deutlich wird, daß die Rehabilitationsbestrebungen ihren Ausgangspunkt ausschließlich bei dem geschädigten Individuum nehmen, von dem eine einseitige Anpassung an die Lebens- und Arbeitsbedingungen verlangt wird, ohne daß ein wechselseitiges Aufeinanderzugehen von Behinderten und Nichtbehinderten beabsichtigt ist, wie es das Ziel von Integrationsbemühungen sein sollte.

Die Rehabilitationspraxis in der Bundesrepublik Deutschland

Die gesetzliche Grundlage für Rehabilitationsmaßnahmen findet sich in 10 des Ersten Buchs des Sozialgesetzes, der jedem behinderten oder von einer Behinderung bedrohten Menschen das Recht auf Hilfe gewährt, die notwendig ist, "um (1) die Behinderung abzuwenden, zu bessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern" und "(2) ihm einen seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Platz in der Gemeinschaft, insbesondere im Arbeitsleben, zu sichern."

Wie schon der Gesetzestext durch die Betonung eines Lebensbereiches vermuten läßt, liegt in der Bundesrepublik der eindeutige Schwerpunkt einer Rehabilitation auf der beruflichen Wiedereingliederung (Steiner), die staatliche Förderung einer sozialen Rehabilitation unterbleibt in der Regel. Überdeutlich ist dies an der Bewilligungspraxis für Kraftfahrzeuge aufzuzeigen: So wird Behinderten ein zur sozialen Rehabilitation unbestritten notwendiges Kraftfahrzeug in der Regel nur dann bewilligt, wenn sie es zu Fahrten zu Ausbildung, Studium oder Arbeitsstätte benötigen.

Das sozialpolitische Ziel, das mit einer beruflichen Rehabilitation verfolgt werden soll, besteht darin, "Behinderte unter Berücksichtigung von Art und Schwere der Behinderung individuell so zu fördern, daß sie befähigt werden, ihre persönliche Fähigkeiten und Interessen bestmöglich zu nutzen und dadurch eine angemessene berufliche und soziale Integration zu erreichen. Die primäre Bedeutung der beruflichen Rehabilitation" liege darin, "daß auch Behinderte ihre Persönlichkeit in der Gesellschaft entfalten können" (Gedon 1990, 19).
Daß aber bei der Durchführung von Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation weniger die Zufriedenheit des behinderten Menschen als vielmehr die wirtschaftliche Verwertbarkeit bei der Rehabilitation behinderter Menschen dennoch im Vordergrund steht, daß sogar unausgesprochen ein Zusammenhang zwischen den Rehabilitationsanstrengungen und dem wirtschaftlichen Interesse an der Herstellung oder Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit besteht (Steiner), läßt sich durch die Geschichte der Rehabilitation in Deutschland bis heute durchgängig verfolgen:

Die staatlich geförderten Rehabilitationsmaßnahmen in Deutschland finden ihren historischen Ursprung im Preußischen Krüppelfürsorgegesetz der Reichsschulkonferenz vom 6.5.1920 (Gemsjäger). Sinn dieses Gesetzes war die Verwirklichung der schon vorher zum Ausdruck gebrachten Idee, "den Krüppel aus einem Almosenempfänger zu einem Steuerzahler auszubilden" (Zeitschrift für Krüppelfürsorge 1913, 186, zit. n. Steiner 1988, 118). Während zur Zeit des Hitler-Faschismus die überwiegende Zahl behinderter Menschen bekanntlich wegen deren mangelnder wirtschaftlicher Einsatzfähigkeit und angeblich zu hoher Kosten für die Volkswirtschaft ermordet wurde, setzte sich der vorher genannte Gedanke, mit einer Rehabilitation staatliche Kosten einsparen zu wollen, in der Bundesrepublik fort (Gemsjäger).

So heißt es in 1 des heute gültigen Rehabilitationsangleichungsgesetzes:
"Die medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Maßnahmen und Leistungen zur Rehabilitation im Sinne des Gesetzes sind darauf ausgerichtet, körperlich, geistig oder seelisch Behinderte möglichst auf Dauer in Arbeit, Beruf und Gesellschaft einzugliedern."

Steiner kommt bei der Analyse dieses Paragraphen zu dem Schluß, daß bei der Reihung am Ende eine Abstufung in der wirtschaftlichen Verwertbarkeit zum Ausdruck kommt und, daß sich hier bestätigt, daß Rehabilitation vorwiegend auf Arbeit und Beruf ausgerichtet ist. Der Gesetzgeber hätte seiner Meinung nach die Reihung umgekehrt vornehmen können, habe es aber nicht getan. Läßt sich Steiners Meinung als sprachliche Spitzfindigkeit abtun, so muß jedoch zur Kenntnis genommen werden, "daß die berufliche Rehabilitation ... überhaupt erst in den Blickwinkel staatlicher Aktivitäten ... [trat], als zu Beginn der 60er Jahre ein Stadium der Vollbeschäftigung bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum erreicht war" und diese zur Beschaffung neuer Arbeitskräfte dienen sollte (Initiative Behinderter an der Philipps-Universität 1982, 49). Auch ist darauf zu verweisen, daß bei der beruflichen Rehabilitation die Kosten-Nutzen-Rechnung eine nicht unerhebliche Rolle spielt (Gemsjäger), die soziale Komponente einer Rehabilitation bleibt - wie oben erwähnt - in der Regel gänzlich unberücksichtigt.

So haben durch einen Unfall behindert gewordene Menschen größere Chancen, in den Genuß von Rehabilitationsmaßnahmen zu kommen, als von Geburt an Behinderte, da erstere diese mit den von schon geleisteten Sozialabgaben bereits mitfinanzierten; so haben diejenigen, bei denen die Rehabilitationsmaßnahme finanzielle Selbstständigkeit verspricht, größere Chancen als die Behinderten, die auch nach entsprechenden Maßnahmen staatliche Unterstützung benötigen werden; so haben Männer mehr Chancen als Frauen, da an letzteren nur ein vermindertes ökonomisches Interesse besteht (Initiative Behinderter an der Philipps-Universität, Steiner).

Das ungleiche Geschlechterverhältnis bei der beruflichen Rehabilitation kann durch eine Tabelle im zweiten Bericht der Bundesregierung über die Lage der Behinderten und die Entwicklung der Rehabilitation zahlenmäßig belegt werden: Aus dieser geht hervor, daß im Jahre 1987 3 704 Personen eine derartige Bildungsmaßnahme abschlossen, nur 388 bzw. 10,5% von ihnen waren Frauen (Bundestagsdrucksache 11/4455, 21).
Im Zusammenhang mit diesen bei der beruflichen Eingliederung angestellten Wirtschaftlichkeitserwägungen überrascht es nicht, daß bei Rehabilitationsmaßnahmen der Stellenwert des Berufsinteresses marginal ist (Pfeiffer).
Analog zur Beschulung behinderter Kinder in Sonderschulen muß an dieser Stelle auf den

Widerspruch hingewiesen werden, daß mit einer Ausgliederung in Rehabilitationseinrichtungen eine Eingliederung in die Gesellschaft erreicht werden soll. Die finanzielle Auspolsterung der Stellung der Behinderten im Abseits bzw. in Sondereinrichtungen legt aber den Gedanken nahe, man wolle sie geradezu im Abseits halten (Initiative Behinderter an der Philipps-Universität). Auch Radtke greift diesen Gedanken auf; er schreibt: "Ich wage die Behauptung, daß ein Teil unserer Rehabilitationsbemühungen weniger den Rehabilitanden zum Ziel hat, als vielmehr der Gesellschaft den Anblick von Krankheit und Leiden ersparen will" (Radtke 1992, 33).

MARTIN SEIDLER, MANNHEIM

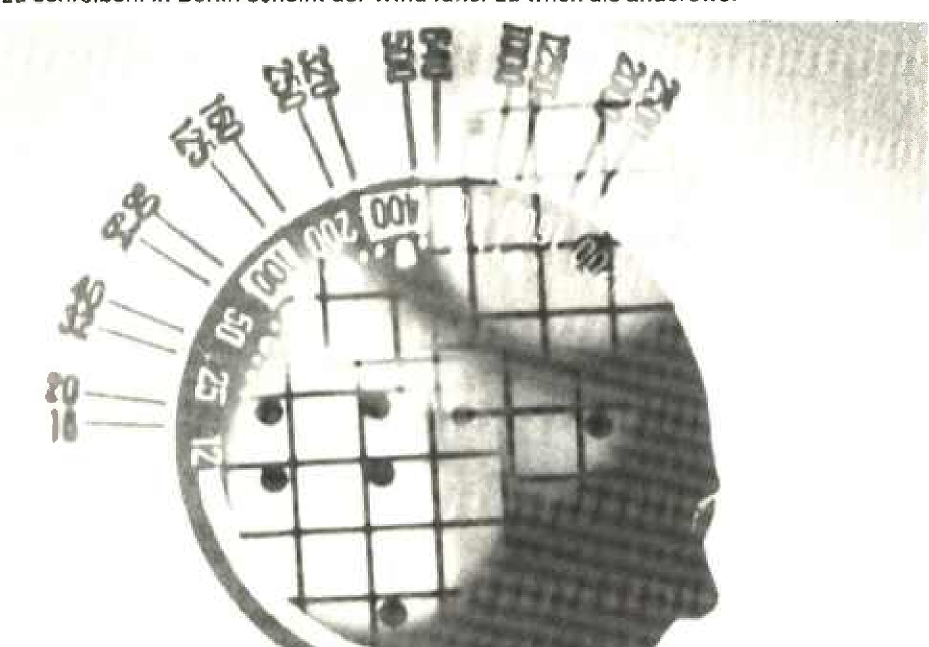
Anmerkung:
1) In ganz Schleswig-Holstein und Hamburg sind nur drei Berufsberater für die Beratung behinderter Abiturienten ausgebildet.

Literatur:
Bundestagsdrucksache 10/1233: Bericht über die Lage der Behinderten und die Entwicklung der Rehabilitation vom 04.04.1984
Bundestagsdrucksache 11/4455: Zweiter Bericht über die Lage der Behinderten und die Entwicklung der Rehabilitation vom 02.05.1989
Gedon, W.: Zur beruflichen Rehabilitation, in: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), a. a. O., 1990, S. 13-37
Gemsjäger, W.: Rehabilitation - Begriffe, Leitgedanken, Arten und Phasen, in: Dill, M./Gedon, W./Gemsjäger, a. a. O., 1988, S. 13-29
Gemsjäger, W.: Entwicklung und System der Rehabilitation in Deutschland, in: Dill, M./Gedon, W./Gemsjäger, a. a. O., 1988, S. 30-60
Initiative Behinderter an der Philipps-Universität: Rehabilitation aus der Sicht der Behinderten, in: Philippps-Universität Marburg/Marburger Arbeitskreis für Sozialrecht und Sozialpolitik (Hrsg.), a. a. O., 1982, S. 45-54
Leder, R. M.: Behinderte Studenten - Probleme, Selbsthilfe und Fördermöglichkeiten, Berlin 1982
Moosbauer, W.: Rehabilitation, in: Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), Handbuch zur Berufswahlvorbereitung, a. a. O., 1979, S. 280-285
Pfeiffer, G.: Berufsausbildung behinderter Jugendlicher - ein entscheidungstheoretischer Ansatz, Inaugural-Dissertation, Köln 1980
Rattke, P.: Die Gesellschaft braucht behinderte Menschen, in: selbsthilfe, o. Jg., 1/1992, S. 32-33
Steiner, G. (Hrsg.): Hand- und Fußbuch für Behinderte, Frankfurt/M. 1988
Westeuropäische Union: Empfehlungen und Entschließungen des Europarats zur Rehabilitation der Behinderten vom Mai 1950 in der Fassung vom November 1959

Anmerkung der Redaktion:
Eine vollständige Literaturliste kann mit Rückumschlag (1,- DM Porto) bei der "randschau" angefordert werden.

Hauptgewinn: ein Ausbildungsplatz

Die folgenden Zeilen beziehen sich auf ein Telefongespräch mit einer Mitarbeiterin des Landesarbeitsamtes Berlin zum Stichwort Rehabilitation/Berufsberatung für behinderte Jugendliche. Sie vermitteln einen groben Überblick und leiten über zum anschließenden Interview, das Ursula Aurien mit Sylvia (Name geändert), deren langjährigen Einzelfallhelferin Petra (Name geändert) und der (Förder)-Lehrerin Barbara Eckert führte. Sylvia hat ihren Realschulabschluß an einer Regelschule gemacht. Das Gespräch gibt Aufschluß über die in diesem Fall doch sehr zahlreichen Hürden auf dem Weg zu einem Beruf.
Barbara Eckert, Lehrerin an einer Schule für Körperbehinderte in Berlin, wie auch Petra bestätigten übereinstimmend, daß die Erfahrungen von Sylvia kein Einzelfall seien. So ist es z.B. vorgekommen, daß einer anderen Schülerin im Rahmen der Testverfahren durch das Arbeitsamt (Berlin) keine Schreibhilfe (Schreibmaschine) zur Verfügung gestellt wurde, obwohl die Schülerin kräftemäßig gar nicht in der Lage war, so lange mit der Hand zu schreiben. In Berlin scheint der Wind raher zu when als anderswo.



Berufsberatung im allgemeinen

Berufsberater gehen in *alle* Schulen, dabei sollen die Schüler mit dem Begriff der Berufsberatung vertraut gemacht werden. Das sind allgemeine Invormationsveranstaltungen, wobei die Möglichkeit der beruflichen Einzelberatung angeboten wird. Die Jugendlichen müssen sich dann beim zuständigen Arbeitsamt um einen Termin kümmern.
Behinderte Jugendliche, vor allem, wenn die Behinderung sichtbar ist, werden an Berufsberater für Behinderte verwiesen, bei nicht sichtbarer Behinderung läuft in der Regel zunächst ein Termin bei der "normalen" Berufsberatung, die weiterverweist. Das kann sich "über mehrere Jahre" hinziehen. Die Informationsgespräche an den Schulen beginnen zum Teil schon in der 7. Klasse.

Berufsberatung für behinderte Jugendliche

Sie geht auf die speziellen Möglichen aufgrund der Behinderung ein und informiert "von berufsbegleitenden Maßnahmen bis hin zum freien Arbeitsmarkt" Der freie Arbeitsmarkt ist immer der erste Anlauf. Die Berufsberater haben für die jeweiligen Berufsbereiche Adressenlisten, anhand derer sich die Jugendlichen bewerben können. Das ist sehr stark konjunkturabhängig: "Wenn zig Gesunde und Normale da sind, haben die Behinderten es natürlich viel schwerer." Möglich sind Ausbildungszuschüsse und technische Hilfen.
Beim Erstgespräch kommt es darauf an, ob sich der Jugendliche schon Gedanken hinsichtlich eventueller Berufswünsche gemacht hat oder ob er z.B. einfach von den Eltern geschickt wurde, aber noch gar nicht darüber nachgedacht hat. Wenn bereits Vorstellungen oder Ideen da sind - Beispiel: 'normale' Intelligenz, Rollstuhlfahrer ohne besonderen Einschränkungen, Berufswunsch Technischer Zeichner - kann der Berufsberater entscheiden, ob er gleich ein entsprechendes Ausbildungsplatzangebot macht. Wenn es komplizierter ist, wird die Eignung geprüft über Zeugnisse, psychologische und medizinische Untersuchungen. Der Jugendliche soll ggf. selbst zu der Einsicht gelangen, daß es "nicht machbar" ist. "Es ist (aber) sichergestellt, daß jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommt." Wenn in der Nähe kein geeigneter Platz da ist, wird auch bundesweit vermittelt. Wenn keine "Vollausbildung" möglich ist, kann eine in der gleichen Richtung, jedoch auf einem niedrigeren Niveau angeboten werden (ebenfalls in den Berufsbildungswerken). Sofern Jugendliche "übehaupt nicht ausbildungsreif" sind, sind Fördermaßnahmen möglich; für "Schwerstlernbehinderte" bleibt die Werkstatt.
Die Dauer des (Beratungs-)Verfahrens ist von Arbeitsamt zu Arbeitsamt verschieden und hängt auch von der Belastung der Arbeitsämter ab.

"Daß man behinderte Menschen in das ganz normale Arbeitsleben integrieren könnte, das wird überhaupt nicht gedacht."

Gespräch mit Sylvia, Petra und Barbara

Sylvia: Die Geschichte begann damit, daß ich erstmal anfing, über die ganzen Berufssachen nachzudenken. Da mußte ich mich bzw. wir, Petra und ich, uns beim Arbeitsamt II bei dem zuständigen Berater um einen Termin für ein Beratungsgespräch bemühen.

Petra: Im Herbst 91 haben wir darüber diskutiert, welche Berufe Sylivia sich vorstellen könnte. Im Frühjahr 92, da war Sylivia noch in der 9. Klasse, haben wir uns zum ersten Mal an das Arbeitsamt gewendet und zwar an den zuständigen Rehabilitationsberater. Das war der Herr K. und was ich ihm bis heute nicht verzeihe, ist, daß es damals hieß: *Sie sind aber früh dran.* Das kriegt erst später Bedeutung, daß die Ende der 9. Klasse fanden, wir sind sehr früh mit diesem ganzen Vorlauf. Es hat ewig lange gedauert, bis wir einen ersten Termin hatten. Morgens um viertel nach acht und der bestand darin, daß Sylivia ein Formblatt in die Hand gedrückt bekommen hat, wo sie Angaben zur Person draufschreiben mußte. Es wurde gesagt, bevor man jetzt hier irgendetwas beraten kann, muß eine medizinische Untersuchung und eine psychologische Untersuchung gemacht werden, und ich hab Sylivia tobend zur Schule gerollt. Ich fand, daß man diesen Zettel, der darüberhinaus noch von ihrem Eltern unterschrieben werden mußte, doch bequem hätte zuschicken können. Das war der Einstieg.

Hat jemand gefragt, was Du willst, was Du möchtest oder hast Du gesagt, was Du machen möchtest?

Sylvia: Ja, bevor er mir das Formular auf den Tisch klatschte, hat er gefragt, womit er mir denn nun helfen könnte. Dann hab ich ihm erstmal gesagt, was für einen Berufswunsch ich damals hatte.

Was war das?

Das war Fremdsprachensekretärin. Das war die einzige Frage dazu, danach folgte dieser Zettel.

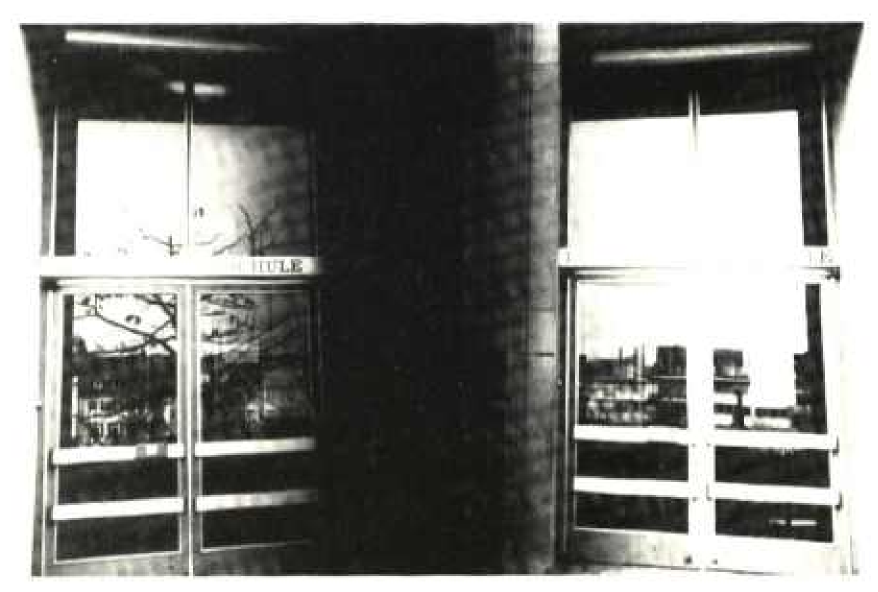
Petra: Und Du hast damals noch gesagt, Du könntest Dir auch was im Erzieherbereich vorstellen.

Sylivia: Das könnte ich gleich vergessen. Das wäre überhaupt nicht möglich.

Hat er gesagt warum?

Sylivia: Ja, weil ich körperbehindert bin und weil ich auf einen Rollstuhl angewiesen bin.

Dann kam die psychologische Untersuchung. Als erstes sollte ich einen Aufsatz schreiben. Ich hatte drei Themen zur Auswahl. Die Zeit war begrenzt. Ein Diktat kam nicht in der Form, daß da jemand stand und einen Text diktierte, sondern es war so, daß es ein Blatt gab, auf dem waren verschiedene Begriffe. Da waren welche darunter, die falsch geschrieben waren oder es ging um Klein- oder Großschrift. Das mußte ich dann, auch unter Zeitdruck, aussuchen und anstreichen. Dann gab's noch einen Matheteil, logisches Denkvermögen und räumliches Vorstellungsvermögen.



Pausen hatte ich auch, mal 10 Minuten, mal fünf. Als die Zeit beim Matheteil abgelaufen war, ist sie gekommen, hat geguckt und ist erstmal raus. Dann ist sie wiedergekommen und hat gesagt, jetzt darf ich, ohne unter Zeitdruck zu stehen, die Aufgaben rechnen, weil das schon deutlich war, das da nichts bei rausgekommen ist. Dann hatte ich erstmal unbegrenzt Zeit. Nach 'ner Stunde oder dreiviertel Stunde ist sie reingekommen und hat das Blatt mitgenommen. Dann kam sie nach der Pause rein und hat mir mitgeteilt, daß es jetzt zu Ende sei, daß sie das jetzt auswerten werden und daß es etwas dauern wird, bis ich Bescheid kriege - so sechs bis acht Wochen.

Haben sie sich nach acht Wochen gemeldet?

Sylivia: Nein, das dauerte doch etwas länger. Herr K. hatte sich auch nicht gemeldet. Er hatte ja gesagt, er meldet sich.

Wie lange habt Ihr gewartet?

Petra: Bei dem Beratungsgespräch sollten Sylivias Eltern zugegen sein, weil sie ja nicht volljährig ist. Die wiederum wollten, daß auch ich zugegen bin. Ende Oktober hatten wir tatsächlich diesen Termin beim Arbeitsamt, wo wir dann mit Deinem Veter gemeinsam hin sind.

Sylivia: Herr K. teilte mit, wie es ungefähr gelaufen ist, was da alles fehlte und was ich falsch gemacht habe. Also er war ziemlich kurz, was die Testauswertung betraf und meinte nur, es wäre nicht so gut ausgefallen, was man deutlich erkennen konnte und daß er nicht glaubt, daß ich in der Lage wäre, eine normale Ausbildung in einem normalen Betrieb zu machen.

Generell? Nicht nur in Bezug auf Fremdsprachensekretärin?

Ja

Petra: Er hat das aufgrund der medizinischen Untersuchung und der psychologischen Tests erstellte Gutachten erst im Groben dargestellt und dann hat er uns das gesammelte Gutachten vorgelesen.

Ist das üblich?

Petra: Meine Phantasie ist, daß er den Eindruck hatte, daß Sylivia und ich nicht einsichtig genug waren und Sylivias Vater die Bedeutsamkeit nicht im erforderlichen Umfang erkannte. Das war der Zeitpunkt, wo Sylivias Eltern es immer noch nicht für ausgeschlossen hielten, daß sie das Abitur versucht.

Warum bist Du nicht geeignet für eine Berufsausbildung?

Sylivia: So genau begründete er das auch nicht, er meinte nur, er glaubt sowieso nicht, daß das mit der Fremdsprachensekretärin klappt, weil man in dem Test auch sehen konnte, daß ich generell langsam bin und er meinte, daß ich ja auch Maschine schreiben müßte und, was weiß ich, so 200 Anschläge pro Minute bringen müßte und das aufgrund meiner Geschwindigkeit nicht machbar wäre. Es gäbe aber auch noch andere Gründe, warum Fremdsprachsekretärin nicht ginge. Er habe den Eindruck, daß es wohl sehr schwierig sei für mich, überhaupt eine Ausbildung zu machen, sie durchzustehen und sie dann auch abschließen zu können.

Weil Du zu langsam bist?

Sylivia: Ja und wegen Mathe.

Petra: Diese ganze Diagnostik, so wie Sylivia das erzählt hat, muß offensichtlich eine für in keiner Weise motorisch oder sonstwie beeinträchtigte Leute gewesen sein, sondern ausgerichtet auf den Normalfall des zu erwartetenden Realschulabschlusses, also keinerlei Rücksichtnahme. Entsprechend las sich das dann auch. Gut, Mathe war ein kompletter Ausfall, auch in anderen Bereichen war's nicht so wahnsinnig rasend, das ist natürlich in die Begutachtung alles sehr schön eingeflossen, einfach weil diese Zeitfaktoren überhaupt nicht berechnet wurden.

Die gehen davon aus, daß Du eigentlich nichtbehindert bist?

Petra: Bei der Diagnostik ja. Und messen Dich dann an *den* Maßstäben.

Barbara: Auch die Zeitvorgaben sind meines Wissens die gleichen.

War die Rede von irgendwelchen technischen Hilfsmitteln?

Petra: Doch, das hat Herr K. angesprochen. Wir waren übrigens nicht nur mit der Fremdsprachsekretärin gestartet. Auch damals war schon das Thema Büro- und Verwaltungsbereich. Also er hat nicht nur die Fremdsprachensekretärin negiert, als wir uns im Oktober endlich sahen, sondern er hat schwerst infrage gestellt, ob Sylivia in der Lage ist, einen Ausbildungsberuf zu ergreifen. Wir hatten damals gesagt, daß wir auch Bewerbungen auf dem freien Markt machen wollen. Na ja, er wolle uns davon nicht abhalten. Da hat er auf die Hilfsmittel hingewiesen, die es für die Berufsausbildung gibt und daß das Arbeitsamt dann zuständig sei.

Du mußt ja auch wissen, welche Hilfsmittel Du brauchst.

Barbara: Beratung ist nicht ihre Stärke

Haben sie auch ein Wort drüber verloren, wofür Du ihrer Meinung nach geeignet bist?

Petra: Das ist ja das Schöne, daß alle zu der Einschätzung kommen, daß Sylivias Selbsteinschätzung ganz erfreulich realistisch ist. Es sei zwar sehr zweifelhaft, ob sie es überhaupt könnte, aber Büro und Verwaltung sei die einzig realistische Möglichlichkeit vom Berufsfeld her.
Das Ende dieses Gespräches im Oktober war, daß der K. Sylivia und ihrem Vater dringlichst ans Herz gelegt hat, schnellstens zu überlegen, ob sie eine Arbeitserprobung beim Annedore-Leber-Bildungswerk (in Berlin) machen möchte. Da müßte man dann angemeldet werden und das sei die aus Berufsberatungsperspektive letztendliche Entscheidung, ob Berufsausbildung oder nicht.

Was ist die Alternative zur Berufsausbildung?

Sylivia: Da gibts noch diese Behindertenwerkstätten, wo man dann hingeht jeden Tag, damit man beschäftigt ist.

Petra: Das war die Alternative, die im Raum stand, aber noch nicht gesprochen war.

Was hast Du von diesem Ergebnis gehalten?

Sylivia: Davon hab ich sehr wenig gehalten. Eigentlich ist es mir so vorgekommen, als würden sie zum größten Teil nur die Fähigkeiten oder Dinge testen, die ich nicht so gut auf dem Kasten habe oder die ich überhaupt nicht kann. Immer nur die negativen Fähigkeiten oder Dinge, die ich nur sehr schwer auf die Reihe kriege.

Was kannst Du gut?

Sylivia: Der damalige Berufswunsch zur Fremdsprachensekretärin kam ja nicht nur so in meinen Kopf, sondern der ganze Sprachbereich fällt mir leichter als Naturwissenschaften, sei es Physik, Chemie und Mathe natürlich.

Petra: Eine Fähigkeit, die Sylivia z.B. hat, ist ein unglaubliches Dabeibleiben, eine unheimlich hohe Frustrationsschwelle; sich mengenmäßig halb verstandene Sachen in den Kopf zu prügeln, zu behalten und entsprechend wieder abzuspulen. Was ich für einen Faktor halte für so eine Berufsausbildung. Ausdauer, der Wunsch, das Feld doch soweit zu beherrschen, daß man's anwenden kann. Solche Dinge finde ich ganz erstaunlich, solche Qualitäten.

Barbara: Man muß sehen, daß das für viele Berufe ausreicht, nämlich, daß der Sachbearbeiter X nicht weiß, was der Sachbearbeiter Y macht. Wenn die einmal ihre Akten vergessen würden, wäre keiner mehr arbeitsfähig. Darüberhinaus, sie konnten weder beraten noch empfehlen. Alternativen gehören ja auch dazu, nicht nur zu zeigen, was man auf keinen Fall machen kann, sondern das Ganze mal positiv aufziehen, was denkbar wäre.

Petra: Alternativen sind uns an keiner Stelle aufgemacht worden. Wir sind wahnsinnig lange in diesem: es muß getestet, es muß gecheckt werden-Loch dringeblieben. Inzwischen war Sylivia schon im 10. Schuljahr, und der Wunsch war, wenn Arbeitserprobung, dann doch bitte im ersten Halbjahr und nicht im zweiten, was die Noten fürs Abschlußzeugnis beeinflußt - und man hörte nichts.
Nun hattet Ihr Euch auch relativ spät bei Herrn K. gemeldet nach diesem Oktobergespräch, aber vor Weihnachten war ich doch der Meinung, man müsse was hören und da fing dann die Odyssee an, die man gar nicht mehr im Detail nachzeichnen kann.
Ich wollte, daß es Sylivias Ding bleibt, daß wir zwar drüber sprechen, welche Aktivitäten jetzt anstehen, aber daß Sylivia das für sich tut. Damit ist Sylivia vor Weihnachten so brachial auf die Nase gefallen, daß wir nach der Weihnachtspause gesagt haben: Starten wirs doch jetzt gemeinsam.
Da hatten wir nochmal drüber gesprochen, welche Fragen wir klären wollen mit dem Annedore-Leber-Werk. Es war unklar, ob die Anmeldung angekommen war. Sylivia sitzt neben mir am Telefon und versucht, diese Fragen loszuwerden. Erstmal ist sie gar nicht bis zum richtigen Menschen durchgedrungen, und dann ist sie nach der zweiten Frage - ich dachte, ich hör' nicht richtig - abgehängt worden. Es gab keinerlei Signale, daß dieses Telefonat zu Ende war. Sylivia saß da und sagte: Ich hatte doch noch eine dritte Frage. Ich riß es dann an mich, war binnen kürzestem bei einem völlig anderen Menschen, der war sehr kooperativ und erwies sich als in der Lage, den PC anzuwerfen. Fand sie da nicht. Daß er sie nicht fand, hieß, daß diese Papiere irgendwo waren, aber nicht da, wo sie schon längst hätten sein sollen, und das erste, was er mir sagte, war: *Sie sind aber spät dran.* Da bin ich ihm beinahe durch den Hörer gekommen. *Schön zu hören, wissen Sie, im März letzten Jahres haben wir gehört: Sie sind aber früh dran.* Das war vor genau einem Jahr.

Wie hätte das funktionieren müssen? Die hätten Euch doch von Annedore-Leber eine Bestätigung schicken müssen und eine Einladung.

Petra: Ja, einen Termin, wann die Arbeitserprobung läuft.

Wie lange hat das da gelegen?

Petra: Das hat da nicht gelegen. Zwischenzeitlich war Herr K. krank, da wollte sich überhaupt keiner zuständig fühlen. Das war beim Arbeitsamt gar nicht rausgegangen. Und die Akte war wahnsinnig lange sozusagen *auf dem Weg*.
Dieser Mann war dann gar nicht so unfreundlich und sagte: Arbeitserprobung? Hier bei uns, jetzt noch? Da sollten Sie sich aber noch woanders drum kümmern, das ist aber schwierig. Und im übrigen, Verwaltungsfachangestellte, das sei ja spannend, dafür könnten sie gar keine Arbeitserprobung machen, sie hätten nämlich nur Bürokaufmann. ich fragte auch nach anderen Einrichtungen. Wir sind voll, meinte er, sowohl für Ausbildung als auch für Arbeitserprobung. Versuchen Sie's mal in Neckargmünd.

Du bist dann tatsächlich zur Arbeitserprobung dagewesen?

Sylivia: Ja. Viel später. Drei Tage.

War von Verwaltung die Rede?

Petra: Das war Büro.

Sylivia: Einen Tag nochmal diese Test, das war fast identisch mit denen vom Arbeitsamt. Der zweite Tag in der Ausbildung bis spätnachmittag, und der dritte Tag bestand nur aus dem Abschlußgespräch. Das war's denn.

Petra: Wobei man noch sagen muß, daß diese dreitätgige Arbeitserprobung auf sehr wunderliche Weise aus dem Hut gezaubert worden ist.
Ich hatte mich ja an die Empfehlung des Koliegen vom Annedore-Leber-Berufsbildungswerk gehalten und Kontakt zu Neckargmünd aufgenommen in Sachen Arbeitserprobung. Eins war ja nun deutlich: Das Arbeitsamt schläft und fühlt sich nicht zuständig, hat überhaupt keinen dringlichen Handlungsbedarf und macht darüberhinaus nicht den kleinen Finger krumm, solange diese Arbeitserprobung nicht ein etwas hoffnungsvolleres Ergebnis erbringt als diese psychologischen Gutachten. Von Ausbildungsplatzsuche ganz zu schweigen.

Sind die zu dem gleichen Ergebnis gekommen?

Sylivia: Am dritten Tag war ja das Abschlußgespräch. Das war auch eine relativ kurze Angelegenheit. Die hat mir ein paar Sachen aus dem Test gezeigt, die mir nicht so gelungen sind, dann auch wieder Mathe, und dann hat sie mich noch gefragt, wie ich denn den einen Tag in der Ausbildung so für mich persönlich gesehen hätte, ob mir das schwer gefallen wäre. Ich mußte zugeben, daß ich das schon etwas schwierig fand.
Da mußte ich - kurz vor Feierabend - Blätter zusammenheften und mit der Rechenmaschine was addieren, den Zettel abreißen und den zu den dazugehörigen Blättern anheften. Da kam ich nicht vorwärts, ich hab diesen Bon nicht an die zwei anderen Blätter geheftet gekriegt, und es waren noch andere Sachen, die mir nicht so leicht fielen.

Ihr Abschlußsatz war, daß es ihr furchtbar leid täte, aber ich könne aufgrunddessen bei ihnen im Berufsbildungswerk nicht aufgenommen werden, sie versuchte es freundlich zu formulieren: sie würde fast sagen, daß ich den ganzen Bürobereich fast ausschließen könnte nach diesem Ergebnis, hat mir dann noch Glück gewünscht für andere Bewerbungen und das war's dann auch schon wieder.

Petra: Dieser Termin mit diesen drei Tagen, der ist auch nur zustande gekommen, weil wir inzwischen eigentätig in Gesamt-Westdeutschland sowohl nach einer Arbeitserprobung als auch nach einem Ausbildungsplatz suchten. Neckargmünd war mit Arbeitserprobung bis unter die Haarspitze zugedeckt und verwies mich dann eben an Neuwied. Sobald die Telefonate nach Westdeutschland gingen, war das ein ganz anderes Telefonieren, das waren freundliche und zugewandte Menschen, auch in Neckargmünd schon, die haben zugehört, die haben geholfen, Adressen rausgerückt, die das Arbeitsamt Berlin augenscheinlich überhaupt nicht besitzt usw.

Barbara: Die fragten erstmal nicht nach dem psychologischen Gutachten, sondern nach dem Schulabschluß. Das fanden wir schon ganz bemerkenswert. Das interessierte die ja hier überhaupt nicht.
Dazu kam, daß Sylivia ein absoluter Ausnahmefall war, dahingehend, daß sie selbst aktiv wurde, x Bewerbungen losschickte und nachgefragt hat bei den Bezirksämtern. Es war so, daß Sylivia viel aktiver war in der Planung ihrer beruflichen Zukunft und viel mehr Tests über sich ergehen ließ, um einen Ausbildungsplatz zu kriegen.
Damit, daß Sylivia nichts hatte, schwappte sie schon auf der allgemeinen Welle. Es war nur ein Mißverhältnis, weil sie sehr viel dafür tat und trotzdem nichts hatte und die anderen überhaupt nichts taten und auch nichts hatten. Die Lehrer haben schon ein bißchen mitgelitten. Ich denke, das ist schon ein Unterschied, wenn ein Jugendlicher keinen Ausbildungsplatz bekommt, weil er den Hintern nicht hochkriegt, oder er kriegt keinen aufgrund der Tatsache, daß die Behörden unfähig sind.

Wie ist es dann zu Neuwied gekommen?

Petra: Im Januar erfahren wir von Annedore-Leber: nix ist, wir haben aber auch keinen Platz mehr, selbst wenn wir das Papier jetzt hätten. Wenden sie sich an Neckargmünd. Ich rufe in Neckargmünd an, der sagt, wenden Sie sich an Neuwied, wir haben leider auch keine Kapazitäten. Es ist Mitte, Ende Januar. Ich telefoniere mit Neuwied. Neuwied sagt: Arbeitserprobung jederzeit möglich. Berufsausbildung zum Sommer sieht schlecht aus. Wenden Sie sich ans Arbeitsamt Berlin, daß die bei uns eine Arbeitserprobung anmelden. Das muß den offiziellen Weg gehen: AA Berlin - AA Neuwied - Berufsbildungswerk Neuwied. Wir melden uns, wenn wir's auf'm Tisch haben. Dann hatten wir unsere liebe Mühe, die urlaubenden, krankgeschriebenen und sich nicht zuständig fühlenden Kollegen vom AA Berlin überhaupt an die Strippe zu kriegen. Ich habe 14 Tage lang jeden Tag telefoniert, bevor ich jemanden an der Strippe hatte. Die hatten wieder die Akte nicht da und konnten nichts sagen, aber grundsätzlich waren sie bereit.

Die hätten doch froh sein müssen, daß sie das dann loswerden.

Petra: Das Schönste mit Neuwied war, daß die das nochmal rechtlich überprüfen mußten und und und. Dann wurde die dreitägige Arbeitserprobung im Annedore-Leber-Werk aus dem Hut gezaubert. Die war auf einmal da. Worauf ich mich erstmal rückversicherte, daß damit doch bitte Neuwied nicht hinfällig ist, was wir immer noch nicht schriftlich hatten.

Ging es dann gleich in Richtung Verwaltung oder immer noch um Büro?

Sylivia: Da ging es um Verwaltung.

Petra: Wir hatten Mitte bis Ende Februar mit dem Arbeitsamt Neukölln geregelt, daß sie das tatsächlich tun und dann wußten wir von Neuwied im März: das Zentralpapier ist da. Sie steigen in die Planung ein. Es klappt, es ist gesichert. Jetzt ist es nur noch eine Terminfrage. Ja, und dann bist du im Mai nach Neuwied gefahren.

Sylivia: Richtig, für vier Wochen. Die ersten zehn Tage mußte ich in der Ausbildung Tests machen, jeden Tag ein bischen, ein anderes Thema. Es war schon ein Unterschied zu den Tests vom Arbeitsamt und bei Annedore-Leber.
Die Tests waren auf drei verschieden Ebenen: ein Block auf der Ebene Gymnasium, dann Realschulabschluß und Hauptschulabschluß. Mit dem Hauptschulabschluß hab ich angefangen, die drei haben sich von den Testbereichen, von den Themen nicht sehr unterschieden, nur von den Anforderungen natürlich.
Die Zeit war auch begrenzt. Die sagten: Sie haben jetzt eine Stunde Zeit, gucken Sie, daß Sie möglichst viel hinkriegen und möglichst wenig falsch machen. Der Ausbilder hat wieder festgestellt, daß Mathe nicht mein Gebiet ist. Ich habe gesagt, das ist so, das wird wohl auch so bleiben. Er meinte dann, gut, wir sehen, was wir daraus machen.
Ab der zweiten Woche war ich an manchen Tagen überwiegend mit dem Computer beschäftigt. Da habe ich erstmal ein Lernprogramm in die Hand gedrückt bekommen. Da waren die wichtigsten Datenverarbeitungskenntnisse drauf. Was passiert, wenn ich die und jene Taste drücke, wozu man die Taste braucht, was man alles tut, wenn man einen Text schreiben muß, wie das alles abläuft. Nach zehn Tagen waren die meisten Tests für mich erledigt. Dann ging es mehr auf die Praxis zu.

Du bist ja sehr testerfahren inzwischen.

Petra: Schon nach einer Woche haben sie sich wieder bei mir gemeldet und eine Ersteinschätzung durchgegeben. Und am Ende haben sie nochmal mit mir gesprochen, wie sie das einschätzen.
Und da war's so: Inwieweit ist dieser Förderlehrgang jetzt sinnvoll? Wir haben einen einjährigen und einen halbjährigen. Inzwischen hatten sie sämtliche Unterlagen, auch die Arbeitserprobungsgutachten von Annedore-Leber, haben sich dem aber nicht angeschlossen, sondern explizit gesagt, wir schätzen das anders ein. Wenn es nicht dieses Matheproblem gäbe, dann hätten wir überhaupt keine Probleme, Sylivia in die Ausbildung direkt reinzunehmen.
Der Förderlehrgang ist im Prinzip zur Orientierung, aber das würde bei Sylivia ja keinen Sinn machen. Sie wisse ja, was sie werden wolle und das sei ja auch 'ne ganz vernünftige Wahl. Was sie machen könnten: Förderlehrgang. Sie bleibt im Verwaltungsbereich, die ganzen Monate, und sie könnten maximal 1 Stunde Mathe zusätzlich organisieren, aber mehr nicht. Und ab September hat sie in Neuwied einen Ausbildungsplatz.

Hängt der von dem Förderlehrgang ab?

Der hängt davon ab, aber der ist schon da.

Haben Sie gesagt, wie das Ergebnis aussehen müßte?

Petra: Es müssen Fortschritte und eine Fortschrittsdynamik erkennbar sein. Deswegen - schon im Herbst ist das ja alles gelaufen - ihr Vorschlag an das AA Berlin: Anmeldung zum Förderlehrgang im Februar, Anmeldung zur Berufsausbildung zum September, beides. Von daher hängt jetzt tatsächlich von diesem Halbjahr auch sehr sehr viel ab. Es ist einfach, diesen Platz nachzubesetzen, aber man kann nicht bis Juni warten und dann einen Platz beantragen, dann gibts keinen mehr.
Ich lege auch meine Hand ins Feuer, wenn wir in Berlin geblieben wären, keinerlei Aktivitäten an den Tag gelegt hätten, dann hätte es mit Abschluß der 10. Klasse, Realschulabschluß hin oder her, geheißen: Ach ja, was machen wir jetzt, das sieht ja gar nicht gut aus. Und rein in die Warteschleife für die Behindertenwerkstatt. Wenn da keine Widerstände gekommen wären.
Wir wurden angeguckt wie Schneeweißchen und Rosenrot, als wir sagten, wir wollten auch Bewerbungen auf dem freien Markt machen. Daß man behinderte Menschen in das ganz normale Arbeitsleben integrieren könnte, das wird überhaupt nicht gedacht.

INNENANSICHTEN

Der Wortbedeutung nach wäre von einem Rehabilitationszentrum zu erwarten, daß es behinderte Menschen darauf vorbereitet, mit ihrer Behinderung in der Welt der Nichtbehinderten möglichst gut zurecht zu kommen. Daß die Realität meist anders ist, dürfte allgemein bekannt sein: Behinderte leben weitgehend isoliert von Nichtbehinderten, so daß die soziale Rehabilitation gegenüber der medizinischen und beruflichen 'Wiedereingliederung' (was oft genug faktisch auf die einseitige Anpassung Behinderter an eine nicht hinterfragte 'Normalität' der Nichtbehinderten hinausläuft) ein Schattendasein führt.
Ich möchte diese Tatsache an meinen Erfahrungen während meiner Zeit im Reha-Zentrum in Neckargemünd bei Heidelberg aufzeigen, wo ich meine gesamte Gymnasialschulzeit verbrachte und vor allem das einbeziehen, was ich von denjenigen weiß, die mit mir vor 8 Jahren das Reha verlassen haben.

Das - wie es genau heißt - Südwestdeutsche Rehabilitationszentrum für Kinder und Jugendliche in Neckargemünd wurde 1974 für 800 RehabilitandInnen, ca. 300 SchülerInnen aller Schularten und ca. 500 Auszubildenden mehrerer Berufszweige, eröffnet. Etwa ebenso groß war der Personalstamm, der in Klinik, Wohnheimbereich, Schule, Ausbildung, therapeutischen Abteilungen und den Dienstleistungseinrichtungen wie Großküche, Hausmeisterei, Cafeteria, Bibliothek, Freizeitbereich und Schwimmbad beschäftigt war. Ein Mammutgebäude aus Beton, was da auf die grüne Wiese gebaut wurde und bis Ende der 70er Jahre immer noch um das ein oder andere Haus erweitert wurde. Da alle Teile des Zentrums miteinander verbunden sind, muß mensch die Einrichtung eigentlich nie verlassen. Durch die Bauweise herrscht ein unheimlich stickiges und an sich schon krankmachendes Klima mit einer sehr geringen Luftfeuchtigkeit und einer relativ hohen Temperatur.
Wie die meisten Reha-Ghettos liegt es recht 'idyllisch': am Rande der Kleinstadt, am Wald, auf dem für Behinderteneinrichtungen fast 'obligatorischen' Hügel.
Da zu gleicher Zeit ein Schulzentrum für die Region Neckargemünd entstand, gab es Überlegungen, beide Gebäudekomplexe nebeneinander zu errichten, die aber durch Proteste seitens der Eltern der nichtbehinderten SchülerInnen nicht verwirklicht wurden(!!!).

Allein schon die Dimensionen der Einrichtung lassen es höchst fragwürdig erscheinen, ob das Ziel dieses Zentrums wirklich eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft sein kann oder vielmehr eine kostensparende Massenunterbringung von Behinderten ist. In Anbetracht dessen, daß m. E. damalige (Fehl) Entscheidungen nicht so ohne weiteres vom heutigen Standpunkt aus bewertet werden können, will ich den ErbauerInnen dieses riesigen Gebäudekomplexes nichts Böses unterstellen; es muß jedoch gefragt werden, warum bis heute an dem ursprünglichen Konzept festgehalten wird: Anstatt sich zu freuen, daß z. B. immer mehr behinderte Menschen wohnortnah eine Möglichkeit haben, eine Schule zu besuchen, und Gebäude anderweitig zu nutzen, wird m. E. zwanghaft versucht, vorhandene Kapazitäten auszunutzen. Schon zu meiner Zeit wurden 'externe' Behinderte, die im Umkreis wohnten und nur tagsüber das Reha besuchten, (aus Kostengründen) nicht gerne gesehen. An einen Auszug behinderter junger Erwachsener - wie sie ihn beispielsweise die Pfennigparade in München fördert - war bzw. ist überhaupt nicht zu denken.

Um sich ein Bild über das Leben innerhalb dieser riesigen Institution bilden zu können, möchte ich die einzelnen Bereiche näher beschreiben:



Filmszene aus 'Langer Gang', der im Rehzentrum Neckargmünd spielt.

Foto: Okapi-Film Verleih, Berlin

Die Schule war bzw. ist sicher eins der Aushängeschilder des Rehas. Mit den verschiedenen Schulzweigen wurde das ganze mögliche Spektrum von der Lernbehindertenschule und den BVJ-Klassen (Berufsvorbereitungsjahr, d.Red.) bis hin zum Wirtschaftsgymnasium und dem allgemeinbildenden Gymnasium abgedeckt. Die Klassen waren bzw. sind mit ca. 10 bis 15 SchülerInnen angenehm klein, was übrigens für mich den Ausschlag gab, von München aus nach Neckargemünd zu kommen. (Was so kleine Klassen aber auch für Nachteile haben können, merkte ich in der Oberstufe, weil die Wahl der Leistungskurse erheblich eingeschränkt war.)
Gerade im Gymnasium konnte mensch meinen, die schulischen Anforderungen würden bewußt etwas höher geschraubt, um jeglichem Verdacht aus dem Wege zu gehen, Behinderte würden bevorteilt.
Eine Besonderheit ist die allgemeine Verlängerung der Oberstufe von 3 auf 4 Jahre, über deren Sinn oder Unsinn immer wieder gestritten wurde. Die einen argumentierten, daß damit behindertenspezifische Einschränkungen und eventuelle Fehlzeiten sinnvoll ausgeglichen werden können, die anderen beklagten sich über die 'kostbare Zeit', welche zu einer unnötigen Verlängerung der Ausbildungszeit führte. Zu fragen ist jedoch in der Tat, ob gerade kurz vor dem Schulende so eine Ausnahmeregelung sinnig ist, weil der Übergang zu dem Tempo in Studium oder Ausbildung neben der neuen Umgebung dadurch doppelt erschwert ist.

Als energischer Befürworter einer schulischen Integration von Behinderten und Nichtbehinderten als Grundlage eines zwanglosen und vorurteilsfreien Zusammenlebens muß ich die im Reha praktizierte Beschulung von ausschließlich Behinderten verurteilen. Zwar wurden Ansätze gemacht, bestimmte (freiwillige) Oberstufenkurse mit denen des Neckargemünder Schulzentrums zusammenzulegen, jedoch waren die Vorbehalte seitens der Nichtbehinderten, ins Reha zu kommen, oft schon zu groß, als daß viele solcher gemischter Kurse zustande gekommen wären. Ob das neueste 'Experiment', Nichtbehinderte in den Gymnasialzweig aufzunehmen, um diesen für Behinderte aufrecht zu erhalten, die nicht in eine 'normale' Schule gehen können, ein Schritt in die richtige Richtung ist, erscheint mir fragwürdig. Sinnvoller wäre es meiner Meinung nach, die dafür aufgewendeten Gelder für Hilfskräfte einzusetzen, welche es Behinderten, die wegen der medizinischen Versorgung auf eine Unterbringung im Reha angewiesen sind, ermöglichen, daß diese am Unterricht im Schulzentrum Neckargemünd teilnehmen können.

Im außerschulischen Bereich zeigt sich die Separation von Behinderten und ihren nichtbehinderten Gleichaltrigen noch deutlicher. Wie ich oben erwähnt habe, besteht durch die vielfältigen Angebote innerhalb des Rehas keinerlei Notwendigkeit, das Reha zu verlassen, obwohl objektiv Möglichkeiten gegeben waren. So verbindet der wohl erste rollstuhlgerechte Linienbus Deutschlands das Reha-Zentrum mit Heidelberg. Eigeninitiative ist gefragt! Wer diese nicht hatte, ...
Wie gesagt ist die Hemmschwelle für viele

Nichtbehinderte sehr groß, ins Reha zu gehen. Wenn sie dies tun, machen sie meistens nur Gebrauch von der preiswerten Cafeteria, der gut sortierten Bibliothek oder den regelmäßig stattfindenden Kinovorführungen, ohne daß echte Kontakte zu den BewohnerInnen entstehen. Dennoch gibt es eine hauseigene Disco, die auch Nichtbehinderte anzieht. Wem diese Art der Kontaktaufnahme liegt, kann dadurch Beziehungen knüpfen.

Der Wohnheimbereich erscheint mir am fragwürdigsten der ganzen Reha-Einrichtung und wurde bzw. wird sehr unterschiedlich beurteilt. Je nach dem Charakter des/der Einzelnen, nach seinem/ihrem Bedarf an Hilfe, aber auch je nach Lage des Zimmers, in dem er/sie wohnt, beklagen viele die Überversorgung, Überbehütung und starke Kontrolle (was meist im Nachhinein erst deutlich wird), trotzdem fühlen sich einige in der konkreten Situation alleine gelassen und auf sich gestellt. Auf der einen Seite brauche ich mich als HeimbewohnerIn um kaum etwas zu kümmern (Essen gibt's dreimal am Tag in der Mensa, die Putzfrau putzt täglich mein Zimmer, usw.), die Kontrolle ist bei bestimmten Behinderten fast total (jeder weiß, wer wann von wem besucht wird, wann jemand kommt oder geht - nach Mitternacht ist das Reha nur noch durch den ständig bewachten und dann nur noch vom Pförtner zu öffnenden Haupteingang zugänglich); auf der anderen Seite gibt es BewohnerInnen, die kaum auffallen und sich in dem Massenbetrieb (ohne eine feste Bezugsperson) verloren vorkommen.
An dieser Stelle muß auf die problematische Rolle der ErzieherInnen eingegangen werden: Meist sind sie mit pflegerischen Tätigkeiten ausgelastet, was kaum Zeit zur pädagogischen Betreuung läßt. Von vielen wird dies als positiv empfunden, da es ein Unding ist, daß die ErzieherInnen gegenüber oft Gleichaltrigen oder sogar Älteren einen pädagogischen Anspruch erheben; andere beklagen sich über mangelnde Betreuung.
Eine höchst problematische Sache sind die sog. Entwicklungsberichte, welche die meisten Kostenträger in regelmäßigen Abständen vom Wohnheim, d. h. von den ErzieherInnen, anfordern. Meist laufen sie auf eine nicht zu rechtfertigende Persönlichkeitsbeurteilung und eine Bloßstellung des/der Behinderten hinaus: Was hat den Kostenträger zu interessieren, wie ich meine Freizeit verbringe, welche sozialen Kontakte ich habe, wie stark ich mich innerhalb der Wohngruppe engagiere, usw.? (Anzumerken ist hierzu, daß es den meisten ErzieherInnen lieber ist, mensch engagiert sich in der Wohngruppe, anstatt z. B. Kontakte zu Jugendlichen außerhalb des Rehas zu pflegen.) Auf diese Weise ist den ErzieherInnen (die oft genug den Einzelnen kaum *wirklich* kennen) Tür und Tor geöffnet, dem/der Behinderten 'eins auszuwischen'. Nur wenige ErzieherInnen machen sich die Fragwürdigkeit der Forderung nach solchen Berichten bewußt und bieten den Jugendlichen an, diese mit ihnen zusammen zu verfassen oder zumindest deren Einverständnis zu den von ihnen geschriebenen Texten einzuholen.

Eine Vorbereitung auf die Zeit nach dem Reha, d. h. Beratung, wie mensch sich außerhalb so eines Schutzraumes, wie das Reha ihn darstellt, zurechtfindet, welche Rechte und Möglichkeiten zu einem selbstbestimmten Leben bestehen, findet nicht statt. Ich hatte zwar das Glück, an einem Projekt teilnehmen zu können, in dem beispielsweise die Wohnungssuche und der Umgang mit Formularen geübt wurde, aber eine Freundin erzählte mir, daß sie sich mit ihrem Vorhaben, sich nach ihrer Entlassung in Heidelberg eine Wohnung anzumieten, völlig allein gelassen fühlte und ihr noch nicht einmal Hinweise auf Beratungsangebote gegeben wurden.
Als Folge hieraus landen nicht wenige junge Erwachsene nach ihrer Zeit in Neckargemünd wieder bei ihren Eltern und/oder leben relativ isoliert aufgrund ihrer mangelnden Erfahrung, sich mit ihrer Behinderung in einer von Nichtbehinderten dominierten Welt zurechtzufinden. Da sie meistens durch ihre Zeit im Reha alle Kontakte im Heimatort verloren haben, sehnen sich viele nach dem Reha zurück.
Ich persönlich konnte nie so richtig in das allgemeine Klagen über das Reha einstimmen. Auch wenn ich mir im Nachhinein nicht vorstellen kann, wie ich es unter den Lebensbedingungen im Reha so lange aushalten konnte, so war mir schon recht früh bewußt, daß ich eine gewisse Selbstständigkeit erlernt habe, die ich nie erlangt hätte, wenn ich die Schulzeit über bei meinen Eltern wohnen geblieben wäre. Trotzdem hätte ich es mir von der Einrichtung im weit größerem Maße erwartet, mir dazu zu verhelfen, besser mit meiner Behinderung leben zu lernen (Hilfsmittel etc.). Apropos Hilfsmittel fällt mir ein, daß ich zwar bei manchen Klassenarbeiten eine (ehrenamtlich arbeitende !) Schreibhilfe zu Verfügung gestellt bekam, mit der ich aber mehr Probleme hatte, als wenn ich alleine gearbeitet hätte.
Nach Ende meiner Schulzeit hatte ich wenig Schwierigkeiten, mich außerhalb des Rehas zurechtzufinden, weil ich schon sehr früh von der Möglichkeit Gebrauch machte, in meiner Freizeit nach Heidelberg oder Mannheim zu fahren. Jedoch machte auch ich Erfahrungen, auf die ich nicht vorbereitet war: Wie komme ich an Hilfe, wenn auf einmal keinE ErzieherIn mehr da ist? Wie reagieren andere Leute auf meine - doch recht schwere - Behinderung? Wie gehe ich damit um, wenn Leute einfach den Hörer auflegen, wenn sie mich nicht verstehen?

Das Reha-Zentrum ist, wie jeder andere Großbetrieb, meiner Meinung nach viel zu sehr auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit ausgerichtet, als daß die Bedürfnisse der BewohnerInnen zum Tragen kämen. Mit dem Beibringen sozialer Kompetenzen läßt sich eben kein Gewinn machen!

MARTIN SEIDLER, MANNHEIM

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: "krüppeltopia" e.V. - Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter, Mombachstraße 17, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78

RESSORTS & REDAKTIONSADRESSEN

- *Anzeigenverwaltung:* Redaktion Berlin, Ursula Aurien, Barbarossastraße 24, 10779) Berlin, Tel.: 030 / 2 18 43 76
- *Abo & Vertrieb:* Redaktion Kassel, Jörg Fretter, Mombachstraße 17, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78; Fax: 0561 / 89 65 32
- Redaktion Kassel, Ulrike Lux, Wilhelmshöher Alle 24, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 77 69 15
- Redaktion München, Thomas Schmidt, Planeggerstraße 10, 81241 München, Tel.: 089 / 88 88 598

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN:
Ursula Aurien (Berlin), Ulrike Lux (Essen), Thomas Schmidt (München), Martin Seidler (Mannheim), Jörg Fretter (Kassel) **V.i.S.d.P.**

Die ***CASSETTENAUSGABE*** der randschau wird betreut durch Valeska Wnuck, Brentanostraße 50, W - 34125 Kassel
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns natürlich über unverlangt eingesandte Beiträge und Infos. Um uns die Bearbeitung auf dem PC zu erleichtern, nehmen wir am liebsten Texte, die unformatiert auf WORD (alle Versionen) geschrieben wurden. Als Speichermedien bitte nur 3,5" und 5,25" Disketten verwenden.

ABO PREISE: Preis für 4 Ausgaben 25,- DM / Ausland 35,- DM / auf Cassette 30,- DM / Cassette & Schwarzschrift 40,- DM / Einzelpreis 7,- DM & 2,- DM Porto/Verpackung ***ERSCHEINUNGSWEISE:*** vierteljährlich

BANKVERBINDUNG: Stadtsparkasse Kassel (BLZ: 520 501 51) Konto-Nr.: 1009 422 Stichwort "krüppeltopia" e.V./die randschau ***AUFLAGE:*** 2.500

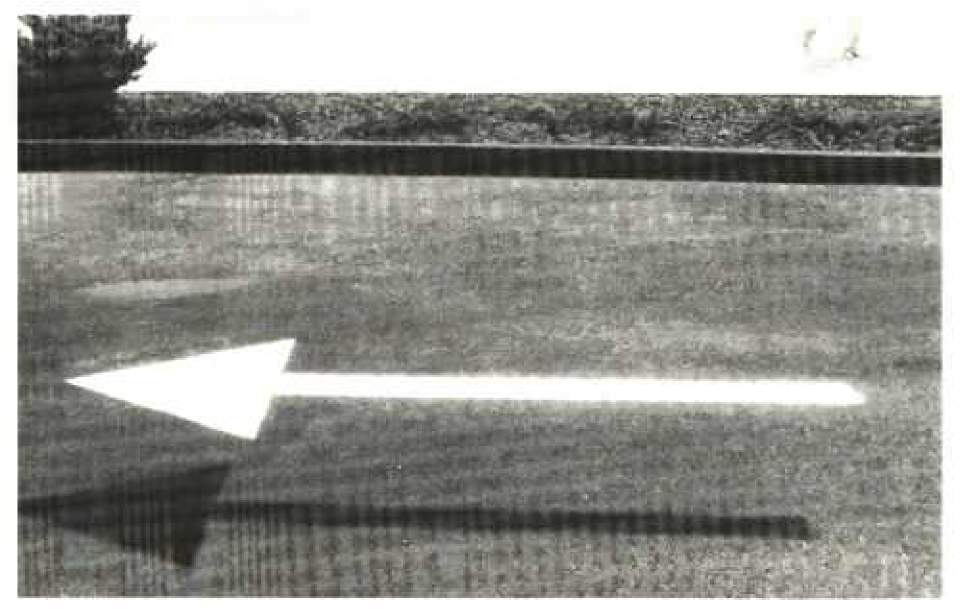
SATZ: LaserPrint, Elfbuchenstr. 5, Kassel ***DRUCK:*** COPY-Team, Holländische Str. 36-38, Kassel

TITELFOTO: Bärbel Reichelt, Berlin

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehals. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Darstellung des Grundes zurückzusenden.

Tat oder Tod

In der gegenwärtigen Auseinandersetzung um das Lebensrecht aller behinderter Menschen wird oft warnend auf das Grauen während des nationalsozialistischen Regimes verwiesen. Der folgende Beitrag zeigt am Beispiel der Krüppelfürsorge, daß dieses berechtigte Argument dennoch zu kurz greift. Wegbereitend wirkte eine Leistungsethik, vor deren Fragwürdigkeit und vor der Konsequenz der ihr innewohnenden Logik nach wie vor viele die Augen verschließen. Der Versuch der weitgehenden Anpassung an den Wert der Arbeit schafft(e) für behinderte Menschen Unterstützung und das Gefühl der eigenen Bedeutung, provoziert(e) aber genauso neue Ausgrenzungen und 'hoffnungslose Fälle'.



Organisierte Versuche der Fürsorge, gehörlose, blinde, körperbehinderte oder als schwachsinnig bezeichnete Menschen der produktiven Arbeit zuzuführen, zeichneten sich im ersten Jahrzehnt des 20.Jahrhunderts ab. In diesem Zeitraum erwachte das wissenschaftliche und verwaltungstechnische Interesse an jenen Personen, deren angeborenen oder erworbenen 'Gebrechen' ihre Leistungsfähigkeit auf Dauer beeinträchtigten. Die neue Wissenschaft der orthopädischen Chirurgie erweiterte die Spielräume der diese Operationstechnik nutzenden Menschen, verlieh den Orthopäden aber auch die Macht und die Besessenheit, mit der sie das Leben der verkrüppelten Menschen seither regeln wollen.

Bis dahin existierten in den deutschen Staaten für blinde und gehörlose Kinder und Jugendliche öffentliche Anstalten, die sich vornehmlich um die schulische Ausbildung kümmerten. Als daran sich anschließender Beruf kamen handwerkliche Tätigkeiten wie Schneider, Bürstenmacher, Buchbinder, Putzfrau und Büglerin oder Hilfsarbeiten in der Landwirtschaft in Betracht. Die Absolventen des sich herausbildenden Hilfsschulwesens fanden vornehmlich Arbeit in der Land-, Forst- und Hauswirtschaft, während die Insassen der von Innerer Mission, Caritas oder privaten Wohltätigkeitsvereinen initiierten und geführten Heil-und Pflegeanstalten weitgehend beschäftigungslos blieben.

Entsprechend hatte der Düsseldorfer Statistiker und Dozent an der Akademie für kommunale Verwaltung, Otto Most, als er kurz vor dem 1.Weltkrieg im Rahmen seiner Darlegungen zur notwendigen Qualitätspolitik in der Bevölkerungspolitik zu dem Schluß kam, daß der Staat, der nach Mosts Beobachtung einseitig den Ausmerzungs-Ideen nachhing, die Aufgabe habe, dort die Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu steigern, wo sie überhaupt vorhanden sei, vor allem die große Zahl der "verkrüppelten Volksgenossen" und nicht die geisteskranken Anstaltsinsassen vor Augen.

1906 wurde für ganz Deutschland durch den Deutschen Zentralverein für Jugendfürsorge eine erste Krüppelzählung durchgeführt, die sich auf Personen unter 15 Jahren beschränkte. Ermittelt wurden 98263 Jugendliche, bei denen einzelne Körperteile "verkrümmt, gelähmt, verstümmelt waren oder denen sie fehlten"; die Gesamtzahl der Krüppel wurde auf 500.000 geschätzt, was in etwa 1% der Bevölkerung ausmachte. Initiator der statistischen Erhebung war Konrad Biesalski, Arzt und später Direktor des Berliner Oskar-Helene-Heims, das schnell als Vorbild der reichsweit entstehenden Krüppelheime Berühmtheit erlangen sollte. Zusammen mit dem Pädagogen Hans Würtz rief Biesalski 1909 die 'Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge' ins Leben. Dieser erste Dachverband der professionellen Behindertenbetreuung bestimmte die Ausrichtung und Zielsetzung der Krüppelfürsorge entscheidend. Dabei zeichnete er sich trotz diverser Änderungen im Vereinsnamen durch eine personelle und inhaltliche Kontinuität aus, die vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik der fünfziger Jahre reichte.

Der Krüppelfürsorge ging es primär darum, behinderte Menschen der Erwerbstätigkeit zuzuführen: "Je mehr Almosenempfänger wir zu Steuerzahlern machen, um so eher können wir ethisch und wirtschaftlich wieder gesunden". Um diesem Ziel näherzukommen, sollten die behinderten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in speziellen Anstalten, den Krüppelheimen, zusammengefaßt und dort orthopädisch-chirurgisch behandelt, charakterlich und in ihrem sozialen Verhalten gefestigt, zum Volksschulwissen geführt und in einer handwerklichen Tätigkeit ausgebildet werden. Diese Zentren strebten die Anbindung an die Universitätskliniken an, um der neuen Disziplin die wissenschaftliche Weihe zu geben.

Der Orthopäde Konrad Biesalski stand mit seiner Fachrichtung nicht allein: "Die Pädagogik der Körperbehinderten hat kein anderes Ziel, als den Bewegungsgehemmten für das praktische Erwerbsleben wehrhaft zu machen." In diesem Zusammenhang setzte sich die Überzeugung durch, die Psyche der behinderten Menschen ergründen und richten zu müssen, da andernfalls alle fürsorgerischen Maßnahmen von vornherein zum Scheitern verurteilt seien. Die Zeit der Krüppelseelenkunde hatte geschlagen.

Das neue Fachgebiet der Krüppelseelenkunde entwickelte die zentrale Behauptung, daß eine körperliche Behinderung zwangsläufig zu psychischen Deformierungen führen müsse. Erfahrene Unterstützung durch die Entwicklung orthopädischer Hilfsmittel oder der Chance zur beruflichen Ausbildung verband sich so für die behinderten Jugendlichen und Erwachsenen mit dem Erleben zusätzlicher Stigmatisierung und erneuter Ausgrenzung in Krüppelheimen: ein Dilemma, aus dem sich nur das Aufgehen in die Berufstätigkeit als Ausweg anzubieten schien. Um den diagnostizierten bzw. unterstellten Beeinträchtigungen entgegenzuwirken, setzte sich folgerichtig in der Fachwelt sehr schnell die Überzeugung durch, daß Arbeit die beste Therapie sei.

Die Repräsentanten der Krüppelfürsorge sahen in ihrem Selbstverständnis grundsätzlich keinen unvereinbaren Widerspruch zwischen Förderung und den sich ausbreitenden Ideen der Auslese: "Auch wir sind Eugenetiker. Wir wollen, dass Edles und Machtverleihendes überall wachse. Unsere Eugenetik ist nur umfassender. Statt mit dem sittlichen Gesetz der Heilighaltung des Menschenlebens ohnmächtig zu hadern, führen wir der Kultur in ertüchtigten Krüppeln weitere wackere Streiter zu, die den Gesunden nicht zur Last fallen".
In der Zuspitzung dieser Gedanken stellte Hans Würtz Anfang der zwanziger Jahre der modernen Krüppelfürsorge die Parole "Tat oder Tod" voran und meinte mit der Tat die der Arbeit und des Erwerbs. Für ihn blieb die Arbeit "immer letzthin der wahre Krüppelarzt und der Krüppelfreudenbringer".

Die in der Weimarer Republik verabschiedeten Vorgaben der Sozialgesetzgebung erweiterten

das Klientel der Krüppelfürsorge beträchtlich. Sorge bereitete ihr zusätzlich, daß sie sich um behinderte Personen kümmern sollte, die sie bisher als 'Besserungsunfähige' den Pflegeanstalten überlassen hatte. Unter dem Vorzeichen, daß nur die gelungene Berufsausbildung den Wert der Krüppelfürsorge bewies, machte sie sich widerwillig auf die Suche nach Mitteln und Methoden, die den Erfolg ihrer Bemühungen und die Effizienz ihres Wirkens garantierten. Dabei kam eine alte Position von Hans Würtz zum Tragen: "Man kann ja die Krüppel gleichsam als beschädigte Apparate betrachten, zu denen noch so allerlei hinzukommt, was oft lästig wirkt." Die Krüppelfürsorge griff auf Elemente der Erfahrungen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation zurück, wie sie von Taylor und Ford in den USA für Industriebetriebe entwickelt worden waren.

Die Krüppelfürsorge sah seit ihrer Geburtsstunde ihre Bemühungen erst dann wirklich von Erfolg gekrönt, wenn die Entlassenen auf Dauer sich selbst unterhalten konnten. Diese einseitige Herangehensweise beinhaltete die Konsequenz, daß die behinderten Personen begutachtet und aufgeteilt wurden in jene, die voraussichtlich mit normal Arbeitsfähigen konkurrieren konnten und in solche, die noch zur Heim- und Werkstattarbeit fähig schienen. Es blieben die Menschen der letzten Gruppe, die auch durch Orthopädie und Pädagogik nicht die gewünschten Aktivitätsanstöße zeigten. Konrad Biesalski sah in ihnen die unheilbaren Siechen, für die er schon 1920 den Ausschluß aus den Anstalten mit kostenintensiven Abteilungen verlangte, um sie den Heilbaren und Besserungsfähigen freizuhalten.

Das Verlangen, jene Menschen wieder loszuwerden und sie der Verwahrung preiszugeben, die den Wert der Krüppelfürsorge und die volksgemeinschaftliche Bedeutung der in ihr beruflich Tätigen voraussichtlich nicht unter Beweis stellen konnten, beherrschte das Denken der Krüppelfürsorge bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre. Die Position blieb unbeeindruckt bestehen, auch nachdem in dieser Zeit in den Heil- und Pflegeanstalten selbst das Konzept der differenzierten Fürsorge ausgerufen und die gefährliche Verknüpfung von Existenzberechtigung und Arbeitsfähigkeit sichtbar geworden war.

1932 legte die 'Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge' ein Programm vor, das die Unterstützung auf jene in Heimen, in der eigenen Wohnung oder bei ihren Eltern lebenden behinderten Menschen beschränkte, die Aussicht besaßen, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Gleich zu Beginn der Richtlinien hieß es:

"Die Fürsorge für hilfsbedürftige Krüppel auf öffentliche Kosten hat sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf die Erwerbsbefähigung bzw. die Verhütung drohender Erwerbsbehinderung zu beschränken. Als 'erwerbsfähig' sollen nur Personen gelten, welche die seelisch-geistige sowie körperlich-technische Fähigkeit besitzen, sich selbst den notdürftigen Lebensbedarf durch Arbeit zu verschaffen." Ausgeschlossen wurden ausdrücklich alte, gebrechliche Personen, unheilbar kranke (sieche) Erwachsene" sowie "bildungsunfähige" und "schwachbegabte Krüppel". Die Fürsorge habe sich auf jene zu beschränken, wo mit Sicherheit eine schulische Ausbildung und eine sich daran anschließende Erwerbsbefähigung zu erwarten sei, vorausgesetzt, die vorherige Prüfung habe den "ernsten Willen" zur Arbeit feststellen können.

Auch Würtz meldete sich nochmals zu Wort und betonte: "Die moderne Orthopädie trennt den heilbaren Krüppel vom unheilbaren Siechen, die moderne Krüppelpädagogik trennt die der Autonomie aufschließbaren, ethisch gesunden Krüppel vom sittlich unmündig bleibenden schwachsinnigen Gebrechlichen."

Die auf die Nützlichkeitserwägung begrenzte Krüppelfürsorge mündete in die offen selektierende produktive Krüppelfürsorge und begünstigte die Überzeugung von der Notwendigkeit der Selektion, die in schwerbehinderten Personen 'unwertes' Leben sah und deren Existenzrechte abstritt. Die Identifizierung mit der nationalsozialistischen Fürsorgepolitik fiel deshalb leicht.

Die Verbindung der Parole vom 'Steuerzahler statt Rentenempfänger' mit den Idealen der effektiven Krüppelfürsorge wurde der Bevölkerung durchaus wohlwollend dargelegt. Die intensiven sporttherapeutischen, orthopädischen, schulischen und berufsbildenden Übungen unter dem Dach des Nowaweser Oberlinhauses unter der Leitung des Orthopäden Dr. von Gavel faßte die 'Potsdamer Zeitung' beispielsweise im Januar 1938 zusammen mit dem Satz, daß es gelungen sei, "den Körperbehinderten wieder einzuordnen in das werktätige Leben durch größtmögliche Wiederherstellung der Gebrauchsfähigkeit seiner Glieder und Erziehung seines Willens zur Leistung!"

Aber schon kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme hatte Franz Schede, Ordinarius an der Universitätsklinik in Leipzig, den eigentlichen Weg gewiesen: "Nicht nur der Krüppel ist unser Objekt. Unser Kampf gilt allen den ererbten oder erworbenen Schädigungen, welche die Leistungsfähigkeit des Haltungs- und Bewegungsapparates beeinträchtigen. Unser Ziel ist die Erhaltung und die Wiederherstellung der Arbeitskraft und damit der Lebenschancen des Einzelnen." Schede, der 1931 das Programm der 'Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge' zur Einschränkung der öffentlichen Fürsorgeaufwendungen mitverfaßt hatte, resümierte jetzt unumwunden, "daß wir uns beschränken müssen, daß die Erhaltung lebensunwerten Lebens nicht unsere Aufgabe sein kann."

UDO SIERCK, HAMBURG

Literatur:
Udo Sierck, Arbeit ist die beste Medizin. Zur Geschichte der Rehabilitationspolitik. Konkret Lit.Verlag, Hamburg 1992

Arbeitsassistenz - eine Utopie?

Für psychisch kranke/geistig behinderte Menschen bekommt das dichte Werkstatt-Netz allmählich Risse. Bereits vor knapp zwei Jahren trafen sich Vertreter von 14 Projekten aus sechs europäischen Ländern zur ersten Intern. Tagung der HORIZON-Projekte, um sich über Möglichkeiten auszutauschen, Wege zur Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Das irische Projekt "open-road" diente als Vorbild für die Initiativen, die gegenwärtig in der Bundesrepublik laufen. Ein anderes Beispiel: über den englischen Arbeitsvermittlungsdient der Elternvereinigung für Menschen mit geistiger Behinderung

Ein kleines Wunder ist geschehen: Die Bewerbung eines schwerbehinderten Menschen war so überzeugend, daß der Arbeitgeber bereit ist, ihn einzustellen. Für eine behinderungsgerechte Ausstattung des Arbeitsplatzes können Mittel aus der Ausgleichsabgabe finanziert werden.
Was aber, wenn zur Erfüllung des Aufgabengebiets eines "Kopfarbeiters" auch persönliche Hilfen notwendig sind? Bei blinden Beschäftigten ist klar, daß je nach Tätigkeit ein mehr oder weniger großer Umfang an Arbeitsplatzassistenz notwendig sein kann. Aber auch andere behinderte Beschäftigte, die auf Assistenz angewiesen sind, können auf Antrag des Arbeitgebers Zuschüsse für notwendige Hilfeleistungen erhalten.

Nach Auskunft der Hauptfürsorgestelle Berlin muß der stundenmäßige Anteil der persönlichen Hilfe angegeben werden, aus dem sich dann die Gehaltshöhe für den Zuschuß errechnen läßt. Bei jüngeren Bewerbern ist die Bewilligung fraglich, wenn durch die Art der Behinderung ein hohes Maß an ebenfalls fachlich gut qualifizierter Assistenz nötig ist. Die Meßlatte liegt etwa beim Verdienst einer Sachbearbeiterin bzw. Schreibkraft. So zynisch es klingt: Für die Hauptfürsorgestelle "rechnet es sich nicht", einem Betrieb bis zum Ende des Arbeitslebens einer behinderten Fachkraft auch noch ggf. jahrzehntelang teure Arbeitsassistenz zu bewilligen.

Ein großes Ärgernis ist der lange Zeitraum, der zwischen Antragstellung und Bewilligung der Mittel vergehen kann. Das gilt sowohl für Sachmittel als auch für Assistenz. Oft stellt sich auch erst nach Aufnahme der Arbeit heraus, in welchem Umfang eine Hilfe überhaupt notwendig ist. Im optimalen Fall müßte bei der Einstellung eine ad hoc-Hilfe zur Verfügung stehen, damit der neue Mitarbeiter nicht gleich Schiffbruch erleidet, noch ehe die Zusicherung der Finanzierung da ist. In dieser Situation Übergangslösungen zu finden, erfordert ein hohes Maß an Kreativität im Auftun von Mitteln und Personen, die zur kurzfristigen Hilfestellung bereit sind.

Eine geeignete Person zur Assistenz zu finden, ist in ester Linie Sache des behinderten Menschen selbst; nur er kann einschätzen, ob die Zusammenarbeit voraussichtlich gelingen wird: ständig aufeinander angewiesen zu sein, birgt ein viel größeres Konfliktpotential als bei Arbeitskollegen, die nicht in einem so hohen Maß persönliche Nähe und Abhängigkeit voneinander ertragen können müssen. Gegenseitige Sympathie und ein menschlicher, respektvoller Umgang miteinander sind meiner Ansicht nach wichtige Vorraussetzung für die Arbeitszufriedenheit beider Seiten.

Der Weg, über die Hauptfürsorgestelle bzw. das Arbeitsamt Arbeitsassistenz zu erhalten, wird überwiegend von Sinnesbehinderten genutzt, obwohl Zuschüsse für Personalkosten einer Hilfskraft allen Arbeitgebern offenstehen, die einen assistenzabhängigen Bewerber einstellen wollen. Wenn Arbeitssuchende geistig oder psychisch behindert sind und gelegentlich oder ständig Anleitung brauchen, gelingen oft weder die eigenen Anstrengungen noch die einer engagierten Personal- bzw. Schwerbehindertenvertretung, eine offene Stelle zu besetzen.



HORIZON - neue Möglichkeiten mit dem Sozialfonds der EG

Neue Wege gehen beispielsweise die "Hamburger Arbeitsassistenz", ein Modellprojekt, das sich an Menschen mit geistiger Behinderung wendet und das "Patenkollegen-Modell" von "HORIZON" in Berlin, dessen Klientel wegen psychischer Behinderungen Probleme hat, einen Arbeitsplatz zu finden bzw. zu behalten. Gemeinsam ist beiden Projekten die Mischfinanzierung, teils aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, teils aus der Arbeitsverwaltung und aus der Ausgleichsabgabe. Gemeinsam ist auch, daß am Arbeitsplatz selbst eine Unterstützung vorgesehen ist.

Die "Hamburger Arbeits-Assistenz"

Beim "Hamburger Assistenz-Modell" stand die amerikanische "supported employment-Idee (unterstützte Beschäftigung) Pate. Nachdem ein Betrieb gefunden wurde, der bereit ist, einen geistig behinderten Menschen mit bestimmten Qualifikationen einzustellen, wird der künftige Arbeitsplatz durch die Arbeitsassistenz für die neue Arbeitskraft adaptiert, vorbereitet: Die Arbeitsassistenz überprüft Arbeitsanforderungen am vorgesehenen Platz und versucht, sie mit den vorhandenen Fähigkeiten in Einklang zu bringen. Wenn der Arbeitsplatz so modifiziert ist, daß er dem ermittelten Leistungs- und Persönlichkeitsprofil besser entspricht, erfolgt ein längerer Prozeß der Einarbeitung. Diese Arbeit wird vom "job-coach" (Arbeitsbegleitung) übernommen, der dem Behinderten je nach dessen Erfordernissen zur Seite steht und ihn unterstützt; sowohl am Arbeitsplatz wie auch im sozialen Gefüge des Betriebes. Die Arbeitsbegleitung erkennt auch Mögllichkeiten, wie die Aufgabengebiete der behinderten Person erweitert werden können, wenn Fähigkeiten sich vergrößert haben.

Dies alles geschieht in enger Abstimmung mit den Arbeitsassistenten, die jeden einzelnen Arbeitsplatz praktisch "von außen" durch Planung und Beobachtung begleiten. Angestrebt wird nach einem Betriebs-Praktikum, das, wenn nötig, bis zu 6 Monaten begleitet werden kann, die feste, unbefristete Übernahme in den Betrieb. In 35 "Fällen" konnte seit dem Beginn vor zwei Jahren eine erfolgreiche Vermittlung stattfinden.
Die Nachfrage nach Beratung und Arbeitsunterstützung kommt zum überwiegenden Teil von Menschen aus WfB's (über 65 %). Leider steht die Suche nach geeigneten Firmen und das Angebot an Arbeitsplätzen dazu in einem viel geringeren Verhältnis. Mit Übernahme der "Hamburger Arbeitsasssistenz" in die Dauerfianzierung der Hamburger Bürgerschaft ist ab 1995 (hoffentlich) zu rechnen. Dann laufen nämlich die Mittel aus dem HORIZON-Etat der EG aus. Maximal zehn neue Stellen soll dann künftig pro Jahr geschaffen werden. Mehr würden aber auch beim derzeitigen Mitarbeiterstamm von acht "job-coaches" nicht zu bewältigen sein. Modelle wie die "Hamburger Arbeitsassistenz" - die geistig behinderte Menschen nicht wie in Sonderschule und Werkstatt "betreuen", sondern sie als handelnde Subjekte in einer ihren Fähigkeiten angeglichenen Arbeitswelt agieren läßt - sind leider rar!

"Lebenswelten e.V. Berlin"

Das Berliner Projekt "Lebenswelten e.V." - wie die Hamburger Arbeitsassistenz unter dem Dach von "HORIZON" - arbeitet mit seinem "Patenkollegen-Modell" in einem Problembereich, der in letzter Zeit ständig zunimmt. Arbeitnehmer leiden häufiger als früher an psychischen Erkrankungen. Es droht die Gefahr, durch die Krankheit/Behinderung den Arbeitsplatz zu verlieren bzw. nach längerer Krankheit und Arbeitsplatzverlust keinen neuen zu bekommen.
Außer einer Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Arbeitsplätzen bietet "Lebenswelten" auch Beratung für sogenannte "Patenkollegen" an. Gedacht ist dabei an unmittelbare Arbeitskollegen oder Vorgesetzte, die dem neuen, psychisch behinderten Mitarbeiter Stabilität vermitteln und ihm als Ansprechpartner und Vermittler von weiteren Kontakten im Betrieb dienen. Die "Patenkollegen" (ein sehr paternalistisch klingender Begriff übrigens) bekommen von "HORIZON Lebenswelten e.V." allgemeine Informationen über Auswirkungen psychischer Behinderungen am Arbeitsplatz und Rat für spezielle Probleme, die sich bei der Arbeit zeigen könnten.
Wert wird vor allem darauf gelegt, daß die "Patenkollegen" bei allem Interesse und Engagement in erster Linie ihre eigene Arbeit tun. "HORIZON" kann allerdings zeitlichen und eventuellen finanziellen Aufwand ersetzen. Die fachliche Begleitung erstreckt sich - wie die der "Patenkollegen" selbst - über ca. sechs Monate, wobei in den ersten Wochen intensive Beratungen mit dem "Patenkollegen", zur Hälfte auch mit "Patenkollegen" und betroffenen Kollegen stattfinden. Die Beratungsfrequenz soll stetig abnehmen und am Ende des geplanten Zeitraumes von einem halben Jahr keine professionelle Hilfe mehr nötig machen.

Billigmodell oder "Hilfe zur Selbsthilfe"?

So notwendig ein Beratungsprojekt für psychisch Kranke/Behinderte auch wäre, einige Fragen bleiben offen: Wer schützt die behinderten Kollegen vor übergroßer Dominanz und "Hilfsbereitschaft" ihrer "Patenkollegen"? Trägt der "Pate"/die "Patin" nicht dazu bei, daß andere Kollegen von der Gegenwart eines "schwierigen", unangepaßten Kollegen entlastet werden? Ist das "Patenkollegen-Modell" nicht auch eine kostengünstige Alternative für den Arbeitgeber? Er kann seine Fürsorgepflicht für den betroffenen Kollegen nachweisen, während der "Pate"/die "Patin" gleichzeitg zwei Aufgaben gerecht werden muß: seine/ihre eigentliche Arbeitspflicht zu erfüllen und trotzdem für den Kollegen stets präsent zu sein. Für den psychisch kranken Mitarbeiter selbst sehe ich einen großen Vorteil darin, daß der Ansprechpartner keine psychologische oder sozialpsychiatrische Vorbildung hat, sondern einfach nur ein "ganz normaler" Kollege ist und auch über die "Patenzeit" hinaus am Ort sein kann.

ANNETTE WENTHUR, BERLIN

Werkstatt für Behinderte:
Chance oder Ausgrenzung?

Vor ca. 30 Jahren wurden in großerem Umfang Einrichtungen gegründet, in denen behinderte Menschen, zum überwiegenden Prozentsatz Menschen mit geistigen Behinderungen, eine Beschäftigung fanden. Die Initiative dafür kam aus den Elternvereinen, die sich einige Jahre zuvor gebildet hatten, um die Isolation ihrer Kinder in der Familie bzw. fernab von zuhause in Großeinrichtungen zu beenden. Diese Elternverbände kämpften dafür, daß auch schwerstbehinderte und mehrfachbehinderte Personen ein Recht auf Kindergartenplätze, Tagesstättenplätze, schulische Bildung oder Arbeitsmöglichkeiten bekamen. Da es zu der Zeit kaum denkbar war, in Regeleinrichtungen aufgenommen zu werden, wurden Sondereinrichtungen für diesen Personenkreis gefordert und verwirklicht.



Die rechtlichen Voraussetzungen, nach denen Werkstätten für Behinderte betrieben werden dürfen, wurden Mitte der siebziger Jahre ins Schwerbehindertengesetz aufgenommen. Ergänzt werden die Paragraphen 54 bis 58 des Gesetzes durch eine Werkstättenverordnung. Ab sofort konnten kleinere Einrichtungen keine Förderung mehr erhalten. Es ist vorgeschrieben, daß eine Werkstatt mindestens 120 Arbeitsplätze für behinderte Menschen vorhalten muß. Es wird bestimmt, welche Qualifikation die dort tätigen BetreuerInnen haben müssen, welche behinderten Menschen in Werkstätten für Behinderte aufgenommen werden können bzw. welche nicht aufgenommen zu werden brauchen.

In fast 20 Jahren wurden aus kleinen, sehr überschaubaren familiären Werkstätten Großeinrichtungen, die die Aufgabe haben, für die ganze Region die behinderten Menschen zu beschäftigen, die nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Werkstätten sollen eine große Palette von Arbeitsplätzen haben, die es ihren MitarbeiterInnen ermöglicht, nach den individuellen Fähigkeiten eine Beschäftigung zu finden. SchulabgängerInnen kommen zuerst in den Arbeitstrainingsbereich, wo sie durchschnittlich zwei Jahre auf die spätere Tätigkeit im Produktionsbereich vorbereitet werden sollen; bzw. auf einen Arbeitsplatz außerhalb von Behindertenwerkstätten. In den meisten Werkstätten arbeiten MitarbeiterInnen mit den verschiedensten Behinderungen. Beispielsweise gibt es aber auch Werkstätten, die speziell für psychisch kranke oder blinde Menschen bestimmt sind. Jede/r soll nach ihren/seinen Fähigkeiten beschäftigt und gefördert werden und dafür ein angemessenes Entgelt erhalten.

In der Realität lassen diese Vorschriften und Forderungen leider viel zu wünschen übrig. In den kleineren Betrieben ist es gar nicht denkbar, daß jede/r einen Arbeitsplatz nach ihren/seinen Fähigkeiten und Neigungen bekommt. Aber auch in den großen Werkstätten wird dieses nur selten gelingen. Das Arbeitsangebot ist nicht so umfangreich, wie es wünschenswert wäre. Es werden oft Montagearbeiten für andere Firmen durchgeführt, ohne eine angemessene Bezahlung dafür zu erzielen. Aus diesem und anderen Gründen sind die Entgelte, die an die behinderten MitarbeiterInnen gezahlt werden, oft nur ein Taschengeld. Einige Werkstätten haben sogenannte Lohnsysteme für ihre Betriebe entwickelt und zahlen ihren MitarbeiterInnen je nach Leistung einen Lohn von 110 bis 550 DM. Es soll aber auch Werkstätten geben, in denen noch höhere Löhne gezahlt werden. Dort werden hauptsächlich Zulieferarbeiten für die Autoindustrie gefertigt.

In den letzten Jahren wurden zwei bundesweite Kongresse für WerkstattmitarbeiterInnen durchgeführt, die von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte organisiert wurden. Auf diesen Kongressen wurden Forderungen aufgestellt und Vorschläge gemacht, wie die Werkstätten verändert werden müßten. Eine Hauptforderung war ein Lohn, der über dem Satz der Sozialhilfe liegen muß, damit alle ihren Lebensunterhalt davon bestreiten können. Es sollte kleinere Gruppen geben, nicht zwölf behinderte MitarbeiterInnen und ein/e BetreuerIn, sondern eins zu acht oder noch kleinere Einheiten. Eine bessere Möglichkeit der Mitbestimmung war eine weitere Forderung. Es ist zwar gewünscht, daß alle Werkstätten sogenannte Werkstatträte bilden, die eine Satzung bekommen und damit Rechte und Pflichten für ihre KollegInnen, es wird aber in den einzelnen Werkstätten sehr unterschiedlich gehandhabt. Wo Werkstatträte existieren, ist damit noch nicht gesagt, daß sie auch ein Mitwirkungsrecht haben. In anderen Werkstätten wurden hingegen Satzungen verfaßt und von der Geschäftsführung mit Unterschrift in Kraft gesetzt, in denen der Werkstattrat ähnliche Rechte und Pflichten wie ein Betriebsrat hat. Allerdings ist das immer Sache der einzelnen Geschäftsführungen und leider noch nicht sehr weit verbreitet. Auf den Kongressen wurde aber auch beklagt, daß es kein partnerschaftliches Miteinander gibt und daß sich die behinderten MitarbeiterInnen oft von den BetreuerInnen zu stark beaufsichtigt fühlen. Auch das Du oder Sie als Ansprache ist ein Problem.

Der Katalog von Mißständen könnte noch seitenlang fortgesetzt werden, aber eine solche Einrichtung hat auch etliche positive Aspekte, die ich nicht alle aufzeigen kann. Ich selbst als mehrfach Behinderte habe 25 Jahre in Werkstätten für Behinderte gearbeitet und habe dadurch einen guten Einblick in die Strukturen eines solchen Betriebes bekommen. Ich habe viele schwerbehinderte Menschen kennengelernt, vor allen Dingen auch Menschen mit geistigen Behinderungen, die sich in solchen Betrieben sehr wohl fühlen und der Arbeit dort recht positiv gegenüber stehen. Ich kenne viele Kollegen und Kolleginnen, die traurig sind, wenn sie Urlaub haben oder aus Krankheitsgründen nicht in die Werkstatt kommen können, denn das Leben im Elternhaus oder bei anderen Verwandten ist oft sehr viel unattraktiver als der Tag in der Werkstatt für sie.

Trotz allem, Werkstätten für Behinderte sind Sondereinrichtungen, die einen Schonraum für ihre MitarbeiterInnen bilden und wenig mit Integration und Emanzipation zu tun haben. Wenn man sie abschaffen würde, müßte es etwas besseres geben: z.B. eine Umwelt, in der behinderte Menschen akzeptiert werden. Vielleicht sollte jede/r WerkstattmitarbeiterIn in irgendeinen Betrieb des allgemeinen Arbeitsmarktes beschäftigt werden, von allen KollegInnen anerkannt und trotz geringerer Leistung keine Außenseiterstellung einnehmen. Ein weiterer Vorschlag: Alle Werkstätten werden aufgelöst und die dort Beschäftigten in kleinen Gruppen allgemeinen Betrieben angegliedert. Sie würden Extraräume bekommen, in denen sie von ArbeitsassistentInnen unterstützt die gleichen Arbeiten ausführen wie die übrigen MitarbeiterInnen des Betriebes. Sie sollten auch

ein Mitwirkungsrecht im Betriebsrat erhalten, in den Pausenräumen und Kantinen so selbstverständlich anzutreffen sein wie alle anderen. Ja, oder noch eine Idee: Die Werkstätten für Behinderte werden nicht abgeschafft sondern geöffnet für alle ArbeitnehmerInnen, z.B. für TischlerInnen, SchlosserInnen, DruckerInnen, SchneiderInnen. Wenn nur 30 Prozent der ArbeitnehmerInnen nicht behindert wären, würde das das Betriebsklima sehr verändern; auch das Konkurrenzdenken müßte wegfallen, was jetzt teilweise schon unter den behinderten MitarbeiterInnen stattfindet. Alle müßten die gleichen Rechte haben, auch mit der Bezahlung. Und die, die weniger leisten können, dürften nicht dadurch bestraft werden, daß sie weniger Geld im Portemonnaie haben.

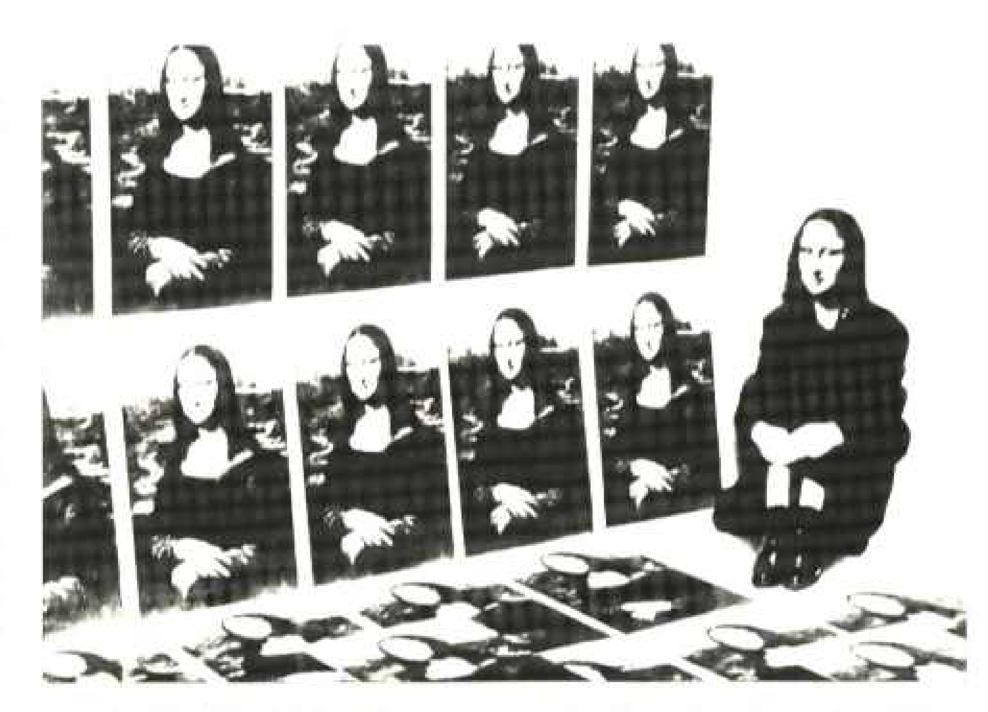
Ja, zum Thema, wie man einen solchen Betrieb so verbessern könnte, daß alle Spaß hätten, die in ihm arbeiten müssen, dazu fiele mir noch viel ein, aber mit der Realität hat das dann alles nichts zu tun. In der Gesellschaft gibt es ganz andere Normen, z.B. das Leistungsdenken. Da haben Randgruppen keine Chance, selbst wenn sie ein Teil der Gesellschaft sind. Es sollte uns aber nicht veranlassen zu resignieren. Menschen mit Behinderung, die in Werkstätten für Behinderte arbeiten und die Bedingungen dort nicht hinnehmen können und wollen, sollten dafür kämpfen, immer wieder sich dafür einsetzen, daß diese Arbeitsbedingungen verändert werden, daß ein/e ArbeitnehmerIn in einer Werkstatt für Behinderte nahezu oder schließlich ganz die gleichen Rechte erhält wie ein/e andere/r ArbeitnehmerIn auch. Nur dann, glaube ich, könnten Werkstätten für Behinderte überflüssig werden.

URSULA KIENERT, BARDOWICK

Als behinderte Frau in der "nichtbehinderten Arbeitswelt"

Als behinderte Frau in der "Normie-Arbeitswelt" sammle ich Erfahrungen aller Art seit meinem Anerkennungsjahr 1982. Während meiner Ausbildung zur Erzieherin (1981 - 1983) war meine Behinderung (ich bin Contergan-behindert an Händen und z.T. am Arm, insgesamt ist es nicht besonders sichtbar, weswegen ich meistens als nichtbehindert gelte) kein Thema. Für mich selbst sehr selten, und für die Anderen galt ich eh als "normal". "Das bißchen" zählte nicht, was heute noch die Meinung Vieler ist und mich öfter zu Erklärungen zwingt; zwangsläufig auch oft beim Arbeiten, um klar zu machen, warum ich bestimmte Dinge nicht tue.

Im Nachhinein fällt mir auf, daß ich damals bei der Ausbildung nie Erleichterungen in Anspruch genommen habe, obwohl sie mir zustanden und ich sie auch benötigt hätte; z.B. mehr Zeit bei schriftlichen Arbeiten. Ich glaube heute, daß mein Selbstbewußtsein/Selbstwertgefühl als behinderte Frau damals noch nicht so weit entwickelt war, wie es heute ist. Ich wollte möglichst "nicht aus der Reihe tanzen", egal, um welchen Preis.



Meine Anerkennungsstelle im Kindergarten bekam ich so "problemlos" wie alle damals. Da es 1983 einen Erzieherüberfluß gab, war es auch erst einmal normal, danach arbeitslos zu sein. Das Thema "Behinderte Frau und Arbeit" und ähnliches tauchte für mich erst konkreter und bewußter auf, als ich nach meinem Anerkennungsjahr 1983 einen Job suchte. Dazu muß ich erwähnen, daß ich erst vor einigen Jahren Zusammenhänge erkannt habe, die mit Jobproblemen und meiner Situation als behinderte Frau in der nichtbehinderten Arbeitswelt zu tun haben. Erst seit 1985 - seit ich zum bundesweiten Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen gehöre - beschäftige ich mich intensiv mit behindertenpolitischen Themen. Das hat zu meinem inzwischen sehr bewußten "Behindertenstandpunkt" geführt.
Außer bei so seltenen Erlebnissen wie z.B. dem Vorstellungsgespräch für's Vorpraktikum in einem Sonderkindergarten der Lebenshilfe - wo eine wichtige Frage war, ob ich "wickelfähig" bin - hatte ich bis zur konkreten Jobsuche keine Zweifel an meinen pädagogischen Fähigkeiten feststellen können bzw. nicht das Gefühl, ich wäre "exotisch" oder "anders".

Die ersten Jahre in der Arbeitswelt bestanden aus ABM-Stellen - bei mir als behinderte Frau gab es damals noch unerschöpfliche Möglichkeiten. Die Hauptsache für die Arbeitgeber war, mich zu behalten, aber bloß keine feste Stelle daraus werden zu lassen. Die "soziale" Kirche gab sich alle Mühe. Dort ging es nicht darum, mich als wertvolle kompetente Fachkraft zu erhalten, sondern heute sage ich: "Ich war ein Kosten-Nutzen-Objekt", eine billige Arbeitskraft für die Kirche und wurde vermarktet. Es waren Deals zwischen Arbeitsamt und Kirche.

Nachdem alle ABM-Möglichkeiten erschöpft waren und ich mal wieder arbeitslos war (es lagen sowieso Arbeitslosen-Phasen dazwischen), ergab sich spontan die Möglichkeit, die Heilpädagogenausbildung (1989/1990) als Aufbau zur Erzieherausbildung zu absolvieren. Diese Ausbildung war für mich eine sehr wichtige Zeit, voller wertvoller Einsichten und Erfahrungen (HEPHATA, wo ich beide Ausbildungen gemacht habe, ist eine Großanstalt für behinderte Menschen mit angeschlossener Fachschule für Sozialpädagogik und Heilpädagogik).

In den Jahren, die zwischen diesen beiden Ausbildungen lagen, habe ich mich (z. T. erstmal gar nicht so bewußt) doch in eine sehr kritische Person verwandelt, vor allem in Bezug auf behindert sein, Akzeptanz von "anders sein" als die Norm. Das ist mir in der Heilpädagogenausbildung, in der für mich enorme Diskrepanzen zwischen Theorie und Praxis erneut sichtbar wurden, wieder sehr bewußt geworden. Ich war die einzige behinderte Frau im Kurs und hatte oft das Gefühl, ich müßte meinen Mitstudierenden und Dozenten/-innen ihre Widersprüche klar machen, was für mich sehr anstrengend und schwer war. Es war mir aber auch so wichtig, weil diese Superpäds danach auf behinderte Menschen "losgelassen" wurden, die sich meistens in Abhängigkeiten von diesen befinden und kaum wehren können. Ich denke, ich habe sehr viel während dieser Zeit für mich dazu gelernt und glaube, den anderen ist durch mich auch einiges bewußter geworden, z.B. bezüglich ihres Menschenbildes und ihres Verhaltens "den Behinderten gegenüber". Mir ist auch klarer geworden, wie verschieden Menschen sind und wieviel wir im Umgang miteinander lernen können, gerade auch durch

unsere Unterschiedlichkeit. Meine Grenzen, meinen nichtbehinderten Mitmenschen unsere Situation im Alltag begreiflich zu machen, haben sich allerdings oft genug gezeigt.

Nach kurzer Arbeitslosigkeit habe ich durch Eigeninitiative eine 20-Stunden-Stelle in Frankfurt/Main in einer privaten "integrativen Einrichtung" gefunden. Es war keine ABM-Stelle, als ich dort anfing. Durch meinen Tip wurde diese dann aber in eine ABM-Stelle mit voller Stundenzahl umgewandelt, was sowohl der Einrichtung wie auch mir finanziell zugute kam. Mich störte auch nicht das Gefühl, über den "Behindertenbonus" finanziert zu werden, es spielte bei meiner Arbeit keine Rolle. Ich selber hatte die Idee gehabt, daß wir so an mehr Geld kommen können, was wiederum der Arbeit zugute kam.

In dieser "superintegrativen" Einrichtung tauchten für mich zum ersten Mal krass und bewußt Probleme auf, die mit meiner Situation als behinderte Frau zusammenhingen. Am massivsten wurde es bei dem Zivi in meiner Krabbelgruppe deutlich. Der Zusammenhang, daß dieser mich als "behinderte Frau" und dazu als seine "kompetente Chefin" nicht ernst nahm, wurde mir erst nach und nach klar. Ich hatte mit so einer direkten Einstellung vorher nie zu tun und daher auch nicht damit gerechnet. Obwohl ich einen sehr fitten Mitarbeiter hatte, der als Nichtbehinderter ein sehr positives Bild von behinderten Menschen besaß, stand ich mit dem Problem, vom Zivi nicht anerkannt zu werden (es gab bei der Zusammenarbeit immer wieder krasse Probleme) sehr alleine. Bei einem anderen Mitarbeiter lief diese Nichtakzeptanz als behinderte Frau eher unterschwellig, war aber genauso deutlich spürbar. Keiner von beiden hat es, trotz direkter Ansprache, zugegeben. Für mich ist es eine Tatsache, daß etliche Probleme damit zusammenhingen.

Glücklicherweise kam nach diesen Negativerlebnissen, die mich sehr belasteten, ein Zivi in die Gruppe, mit dem diese Probleme überhaupt nicht auftauchten. Ich hatte aber zwangsweise daraus gelernt und machte ihm von Anfang an klar, daß ich nicht darüber diskutiere, warum ich wann wo was nicht tue. Was mich während dieser Auseinandersetzungen zusätzlich streßte, war das Unverständnis der Superpäds mit ihren sonst so hohen Ansprüchen bezüglich Integration, und im konkreten Fall ihrer behinderten Kollegin gab es für mich wenig Unterstützung. Trotz des hohen Anspruchs in der "Integrationseinrichtung" mußte ich mir Verständnis für Behinderung oft mühselig erkämpfen. Alltäglicher Kram, z.B. warum wir trotz Sonderbus keinen Rolliparkplatz brauchen, denn alle Kinder konnten laufen, keines benutzte einen Rolli; oder bei Diskussionen "über die Behinderten" war ihnen nicht klar, daß sie damit auch über mich reden (ich war nichtbehindert in ihren Augen, gut oder schlecht?) und viele Beispiele mehr. Ich fühlte mich ständig in der Rolle der Fürsprecherin der behinderten Kids, und diese permanenten Auseinandersetzungen mit ihren häufigen Widersprüchen haben mich im ersten Jahr doch sehr ausgelaugt. Glücklicherweise konnte ich nach und nach mit mehr Abstand meinerseits mit Problemen dieser Art umgehen.

Die persönliche Betroffenheit erleichtert meiner Meinung nach die Arbeit im sozialen Bereich zwar sehr, erschwert aber auch den Abstand zwischen privat und Arbeit.

Momentan arbeite ich nicht, was für mich ein Umlernen und Umdenken erfordert hat. Ich glaube, für Viele ist Arbeit sehr mit "normal sein" und Selbstwertgefühl verbunden. Ich weiß inzwischen für mich, ich würde gerne ein paar Stunden wieder arbeiten, aber ich kann mir momentan auch vorstellen - allerdings mit einer finanziellen Grundabsicherung im Hintergrund - Frührentnerin zu werden. Mir sind viele Dinge wichtiger geworden als Arbeit, z.B., daß es mir gut geht, psychisch und auch körperlich. Ich bin nicht mehr so "leistungsfähig" wie früher, die Behinderungs-Folgeerscheinungen werden einfach mehr, und ich muß sehen, wie ich damit umgehe. Dazu gehört für mich auch die Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeit.

Zum Schluß einige Arbeitsutopien für mich: Eine selbstverständliche Arbeitsplatzassistenz, wenn ich schon nicht meinen "ideal eingerichteten Arbeitsplatz" bekommen kann. Gleiche Bezahlung bei weniger Stunden (Ich brauche für meine alltäglichen Dinge mehr Zeit als "Nichtbehinderte". Wenn ich z.B. voll arbeite, kann ich zwar noch Krankengymnastik-Termine wahrnehmen, die benötige ich dann aber nur dafür, meine Arbeitskraft zu erhalten.) und mehr Verständnis für mich als "behinderte Frau in einer nichtbehinderten Arbeitswelt".

ULLI RIEß, PREZELLE

Röpers-Hof-Café -
MEHR SEKT ALS SELTERS

RÖPERS-HOF
Café

**Vor gut fünf Jahren stand in der 'randschau' ein Interview mit mir, in dem ich das Projekt Röpers-Hof-Café vorstellte.
Aus dem Projekt ist ein Betrieb geworden. Der Rückblick auf sechs Jahre Arbeit zeigt, daß wesentliche Zielsetzungen tatsächlich erreicht sind. Es gibt aber auch Erfahrungen, die Abstriche von lobenswerten, aber überhöhten Ansprüchen zur Folge hatten.**



Das Café befindet sich in einem alten Bauernhaus, dem Röperhof. Das denkmalgeschützte Gebäude liegt ungefähr auf der Grenze zweier Hamburger Stadtteile, und zwar zwischen dem eher bunten Altona und dem noblen, großbürgerlichen Othmarschen. Das Bauernhaus steht in einer versteckten Othmarscher Sackgasse. Diese Lagebeschreibung ist wichtig, sogar wichtiger, als ich es bei der Café-Eröffnung ahnte:
Während aus der einen Ecke Verwunderung über die günstigen Preise kommt, klagt die andere, es sei zu teuer. Das Anliegen der ersten Monate, es allen recht und im Zweifelsfall billig zu machen, mußte da schon scheitern; letztendlich ist es eine einfache Frage der Kalkulation geworden. Außerdem: Die Sackgasse ist keine Laufgegend für die vielen Leute aus Altona, wo schnell mal nebenbei und um die Ecke Kaffee und Kuchen genommen wird, sondern eher ein Ausflugsziel - und als solches mußte es erst bekannt werden; und von den wenigen Othmarschern konnte das Café nicht existieren. Inzwischen hat sich der Nachteil insofern zum Vorteil gewendet, weil eine Beliebtheit des Cafés das Publikum ausmacht: Die Alternativen sitzen neben den Bürgern, die jungen zwischen den alten Gästen.

Das 'Röpers-Hof-Café' wurde nach fünfmonatiger Umbauzeit
Ende Mai 1988 eröffnet. Seither ist es mit großer Energie gelungen, das Café in der Hamburger Gastronomie-Landschaft zu etablieren. Aufgenommen wurde es kürzlich in die Liste der empfehlenswerten Restaurants, Kneipen und Cafés Deutschlands. Zumindest für jene, die sich in der Gastronomiebranche auskennen, ist das ein ganz dickes Lob. Und was für mich fast das wichtigste daran ist: Das Café läuft nicht als Behindertenladen, sondern als ein Betrieb, in dem behinderte Menschen arbeiten.
Das Café beschäftigt derweil sieben Festangestellte, einen Praktikanten mit dem Ziel der

Festanstellung sowie Aushilfskräfte. Von den Festangestellten sind fünf MitarbeiterInnen behindert, die Löhne liegen über den tariflichen Bestimmungen. Damit habe ich als Initiatorin des Cafés das erreicht, was mir ein wesentliches Ziel war - und woran bis auf Ausnahmen niemand vor sechs Jahren geglaubt hat. Dabei mußte ich eine bemerkenswerte Erfahrung machen: Während dieses Erreichte insbesondere von etablierten Behindertenorganisationen, von Eltern mit behinderten Kindern, inzwischen auch von Behördenvertretern und von jenen, die im Geschäftsleben stehen, reichlich Anerkennung und - gerade in der schwierigen Anfangsphase - Unterstützung bekam bzw. erhält, kommt Kritik ausschließlich aus den sogenannten eigenen Reihen: Man würde keine behinderten MitarbeiterInnen sehen, ich würde mich nicht um die Vereinsarbeit des formalen Trägers Autonom Leben kümmern, die Preise seien zu hoch. Meines Erachtens dokumentiert das den Unterschied zwischen Theorie und Praxis, den ich derweil kenne.

Das Röpers-Hof-Café bewegt sich auf einer permanenten Gratwanderung zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Die Vorstellung, daß auch weniger leistungsfähige Erwachsene eine Arbeitsstelle erhalten sollen, kollidiert mit der harten wirtschaftlichen Realität. Die im Vergleich zu anderen gastronomischen Betrieben extrem hohen Personalkosten werden eingegangen, damit behinderte Erwachsene einen auf ihre individuellen Fähigkeiten zugeschnittenen Arbeitsplatz bekommen - egal, ob sie als geistig, seelisch oder körperlich behindert gelten.

Die überschaubaren Arbeitsabläufe in einem Café machen es möglich, klar umrissene Bereiche zu schaffen, in denen je nach Fähigkeit bestimmte Aufgaben übertragen sowie durch unterstützendes Personal Verzögerungen aufgefangen werden können. Festzustellen ist, daß der Grundsatz, daß niemand seine Behinderung zu verstecken oder zu überspielen braucht, über die Arbeitssituation hinaus zur Stärkung des Selbstbewußtseins und der Selbständigkeit geführt hat.
Und ich weigere mich in der Tat jene zu 'outen', die als behindert gelten, denen es vielleicht auf den ersten Blick aber niemand ansieht, weil der Rollstuhl oder die Krücke fehlt.

Gleichzeitig mußte die Erfahrung gemacht und zur Kenntnis genommen werden, daß behinderte Kolleginnen und Kollegen nicht die besseren Menschen sind. Es ist ein Trugschluß anzunehmen, daß das Angebot des selbstbestimmten Arbeitsplatzes ein kollektives Miteinander-Umgehen nach sich zieht. Kollektivität muß gelernt werden, wenn sie überhaupt Chancen besitzen soll. In dem Café-Projekt waren die Voraussetzungen insofern zusätzlich schwierig, weil unter den MitarbeiterInnen nur ich mich den Ideen der Behindertenbewegung zugehörig fühlte. Es gab auch die Tendenz, daß die Behinderung gezielt eingesetzt wurde nach dem Motto: Diese Arbeit mußt Du machen, weil ich behindert bin. Faktisch war dies ein Ausweg, um umbequeme und mühsame Tätigkeiten zu delegieren. Ein ständiger Balanceakt ist also notwendig, um auszuloten, wo tatsächlich körperliche oder geistige Grenzen erreicht und zu akzeptieren sind. Und der Mitarbeiter oder die Kollegin, ob behindert oder nicht, muß in irgendeiner Form zeigen, daß er oder sie grundsätzlich Lust an der Arbeit hat. Denn dann werden die besonderen Seiten oder die schwachen Tage von den Anderen sehr selbstverständlich aufgefangen. Hier ermöglicht der relativ kleine Betrieb ein gegenseitiges, recht schnelles Kennenlernen. Andererseits ist das damit verbundene ökonomische Risiko von größeren Firmen eher aufzufangen; daß das Röpers-Hof-Café funktioniert, ist nicht beliebig übertragbar. Denn von einem 'Behindertenbonus' läßt es sich nicht leben. Nur weil das Café inzwischen gut besucht wird und weil alle direkt Beteiligten eine 'idealistische Ader' haben, lassen sich die Ansprüche der Beschäftigung von nicht nur einem behinderten Menschen halten.



Nati Radtke (rechts), Mitinitiatorin und Geschäftsführerin des Röpers-Hof-Cafe ind Hamburg.

Das Projekt hat ökonomisch überlebt, weil - gerade in den ersten Jahren der Aufbauphase - wenige MitarbeiterInnen zu Bedingungen der Selbstausbeutung arbei(te)ten. Dies trifft auf die individuell über den Arbeitsvertrag hinaus investierte Arbeitszeit genauso zu wie auf die für alle Festangestellten gleiche Entlohnung. Und auf die Verantwortung für das Gelingen oder für das Desaster. Meine Erfahrung ist die, daß alle gern mitreden, die direkte Verantwortung aber nicht tragen wollen. Ein Beispiel: Das Café hatte in den ersten Monaten nur Kuchen und Kaffee u.ä. angeboten. Schnell war klar, daß ein Betrieb dieser Größenordnung davon nicht existieren konnte. Seinerzeit habe ich das Ausrichten von Feiern und Abendkarte durchgesetzt, also die zusätzliche Ausrichtung auf einen Restaurantbetrieb. Das mag ein einsames Vorgehen gewesen sein, ohne das vor fünf Jahren das Café am Ende gewesen wäre, bevor es richtig begonnen hätte. Aber diejenigen, die seinerzeit gegen die Ausweitung waren, hatten das finanzielle Risiko und die Verantwortung für die 'Idee Café' auch nicht zu tragen.

Im Café wird seither außer Dienstags von 9 bis 24 Uhr gearbeitet, an Wochenenden oft länger. Für mich als die Geschäftsführerin des Cafés bedeutet das konkret: Ich bin in dieser Zeit potentiell ansprechbar und erreichbar, falls etwas Unvorhergesehenes passiert oder wenn wer unsicher ist und sich über eine Frage vergewissern will. Da bleiben kaum mehr Spielräume für weitere politische Aktivitäten. Ich vermisse das manchmal und immer mehr. Ich ärgere mich aber wirklich über diejenigen, die diese Beanspruchung nicht sehen (wollen). Ich vermute, daß diese Ignoranz nicht so ausgeprägt wäre, wenn ich ein Mann wäre. Gleichzeitig bin ich immer wieder erleichtert, für die Leute im Café eine Perspektive - unabhängig von Haushaltstiteln für Sozialprojekte und vom ABM-Geschiebe - erreicht zu haben.

Eine wesentliche Aufgabe von mir besteht darin, für ein gutes Klima unter den MitarbeiterInnen zu sorgen. Das ist ein entscheidender Punkt im Röpers-Hof-Café, mit Idealismus allein ist es nicht getan. Der Streß, wenn andere Fehler im Service gemacht haben, landet bei mir (und wenige Gäste kommen schon mit der Stimmung, sich auf Fehlersuche zu begeben!). Manchmal sind die Beschwerden dann schwer auszuhalten, weil sie mit der Behindertenfeindlichkeit verdeckt oder offen - 'Von Ihnen war die Panne eigentlich zu erwarten' - verbunden werden.

Da der Gastronomie-Betrieb ohnehin eine oft stressige Arbeit bedeutet, weil dauernd Forderungen und Erwartungen durch die (schwer kalkulierbare Zahl der) Gäste kommen, ist ein permanenter Zwist zwischen KollegInnen nicht aufzufangen. Das bedeutet in letzter Konsequenz, daß ich auch Leute entlassen muß. Für diese unerfreuliche Entscheidung den Mut zu finden, hat lange gedauert, gerade für mich, die aus der autonomen Frauenbewegung kommt und sämtliche Hierarchien ablehnte. Lernen mußte ich genauso, als behinderte Frau in der Rolle der 'Chefin', also ständig im entscheidenden Mittelpunkt zu sitzen. Dazu gehört, sich durchzusetzen gegen jene, die meinen, sie seien wichtiger, weil sie bspw. zu Fuß beweglicher sind.

NATI RADTKE, HAMBURG

Behinderte in pädagogichen und therapeutischen Berufen - eine Umfrage

Bei der Vorbereitung des Schwerpunktes Arbeit/Rehabilitation beschäftigte uns die Frage, warum so viele behinderte Leute, insbesondere aus der Krüppelszene, im pädagogischen/pychologischen/therapeutischen Bereich arbeiten, bzw. ein entsprechendes Studium absolviert haben. Wir baten darum einige uns bekannte Leute, uns folgende Fragen zu beantworten:

1. Hast Du Dich bewußt für in pädagogisches/psychologisches Studium entschieden? Aus welchem Grund?

2. Glaubst Du, daß Deine Erfahrungen mit Pädagogen/Therapeuten die Wahl Deines Studiums beeinflußt haben? Wie, in welche Richtung?

3. Glaubst Du, daß Du durch Deine Behinderung spezielle Eigenschaften besitzt, die Dich für einen pädgogischen/therapeutischen beruf besonders qualifizieren? Welche?

4. Siehst Du einen Widerspruch zwischen Deiner behindertenpolitischen Einstellung (Anspruch) und der pädagogischen/ therapeutischen Beufspraxis? Wenn ja, wie gehst Du damit um? Wenn nein, warum nicht?

5. Würdest Du das Studium noch einmal machen? Ja/nein. Warum?

Auf 31 Anfragen erreichten uns immerhin Antworten von 14 Leuten. Ihnen auf diesem Wege noch einmal ein dickes DANKESCHÖN! Wir haben Eure Briefe mit großer Neugierde gelesen und beschlossen, sie alle ungekürzt und unkommentiert abzudrucken.

Barbara Eckert, Lehrerin an einer Sonderschule für Körperbehinderte, Berlin

1) Als ich mich für das Sonderpädagogikstudium entschied, war ich 18, hatte gerade das Abitur gemacht und keinen Platz für ein Jahrespraktikum (FSJ) bekommen. Es war eine Entscheidung für das "nicht ganz Unbekannte", da ich einen Teil meiner Schulzeit (vier Jahre) in einer Sonderschule absolvieren mußte.

2) Ich hatte, wie alle SchülerInnen, gute und schlechte, konventionelle und unkonventionelle LehrerInnen, die sich alle irgendwann dazu entschieden hatten, in einer Sondereinrichtung zu arbeiten. In den 70er Jahren gab es noch fast keine ausgebildeten SonderpädagogInnen, so daß die Entscheidung fast immer eine freiwillige war. Es gab einige, die von uns die gleichen Leistungen erwarteten, wie in Regelschulen gefordert; bei vielen beeinflußte Mitleid die pädagogische Arbeit. Ihre Leistungserwartung und -bewertung war schlicht unrealistisch. Von Integration war schon damals häufiger die Rede, konkrete Schritte in diese Richtung erfolgten nicht. Dies alles wollte ich verändern (so meine Ideale mit 18 Jahren).

3) Ich glaube nicht, daß ich für jeglichen pädagogischen bzw. therapeutischen Arbeitsbereich geeignet bin. In der Arbeit mit behinderten Kindern kommen mir sicherlich persönliche Erfahrungen zugute, die ein nichtbehinderter Mensch nicht gemacht haben kann. Vielleicht habe ich auch generell etwas mehr Verständnis für Menschen in "nicht normgerechten Lebenssituationen", da ich mich selbst in einer solchen befinde. Vielleicht bringe ich auch mehr Ausdauer/Hartnäckigkeit mit.

4) Ja, häufig. Ich sehe, was verändert werden müßte und beschäftige mich stattdessen tagtäglich mit bürokratischen und finanziellen Sachzwängen, versuche die meterdicken Balken in den Köpfen meiner KollegInnen zu zersägen und staune immer wieder über die vorhandene Lernresistenz. Viele Diskussionen, die ich führen müßte, führe ich nicht mehr, da ich bei den meisten menschen keine Veränderung bewirken kann.

5) Nein. Die Nähe (teilweise Überschneidung) zwischen persönlichem Sein und beruflichem Alltag ist auf Dauer zu anstrengend. Es fehlt eine gesunde Distanz, die Abschalten ermöglicht.

Klaus (Name geändert) Psychologe

1) Jein. Ich hatte Psychologie als Hilfswissenschaft (als Nebenfach zu Kunstgeschichte) studiert. Es hatte mich als Hilfswissenschaft interessiert, um ästhetische Zusammenhänge (z.B. Farbwirkungen, Proportionsgesetze wie "Goldener Schnitt", Kunstrezeptionen usw.) zu untersuchen. Daraus einen "Sozialberuf" zu machen, lag mir damals fern. Inzwischen ist die soziale/therapeutische Komponente an Psychologie das Einzige, was mich noch daran interessiert. (Psychologie als Wissenschaft finde ich ziemlich lächerlich).

2) Nein, da ich solche Erfahrungen zum Zeitpunkt der Studienwahl nicht hatte.

3) Das glaube ich schon. Dadurch, daß ich durch meine Behinderung gezwungen war und bin, mit körperlichen Grenzen und Verlust umzugehen, halte ich mich für ein stückweit glaubwürdiger bestimmten Klienten und Klientinnen gegenüber.

4) Entfällt, denn ich habe keine Berufspraxis.

5) Nein. Ich denke, daß der "wissenschaftliche Ballast" des Studiums sich für mich nicht ausgezahlt hat und daß grundständige praxisorientierte therapeutische Ausbildungen vorzuziehen sind.



Lothar Sandfort Psychologe, Woltersdorf

1) Ja. Vor meinem Unfall - zwei Jahre vor dem Abitur - wollte ich erst Pädagoge werden. Nach der Rehabilitation habe ich mich mehr auf meine Schule konzentriert, was die Noten verbesserte und andere Studiengänge möglich machte. Einen großen Anteil an meiner Wahl "Psychologie" hatte sicherlich der Wunsch, meine nun eigenen massiven psychischen Probleme zu bewältigen.

2) Für den ersten Wunsch Pädagogik waren sicher die positiven Vorbilder aus meiner Schulzeit mitverantwortlich. Für die Wahl Psychologie hatte ich keine Erfahrungen mit Therapeuten.

3) Für meine Ausrichtung "Rehabilitations-Psychologe" oder (lebensnäher ausgedrückt) "Peer-counseler" glaube ich das: Eigenerfahrung - Weniger Angst vor Einschränkung, Leiden, dafür Erfahrungen mit den spezifischen Diskriminierungen.

4) Nein. Läßt sich gut vereinbaren.

5) Hat Spaß gemacht und mich tatsächlich weitergebracht. Zur Selbsttherapie eignet sich ein Studium allerdings nicht.



Ottmar Miles-Paul, Dipl. Soz.-Pädagoge/ Soz.-Arbeiter, Interessengemeinschaft für Selbstbestimmtes Leben Deutschland, Kassel

1) Ja, irgendwann - nach langer Zeit, in der ich überhaupt nicht wußte, was ich in Sachen Broterwerb so treiben soll - habe ich mich tatsächlich bewußt für ein Sozialwesenstudium entschieden. Damals wollte ich noch Drogenberater werden, na ja, eben helfen, Gutes tun und der Gesellschaft dabei etwas auf den Pelz rücken.

2) Erfahrungen mit Therapeuten oder Pädagogen nicht unbedingt, von den meisten habe ich nie so sonderlich viel gehalten. Was etwas inspiriert hat, waren einige progressive junge Erzieher, die Ende der 70er, Anfang der 80er ganz gut drauf waren und im Internat und auch für mich neuen Wind ins Leben brachten.

3) Durch meine Behinderung allein bin ich natürlich kein geborener Pädagoge - vielleicht ganz im Gegenteil, da ich mich immer wieder mit meinem eigenen Kram auseinandersetzen muß und viel mehr psychologisches Geschick zum eigenen Überleben aufbringen muß. Aufgrund der Erfahrungen des Anders-Seins, des Zu-Spüren-Bekommens, was es heißt außen vor zu sein und mies behandelt zu werden, habe ich andererseits gelernt, mich in die Situation Anderer leichter hineinzuversetzen und mit ihnen zu fühlen - vor allem auch mit ihnen zu kämpfen - und das war wohl der größte Trieb für mich, mich in die Sozialarbeit einzumischen. Weniger um zu therapieren, sondern um zu verändern.

4) Die pädagogisch-therapeutische Berufspraxis ist an und für sich ein riesiges Gewirr von Zwiespältigkeiten und bei genauerer Beleuchtung ein Drama für sich. Ich habe das Glück, mit meiner Verbindung zu den Selbstbestimmt Leben Zentren, das zu tun und zu arbeiten, an das ich glaube - mit allem Anderen hätte ich nach den Jahren des Aufrecht-Gehens wahrscheinlich auch ernorme Schwierigkeiten.

5) Ich würde das Studium auf jeden Fall noch einmal machen, würde mich jedoch viel mehr um wirtschaftliches und rechtliches know how bemühen, denn das ist es, was letztendlich zählt, wenn man Alternativbetriebe aufbauen will. Das Ganze ist viel zu überpädagogisiert und entbehrt oftmals der Praxis, daher würde ich mich dabei auch um wesentlich mehr Praxis bemühen. Wenn ich noch mal die Wahl hätte, würde ich mich darum bemühen, bei einem oder einer Streiter/in der Bewegung für ein oder zwei Jahre in die Lehre gehen zu dürfen, um all das zu lernen, was mensch so braucht, um für seine Rechte zu kämpfen und einen guten Job für die Bewegung tun zu können. Ich würde mich auch wieder bemühen, ins Ausland zu gehen, denn Erlebnis und Spaß sollte schon auch dabei sein.

Uwe Frehse, Sozialpädagoge, Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter, Kassel

1) ja, ich habe mich bewußt für ein Studium für Sozialpädagogik entschieden.
Zunächst muß ich sagen, daß ich zuvor ein anderes Studium abgebrochen hatte. Unmittelbar nachdem ich die Fachhochschulreife (Technik) erreichte, studierte ich vier Semester Elektrotechnik. Ich hätte damals nicht gleich studieren sollen. Ich hatte, nachdem ich das elterliche Haus verlassen hatte, ganz andere Schwerpunkte für mein Leben: ich rauchte sehr viel Marihuana, interessierte mich nur für Sex mit Männern und Frauen, hörte viel Jazz und interessierte mich für die makrobiotische Küche. Ich pflegte in erster Linie meine Liebesbeziehungen und hatte bis zu sieben PartnerInnen.
Da ich zu viel Marihuana rauchte, merkte ich irgendwann, daß ich nichts mehr geregelt bekomme. Mein Selbstbewußtsein verschwand irgendwo im Erdboden und so dachte ich mir, ich muß etwas studieren, was ich auch wirklich abschließen kann. Da ich bemerkte, daß Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik jeder zum Abschluß bringt, dachte ich mir: "Das wirst auch Du schaffen". Und so war es. 1985 begann ich drei Wochen vor den Prüfungen zu lernen und es klappte.

2) Ein weiterer Grund war, ich merkte sehr bald, daß jenes Herangehen an die Arbeit in der Behindertenhilfe der nichtbehinderten Fachkräfte unqualifiziert ist. Ich merkte am eigenen Leben, aufgrund der Hilfen durch den ersten ambulanten Hilfsdienst in der BRD (die Vereinigung Integrationsförderung - VIF e.V. in München), bei welchem ich Gründungsmitglied bin, daß die "engagierten" nichtbehinderten Sozialarbeiter, aber auch die Zivildienstleistenden und die HelferInnen des freiwilligen sozialen Jahres, nur ein Wissen ÜBER behinderten Menschen hatten, nicht aber ein Wissen MIT Behinderung.
damals in den Jahren 1982 bis 1985, als wir das Projekt "Autonom Leben" mit dem Vorstand der VIF in der BRD umsetzen wollten (zusammen mit August Rüggeberg), merkte ich immer wieder, daß ich mich zu bestimmten Fragen in der Behindertenhilfe äußern mußte und mir sinnvolle Antwortenauch ohne abgeschlossenes Studium für Sozialpädagogik sehr leicht fielen.
Dagegen waren die Antworten der nichtbehinderten Sozialarbeiter in Fragen der Behindertenhilfe allzu oft ungeeignet, um uns ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir wurden als Objekte der Hilfe gesehen und nicht als Menschen. Ein Beispiel: Aufgrund des Bedarfs an Beratung versuchten wir z.B., behinderte Mitarbeiter in den Innendienst der VIF zu bekommen. Ein nichtbehinderter Sozialarbeiter, ihr alle kennt ihn, Claus Fussek, erwiderte dagegen: "Wer soll denn die ganze Arbeit erledigen?"

3) Ja, ganz sicher. Während meiner Ausbildung mußte ich ein Praktikum absolvieren. Ich entschloß mich, dieses im Rahmen des Projekts "Autonom Leben" in den USA in einem oder zwei Centers for Independent Living zu tun. Über Judy Heumann und Edward Roberts hatte ich dann die Möglichkeit in St. Louis und Berkeley dieses Praktikum zu absolvieren.
Ich hatte 1984 tierische Angst davor, für sechs Monate "ohne Betreuer" eigenverantwortlich auf die Reise zu gehen. Meinen Bedarf an personeller Unterstützung mußte ich mir mit Hilfe der Angebote der Centers for Independent Living organisieren. Dieses Überwinden der Angst und hierfür gibt es viele weitere Beispiele in meinem Leben, qualifizierte mich mehr als mein Studium für Sozialpädagogik. Und ich studierte wirklich an einer sehr guten katholischen Fachhochschule in München. Diese Fachhochschule unterstützte mich vielleicht, indem sie mir geeignetes theoretisches Wissen vermittelte und mir die Möglichkeit eröffnete, diese Erfahrungen zu analysieren.

4) Aufgrund jahrelanger schlechter Erfahrung in der Behindertenhilfe traue ich so gut wie keinem nichtbehinderten Mitarbeiter in der Behindertenarbeit. Nichtbehinderte denken in der Regel zu negativ über uns. Sie sehen immer, was wir nicht können, nicht aber, was wir können oder was wir lernen könnten, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Ein einfacher Beweis dieser Sichtweise der Nichtbehinderten ist in der Schonbehandlung der Sondereinrichtungen zu finden. In diesen werden wir nicht an die Aufgaben des eigenverantwortlichen, realen Lebens herangeführt. "Dort ist doch für die Behinderten gesorgt". Oder kennt irgendjemand eine Einrichtung, in welcher Kenntnisse der Personalführung vermittelt werden, damit Behinderte leichter mit Personen umgehen können, die ihnen tagtäglich helfen?



5) Ja, ich würde wahrscheinlich wieder dieses Studium wählen, da ich sehr faul bin und gerne sage: "Ich habe nichts Besseres gelernt".

Gusti Steiner Sozialarbeiter beim Diakonischen Werk - Ambulante Behindertenhilfe, Dortmund

1) Nein. (Wäre Maschinenbauingenieur oder Mathe-Lehrer geworden. Mir fehlten 1972 die körperlichen Voraussetzungen für Maschinenbau und das Abi bzw. Fachabi.)

2) Nein.

3) Nein. Unsinn.

4) Nein. Ich habe weitgehend meine Berufspraxis meiner politischen Einstellung angepaßt.

5) Ja. Die Arbeit, die ich mache, macht mir Spaß. Die Mißerfolge in der Einsetzung meiner politischen Arbeit machen mich zornig.



Martin Seidler
Pädagoge (MA), Mannheim

1) Ich bin durch Zufall zu meinem zweiten Hauptfach Erziehungswissenschaft gekommen.
Mir war klar, daß ich nach zwei Semestern eines für mich zu schweren Informatik-Studiums (zu dem 'alle' mir wegen meiner mathematischen Begabung und den guten Berufschancen rieten) Politikwissenschaft studieren wollte. Als ich bei der Umschreibung erfuhr, daß ich noch ein zweites Hauptfach brauchte, entschied ich mich innerhalb von 5-10 Minuten für Erziehungswissenschaft. Ich habe meine 'Blitzentscheidung' jedoch niemals bereut.

2) entfällt

3) Ich glaube, daß ich - abgesehen von meinem Studium - durch meine Behinderung für meinen 'Traumjob', der Beratung von behinderten Menschen, qualifiziert bin, da ich vermute, daß ich viele Probleme, die an mich herangetragen werden, aus der eigenen Erfahrung mehr oder weniger kenne und anderen Behinderten glaubwürdiger helfen kann.

4) Ich habe noch keine Berufspraxis, kann mir aber gut vorstellen, daß die Strukturen jedes Arbeitsplatzes Zwänge schaffen, die mir 'Bauchweh' bereiten werden. Auch habe ich Sorge, daß meine Radikalität/meine Ideale im Berufsalltag ein stückweit verloren gehen könnten.

5) Ich würde mein Studium noch einmal machen, heute aber ganz andere Schwerpunkte setzen (ich bin leider erst ganz am Ende meines Studiums zur Krüppelbewegung gestoßen).
Heute würde ich versuchen, bei Hausarbeiten o.ä. möglichst oft eine Verbindung zur Behindertenthematik zu ziehen und Professoren für behindertenspezifische Sichtweisen/Herangehensweisen zu sensibilisieren (hört sich gut an, aber ob ich den Mut und die Kraft dazu hätte?).

Friedhelm Ochel
Sozialpädagoge, Zentrum für Selbstbestimmtes Leben, Köln

1) Ich habe mich bewußt für ein Pädagogik-Studium entschieden. Damals glaube ich, daß ich alles "besser" machen könnte. Heute ist mir klar, daß ich das Studium als Chance angesehen habe, mehr von mir zu erfahren, um mich und mein Leben besser zu verstehen.

2) Meine eigenen Erfahrungen mit Pädagogen und Therapeuten haben die Wahl meines Studiums deutlich beeinflußt. Da ich der Meinung war, daß "meine" Pädagogen alles "Schweine" waren, die es alles anders hätten machen können, wenn sie nur gewollt hätten, glaubte ich, ich könnte es besser. Ein weiterer Grund war, daß ich nie verstanden hab, was die Pädagogen im Heim von mir wollten. Daher wollte ich durch das Studium mehr über die Hintergründe erfahren.

3) Ich glaube, daß ich durch meine Behinderung spezielle Erfahrungen besitze, die mich potentiell besonders qualifizieren, einen päd./therap. Beruf auszuüben. Um diese Erfahrungen nutzen zu können, halte ich es jedoch für besonders wichtig, daß ich mich mit mir und meiner Behinderung intensiv auseinandergesetzt habe.
Unter dieser Voraussetzung habe ich ein höheres Einfühlungsvermögen, erkenne Problembereiche besser und habe mehr Möglichkeiten, mit dem Betroffenen sinnvolle Lösungswege zu entwickeln.

4) In meiner jetzigen Arbeit im ZsL sehe ich keinen Widerspruch zwischen meiner behindertenpolitischen Einstellung und meiner Berufspraxis, da ich glaube, daß meine Arbeit zur Verwirklichung meiner behindertenpolitischen Ziele beiträgt.
Aus meiner früheren Berufspraxis kenne ich diesen Widerspruch sehr gut, und ich konnte ihn letztlich nicht auflösen. Ich glaube, daß ich u.a. aufgrund dessen soviel Ernergie in den Aufbau des ZsL's investiert habe.

5) Ich würde das Studium nochmal machen, weil ich glaube, daß ich in diesem Beruf meine Fähigkeiten am besten einsetzen kann, wenn ich den "richtigen" Arbeitsplatz habe. Es gab jedoch auch Zeiten, in denen ich meinen Beruf absolut in Frage gestellt habe. Ich möchte damit verdeutlichen, daß es für mich ein langer Prozeß war, zu erkennen, daß meine Entscheidung für diesen Beruf letztlich richtig war.

Ulrike Rieß
Erzieherin, Prezelle



1) Ich habe mich insofern bewußt für meine Erzieherausbildung - später auch bewußt für eine Erweiterung meiner Kenntnisse in der Heilpädagogenausbildung - entschieden, daß für mich schon immer klar war, ich will mit Menschen (wichtig war Kinder/Behindertenbereich) arbeiten und habe nach der Mittleren Reife mit der Schule aufgehört, weil ich das so schnell wie möglich wollte und ich glücklicherweise ohne Abi diese Ausbildung machen konnte.

2) Ich kann heute nur vermuten, daß die Wahl meiner Ausbildung mit meinen Erfahrungen mit Pädagogen und Therapeuten zusammenhing. Damals, denke ich, war mir dieses nicht bewußt.

3) Ich denke seit einigen Jahren ganz klar, daß das so ist; dieses war aber eine langjährige Entwicklung meinerseits. Ich glaube schon, daß ich durch meine Erfahrungen als behinderte Frau Eigenschaften/Qualitäten besitze, die mich für den Umgang mit Menschen im sozialen Bereich besonders qualifizieren. Ich empfinde es meistens als einen sehr großen Vorteil "behindert" zu sein; egal ob nun im Kinder- oder "Behindertenbereich", eigentlich immer, wenn ich mit Menschen zu tun habe, kommen mir meine persönlichen Erfahrungen zugute; ob es um Einfühlsamkeit, Verständnis geht oder einfach, jeden Menschen mit seinen/ihren Möglichkeiten/ Fähigkeiten so zu akzeptieren, wie er/sie ist; jede(r) mit seinem/ihrem Tempo/Schritten. Ich glaube bestimmt, daß ich einige Eigenschaften verstärkt durch meine "Behinderung" habe.

4) Leider ist der Widerspruch zwischen meinem eigentlichen, persönlichen behindertenpolitischen Anspruch und der pädagogischen Berufspraxis meistens ziemlich groß. Im Alltag geht es dauernd um Kompromisse zwischen dem, was ich denke/fühle/wünsche/für richtig halte und was die Realität in der Arbeitswelt ist. Gerade im sogenannten integrativen Bereich sind mir die Widersprüche massivst aufgefallen, und ich konnte das oft nur schwer aushalten. Da ich in meinen "behinderten Alltag" auch schon viele Kompromisse eingehen muß, ist es hart, wenn in der Arbeitswelt dieselbe Tagesordnung Realität ist. Mein Ausgleich ist ein stückweit meine behindertenpolitische Arbeit in KrüppelInnenkreisen, die mir sehr wichtig ist; genauso die Gespräche mit Freunden und Freundinnen, die auch "behindert" sind. Die meisten meiner Freunde sind inzwischen aus Krüppelkreisen und das hilft mir sehr.

5) Ich würde jederzeit meine Ausbildungen nochmal machen und halte es für enorm wichtig, möglichst viele Menschen mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen/Vorstellungen/Erfahrungen im sozialen Bereich drin zu haben und dazu gehören wir sogenannten behinderten Menschen ja sowieso.

Theresia Adelfinger
Diplompädagogin, Zentrum für Selbstbestimmtes Leben, Erlangen

1) Ich habe mich bewußt dazu entschieden. Ich studierte zunächst "Lehramt an Sonderschulen", weil ich glaubte, dadurch von "innen heraus" etwas verändern zu können. Ich merkte schnell, daß ich dadurch nur das Sondersystem unterstüzte und habe nach zwei Semestern auf Dipl.-Pädagogik gewechselt.

2) Ja. Durch meine Heimkarriere hatte ich viel mit Soz.-Päd's und ErzieherInnen zu tun. Ich glaubte, "es dann besser zu machen" und durch eigene Erfahrungen z.B. andere behinderte Menschen und Strukturen, in denen sie leben, besser zu verstehen.

3) Ich denke, durch meine Behinderung mußte ich früh lernen, mich mit vielen fremden Menschen auseinanderzusetzen und mit ihnen auskommen (ich kam mit 6 Jahren für 14 Jahre in ein Heim).
Ich habe mich schon immer mehr für Menschen interessiert, für Beziehungen untereinander, als für Dinge. Ich glaube, die Fähigkeit, sich auseinanderzusetzen mit anderen, kann eine positive Fähigkeit für einen päd. Beruf sein. Dies hat aber wenig speziell mit meiner Behinderung zu tun als vielmehr mit den Umständen, unter denen ich aufgewachsen bin. Behinderung an sich bringt keine "besonderen" Fähigkeiten mit sich.

4) Momentan nicht. Da ich in einem ZSL arbeite, kann ich meinen politischen Anspruch relativ gut verwirklichen.

5) Ja. Ich fand es interessant, insbesondere für mich persönlich habe ich viel gelernt. Durch die fast ausschließlich theoretischen Inhalte hab ich sozusagen "Denken" gelernt, sozialwissenschaftliche Theorie hat mich fasziniert, z.B. auch über Behinderung zu reflektieren. Die Praxis ist jedoch nun völlig anders, ein neues "lernen".

Barbara Stötzer
Beraterin in einer Beratungsstelle für Behinderte des Allgemeinen Behinderten verbandes in Thüringen, Studentin der Sozialpädagogik, Suhl

1) Im Sommer vergangenen Jahres erfuhr ich von der Möglichkeit einer berufsbegleitenden Qualifizierung in Thüringen, Fachrichtung Dipl.-SozialarbeiterIn/SozialpädagogIn mit externer Prüfung. Ich habe mich dann bewußt für dieses Studium entschieden. Dafür gab es verschiedene Gründe und Überlegungen.
In die soziale Arbeit bin ich nach der Wende so quasi reingerutscht. Endlich waren Zusammenschlüsse körper- und geistigbehinderter Menschen möglich und so gab es in diesem Bereich Arbeit en gros. Körperbehinderte, Angehörige behinderter Menschen, Kriegsopfer suchten nach Möglichkeiten, sich zu organisieren und durch die vielen Übergangsregelungen gab es einen großen Bedarf an Beratung und anderen Hilfen. Anfang 1990 war es nicht sehr schwierig, verantwortliche Stellen davon zu überzeugen, daß die lange vernachlässigte Behindertenarbeit hauptamtlich und in ganz anderem Umfang durchgeführt werden muß. So entstanden in kurzer Zeit - mit vielseitiger materieller Unterstützung durch die Bundesregierung, Sponsoren-, aber auch Behindertenorganisationen, die in uns potentielle Mitglieder sahen - Beratungsstellen, Fahrdienste, mobile Hilfsdienste, Kommunikationszentren u.a. Viele Menschen machten von den neuen Angeboten Gebrauch und so blieb kaum Zeit, das Geschaffene theoretisch zu fundieren, inhaltliche Diskussionen zu führen, sich mit der eigenen Identität und mit Behinderung auseinanderzusetzen und Standpunkte zu erarbeiten. Inzwischen hat sich vieles geändert. Geblieben ist für mich ein Nachholbedarf an inhaltlicher und struktureller Auseinandersetzung. Ich arbeite jetzt vier Jahre in einer Beratungsstellle und möchte praktische Erfahrungen und autodidaktisch erworbenes Wissen ausbauen. Natürlich sehe ich auch die veränderte Lebenssituation und Ansprüche behinderter Menschen und ich denke, sie haben einfach ein Recht auf qualifizierte vielseitige Unterstützung. Wir brauchen vor allem mehr Angebote, die behinderte Menschen befähigen, sich ihrer Situation bewußt zu werden, neue Lebensinhalte zu finden, sich gegen Entmündigung und Diskriminierungen zu wehren u.v.a. mehr - weg von der Behandlung als Wohlfahrts-Objekt.
Bei der Entscheidung für dieses Studium denke ich auch daran, daß die kulanten Regelungen der Überleitung nicht von Dauer sind und Sozialarbeit ohne eine entsprechende Qualifikation in absehbarer Zeit nicht mehr so ohne weiteres möglich ist. Außerdem könnten sich vielfältigere berufliche Möglichkeiten ergeben.



2) Nicht vorrangig, aber auch. Mediziner, Psychologen und andere "Reha-Fachleute" sind oft mit mir überfordert. Sie gehen von ihrem Normalitätsbegriff aus und bieten "Lösungen" an, die meist nicht realisierbar oder akzeptabel sind. Nicht selten werde ich mit vorgefaßten Meinungen konfrontiert, daß dieses oder jenes nicht geht, weil "behindert", zu teuer, unangemessen. Wünsche und Fähigkeiten rücken in den Hintergrund, vordergründig gehöre ich zur Kategorie "behindert/geschlechtsneutral". Meine Probleme sind nicht ihre, so werde ich zum "Fall", der bearbeitet oder abgelegt wird. Ausnahmen bestätigen die Regel. Bessere Erfahrungen habe ich mit behinderten Fachfrauen oder -männern. Nur gibt es diese noch viel zu wenig.

3) Allgemein würde ich diese Frage verneinen. Behinderung allein bedingt keine therapeutischen oder pädagogischen Fähigkeiten. Wenn ich die Frage allerdings auf den beruflichen Einsatz beziehe, würde ich schon differenzieren. In der Arbeit mit behinderten Menschen, z.B. in der Beratung, beim Mobilitätstraining, ermöglicht die eigene Behinderung und die Auseinandersetzung damit eine andere Zugangsweise zu den KlientInnen, und die Aussagen werden glaubhafter, wenn ich Lebenssituationen aus eigenem Erleben nachvollziehen kann. Außerdem kenne ich die örtlichen Unterstützungsangebote meist aus eigener Erfahrung und unterliege ebenso Behördenzwängen oder sozialen Beschneidungen, habe aber auch Strategien im Umgang damit entwickelt.

4) Ein Widerspruch ergibt sich für mich daraus, daß sich mein behindertenpolitischer Anspruch oft nicht mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten vereinbaren läßt. Große Hemmschuhe sind Denkweisen und Gesetze, denen ein Bild von behinderten Menschen und Behinderung zugrunde liegt, welches Gleichberechtigung und Chancengleichheit auf allen gesellschaftlichen Ebenen entgegensteht. Kinder können nicht integrativ beschult und gefördert werden, weil die Landesgesetzgebung auf (Aus-)Sondereinrichtungen verweist. Es fehlen Wohnalternativen zu Heim und Elternhaus für behinderte Erwachsene. Pflegeleistungen gehen am tatsächlichen Pflegebedarf vorbei, ArbeitgeberInnen zahlen lieber die Ausgleichsabgabe statt die Schaffung von Arbeitsplätzen für Behinderte zuzulassen, Reha-Maßnahmen sind abhängig von Art und Ursache der Behinderung und erfolgen daher nicht bedarfsgerecht usw. Damit umzugehen stößt nicht selten an die Grenzen der persönlichen Belastbarkeit. Es kommt immer wieder vor, Prellbock für den Frust von Einzelnen zu sein, die ihre Misere nicht in strukturellen oder politischen Zusammenhängen, sondern im Versagen einzelner Verbände oder MitarbeiterInnen sehen. Die Erwartungsansprüche sind mitunter sehr hoch, die Motivation zur Eigeninitiative dagegen gering.
Für mich entsteht daraus einerseits Kraft für Initiativen, Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, Auseinandersetzungen, anderseits bleiben Erschöpfung, "burn-out" und gelegentlicher Rückzug nicht aus.

5) Dazu kann ich noch nichts sagen. Erstmal ist es eine Herausforderung, die ich sicher nicht unkritisch angehe, aber zu bestehen hoffe.



Sabine (Name der Redaktion bekannt), Behindertenpädagogin

Ich habe zum Wintersemester 1980/81 angefangen, Behindertenpädagogik zu studieren. Die Frage, ob ich mich bewußt dafür entschieden habe, muß ich mit einem klaren "Jein" beantworten. Natürlich habe ich mich bewußt für dieses Studium entschieden, allerdings war mir zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht bewußt, was dieses Studium für meinen eigenen Lebensweg für Konsequenzen haben würde.

Zur Entscheidungsfindung beigetragen haben verschieden Faktoren: Zum einen konnte ich nach meinem Unfall nicht mehr das machen, was ich ursprünglich vorhatte. Mit der Schule war ich ja glücklicherweise schon fertig. Aber: Die Ausbildung zur Beschäftigungstherapeutin, die ich vorher geplant hatte, war nicht möglich. Das sei nichts für solche wie mich wurde ich belehrt, schließlich gehörte ich je zu denen, die selbst therapiert werden müssen. Danach breitete sich erstmal Ratlosigkeit aus. Dies alles lief wohlgemerkt noch im Krankenhaus ab.
Dann geschahen einige entscheidende Dinge: die Freundin, mit der ich nach der Entlassung zusammenziehen wollte, kriegte auf einmal Muffensausen. Sie meinte, daß sei doch mehr Verantwortung als sie tragen könne, mit mir in der Wohnung könne sie ja nicht einmal spontan wegfahren. Ich lernte eine wichtige Lektion: Krüppel sind eine Last für ihre Mitmenschen, die glauben, für uns die Verantwortung übernehmen zu müssen, weil wir ja so arm dran sind... Somit mußte ich mir ernsthafte Gedanken machen, wie es denn nun weitergehen sollte, denn zurück zu meinen Eltern wollte ich nicht.

Um diese Zeit herum kam ich wieder in Kontakt mit einem alten Freund, der bereits an der Uni, an der ich schließlich landen sollte, studierte. Was ich denn jetzt machen wolle? Tja ... Ob ich schon mal ans Studieren gedacht hätte? Ehrlich gesagt noch nicht so richtig ... Ob denn vielleicht Behindertenpädagogik was sein könnte, in Verbindung mit Werken als Fach ginge das doch in die gleiche Richtung wie Beschäftigungstherapeutin. Und rollstuhlgerecht sei die Uni auch, da würden mehrere im Rollstuhl studieren.

Damit fing es an. Er schickte mir Informationsmaterial über den Studiengang und die Uni. Mich als Neukrüppel faszinierte völlig, was man und frau da angeblich alles über Behinderung lernen können sollte: medizinische, psychologische, gesellschaftliche Zusammenhänge und Auswirkungen von Behinderung ... ja darüber wollte ich mehr erfahren! Ich glaube, ich war ganz naiv der Meinung, ich würde mir mit dem Studium selbst was Gutes tun.

Das war natürlich mehr als blauäugig. Ich war die einzige Person mit einer Behinderung im ganzen Studiengang und sollte bei jeder Gelegenheit kundtun, wie denn bestimmte Dinge "für uns" seien und auch sonst war es mitunter ziemlich gräßlich, so daß ich öfter ins Grübeln kam, ob das denn nun wirklich das richtige für mich sei. Dies wurde noch verstärkt, als ich mein erstes Unterrichtspraktikum in der Sonderschule für Lernbehinderte absolvieren mußte - ich hätte es nie für möglich gehalten, daß ich irgendwann im meinem Leben eine solche Angst vor zehnjährigen Knaben entwickeln könnte! Zum Glück gab es ein zweites Praktikum, daß die Erfahrungen des ersten mehr als relativierte.

Durchgezogen habe ich das Studium trotz aller Zweifel (wozu auch gehörte, sich als Krüppelfrau für eine Berufstätigkeit in Sondereinrichtungen ausbilden zu lassen) weil es zum einen immer wieder Dinge gab, die ich äußerst spannend fand wie z.B. Behindertenpädagogik und Biologismus. Zum anderen aber auch ganz einfach, weil ich gelernt habe, was man anfängt, bringt man auch zu Ende.

Nun bin ich also zweimal staatlich geprüfte Sonderschullehrerin. Mein Referendariat habe ich in einer Integrationsklasse machen dürfen - das war die beste Erfahrung, die überhaupt aus dem Studium resultieren konnte! Und ich glaube, dort war es wichtig, daß ich selbst behindert bin. Es war für alle eine neue Erfahrung: von der Ausbildungsbehörde über Schulleitung, Kollegium, Elternschaft und nicht zuletzt die SchülerInnen: eine Lehrerin im Rollstuhl! Für die nichtbehinderten Kinder war es wichtig, mal eine "Große" vor sich zu haben, die ihnen sagen kann, wie das denn so ist mit dem behindert-sein und behindert-werden. Und für die behinderten Kinder war es ganz toll, gewissermaßen sich selbst in erwachsen zu sehen, mitzukriegen, was erwachsenen Behinderte machen (können), wie sie leben (können) etc. Nach dem Referendariat war mir allerdings auch klar, daß ich nie wieder in einer Sonderschule arbeiten möchte - wer beides kennt weiß, daß es ein Unterschied wie Tag und Nacht ist.
Da im Integrationsbereich hier keine LehrerInnen eingestellt werden (Einstellungsstop) war meine Lehrerinnenkarriere mit Beendigung des Referendariats bis auf weiteres vorbei. Ich arbeite jetzt in einem ambulanten Hilfsdienst, wo die pädagogische Begleitung der AssistentInnen ebenso zu meinem Arbeitsfeld gehört wie auch das ganz praktische Organisieren von Assistenzstunden. Und in diesem Spannungsfeld kriege ich nun auch des öfteren Probleme mit meiner "Betroffenheit" als Frau mit Behinderung.
Satzungsgemäß steht die Parteinahme für die Krüppel bei uns an erster Stelle - ein Postulat, daß an der Praxis des öfteren hart geprüft wird. Z.B. dann, wenn sich Krüppel so verhalten, wie es bestimmten Klischees, die wir gern als bösartig und übertrieben verwerfen würden, entspricht. Ich denke, für manche Entscheidungen, die wir zu treffen haben, wäre es einfacher, nichtbehindert zu sein, dann würden sich bestimmte "Loyalitätskonflikte" nicht so stellen. Meine inneren Konflikte kommen allerdings unserem Klientel zugute, denn dadurch wird mein Handeln immer wieder infrage gestellt und ich muß es neu reflektieren, mir immer wieder bewußt machen, wer ich bin, was ich da mache, warum ich es mache, in wessen Interesse ...
Und dann gibt es natürlich auch Situationen, wo man aus pragmatischen Gründen Entscheidungen treffen muß, die nicht immer 100%ig zur "reinen Lehre" passen. Das ist oft ziemlich anstrengend und ich wünsche mir sehr, eine Supervisionsmöglichkeit für meine Arbeit zu bekommen, um mal mit einer "unparteiischen" Person darüber reden zu können. Ansonsten klärt sich auch vieles über Gespräche im Team, denn die anderen haben ja ähnliche Probleme.

Du fragst, ob ich das Studium noch einmal machen würde. Puh, das ist eine schwere Frage. Ich habe jetzt manchmal das Gefühl, daß ich mich mit dieser Ausbildung zu sehr auf den sozialen Bereich, insbesondere auf Behinderte festgelegt habe. Ich bereue nicht, mich für dieses Gebiet entschieden zu haben, ich hab' darüber viele tolle Leute kennengelernt und so, aber dafür hätte ich es nicht unbedingt studieren müssen. Ich denke das nächste Mal (im nächsten Leben oder so) werde ich etwas wählen, das mir ein etwas breiteres Betätigungsfeld eröffnet.

Birgit Schopmans,
Dipl. Soz.-Pädagogin/Soz.-Arbeiterin, Hessisches Koordinationsbüro für behinderte Frauen, Kassel

1) ja. Inhaltliches Interesse an sozialen Themen sowie der Wunsch, benachteiligte Gruppen auf der persönlichen und politischen Ebene bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen.

2) Nein.

3) Auf jeden Fall, wenn ich mit behinderten Menschen arbeite, da ich im Sinne des Peer Couselling z.B. Beratung durchführen kann. In anderen Bereichen der Sozialpädagogik qualifiziert mich meine Behinderung dahingehend, daß ich aufgrund eigener Erfahrungen weiß, was es bedeutet, zu einem gesellschaftlich ausgegrenzten diskriminierten Personenkreis zu gehören.

4) Ich sehe einen Widerspruch zwischen meiner behindertenpolitischen Einstellung und der beruflichen Praxis, sobald diese Praxis innerhalb von Sondereinrichtungen oder anderer entmündigender Organisationen stattfindet. Dort würde ich nicht arbeiten!

5) Ja.

Karin Wolski, Sozialarbeiterin bei Ambulante Dienste, Berlin

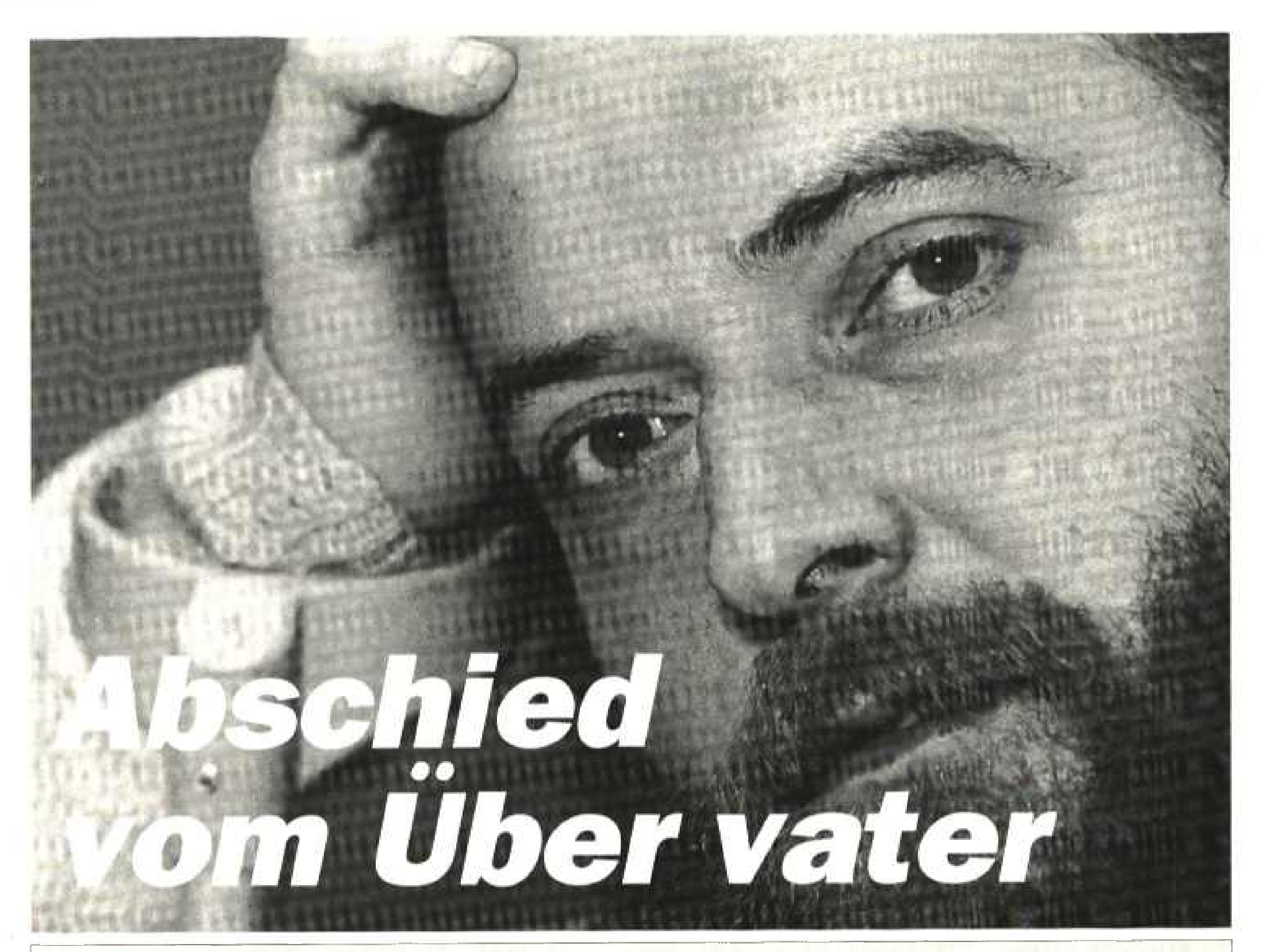
1) Mehr oder weniger ja, würd ich sagen. Es gab für mich mehrere Gründe, dieses Sozialarbeitsstudium zu machen, die gleichberechtigt nebeneinanderstanden. Ich hatte zunächst einen unheimlich großen Wissensdurst, mehr darüber zu erfahren, wie z.B. Menschen handeln und aus welchem Grund. Dieser Wissensdurst erstreckte sich erstmal auf das Studium im Allgemeinen, spezieller gesagt, die gesellschaftspolitischen Fächer Soziologie, Politologie, Ethnologie. Hier spielt auch meine biographische Herkunft Arbeiterfamilie eine Rolle, ich wollte letztlich herangeführt werden an Wissen, so wie ich es im Elternhaus immer vermißt habe, auch die Schule war hier keine befriedigende Wissensvermittlungsinstanz. Bei der letztendlichen Entscheidung für das SA/SP-Studium war auch der Wunsch nach einem sicheren Job mit klarem Berufsbild - und Perspektive - entscheidend. Denn mir war klar, daß ich nicht einfach wie nichtbehinderte Menschen einen unqualifizierten Job annehmen konnte. Ich hatte die Erfahrung gemacht mit Jobsuche nach der Schule: beim rumjobben in Fabriken etc. kommt es auf optimale Ausbeutung an, wo bei mir eben nicht so viel zu holen ist. Diese Entscheidung *für* ein Studium mit Berufs*perspektive* wurde am deutlichsten an dem Punkt, als ich mich gegen ein *Malerei*studium entschied. Ich hab' eben geguckt, daß ich *beides* zusammen unter einen Hut kriegen konnte. Und so bin ich nach Berlin, wo ich gleichzeitig an der FHSS (staatl. Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, d.Red.) studieren und Gasthörerin an der HdK (Hochschule der Künste, d. Red.) sein konnte. Ich hab' mich in mehreren Städten beworben und überall einen Studienplatz über Härtefall gekriegt, nur hier in Berlin von der *evangelischen* FHSS hab' ich eine Absage bekommen.

2) Meine ersten Berufsvorstellungen gingen in Richtung Krankengymnastin, Reitlehrerin, Logopädin, auch wegen meiner eigenen positiven Erfahrung mit den drei Frauen, aber hier stellte ich fest, daß es mit meiner Behinderung nicht ging. Ich wollte eher einzelnen Menschen helfen, als in großem Stil zu pädagogisieren (Lehrer), auch wohl deswegen, weil ich die persönliche Begegnung mit meiner KG, Reitlehrerin, Logopädin als sehr intensiv erlebt habe. Durch meine Sozialisation hatte ich sehr wenig Kontakt zu Frauen im Beruf.
Negative Erfahrungen bei Lehrern in Bezug auf meine Behinderung haben mich nicht dazu gebracht, mich jetzt als einfühlsame Lehrerin zu begreifen und nun Pädagogik zu studieren. Aber Erfahrungen, die ich gemacht habe als 16jährige, wie schweinisch ein Sozialarbeiter mit einem netten Trebegänger umgegangen ist, haben doch in mir einen der Klicks ausgelöst, die mich zum SA/SP-Studium veranlaßten. Dieses massive Unverständnis, mit dem der z.B. fremden Lebensumständen begegnete, verbunden mit einer Macht, über einen Lebenslauf entscheiden zu können, waren eine zentrale Erfahrung. Auch heute, als Punkt in meinem Berufsleben, ist mir Selbstkritik/Selbstreflektion und *Fragen* ein zentraler Punkt.

3) Ich denke, das og. Beispiel steht als eine Erfahrung in meinem Leben, eine andere ist die Erfahrung, die ich hatte als 6jähriges Mädchen im Krankenhaus, als der Arzt meinen Eltern sagte, ich habe die und die Behinderung, und er wüßte nicht ganz genau, ob ich etwas verstehen könnte oder ob ich mich jemals würde artikulieren können, und meine Eltern waren ganz traurig und ich war ganz traurig und wütend auf den Arzt, weil er mich nicht gefragt hat, so daß ich mich hätte verhalten können. Also ich meine, einfach nicht gefragt worden zu sein, nur als Objekt betrachtet worden zu sein. Diese Erfahrung hat mich auch in der oben genannten Weise geprägt.
Ich denke auch, mein Mut, meine Kraft, die ich mir in Auseinandersetzungen - auch wegen meiner Behinderung - erworben habe, sind eine besondere Eigenschaft, die mir, gepaart mit Ausdauer und Hartnäkkigkeit, in dem Beruf gut helfen.

4) Dazu kann ich jetzt so kurz nichts sagen.

5) Ja, weil's mir Spaß macht!



Abschied vom Über vater

Nein, eine Integrationsfigur war Franz Christoph nie. Er, der oft als "Gründer der Krüppelbewegung" bezeichnet wird (und sich diesen Ehrentitel gerne gefallen läßt), war von Anfang an als jemand bekannt, der keiner Kontroverse - auch in den eigenen Reihen - aus dem Weg geht. Gerade diese Eigenschaft - gepaart mit der Lust an originellen und provozierenden Gedanken - hat ihm viel Respekt verschafft und ihn zweifellos zu einer der wichtigsten Persönlichkeiten der Behindertenszene gemacht. Manche seiner einsamen Aktionen haben der Krüppelbewegung erst die Medienwirksamkeit verschafft, die es ermöglichte, wenigstens ab und zu etwas von unseren Forderungen nach Selbstbestimmung in die Öffentlichkeit zu tragen. Erinnert sei an die Krückenschläge gegen den Bundespräsidenten anläßlich des "Jahres der Behinderer" oder die Ankettung vor dem Gebäude der "Zeit" als Protest gegen die von dieser Zeitung lancierte Lebenswert-Debatte.

Schon damals waren nicht alle seiner Positionen in der Szene unumstritten. Dennoch war er lange Zeit eine Art Vaterfigur. Irgendwie waren wir alle stolz, jemanden zu haben, der sich couragiert mit den Mächtigen anlegte und dabei auch persönliche Risiken in Kauf nahm. In seinem Windschatten fanden viele Behinderte den Mut, selbst gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aktiv zu werden. Auch die Medien hatten in ihm bald ihren Star gefunden.

Franz Christoph hat an dieser Rolle Gefallen gefunden. Und er hat die Gesetzmäßigkeiten des Medienmarktes schnell gelernt. Deren wichtigste besteht darin, daß nur derjenige Gehör findet, der einen Skandal erzeugt, ein Tabu bricht. Das konnte Franz Christoph schon immer, und er hat dabei viele wichtige Debatten angeregt. Er war es, der als erstes unsere oft unkritische Selbsteinordnung als Teil der Linken infrage stellte, der die Gesundheitsideologie der Ökologiebewegung angriff, und der unser widersprüchliches Verhältnis zur Frauenbewegung zum Thema machte. Franz Christoph hat uns gezwungen, unseren eigenen politischen Standort zu reflektieren und von bequemen, aber zu einfachen Denkmustern Abschied zu nehmen. Das ist und bleibt sein Verdienst.

Doch wer seine Medienpräsenz dem permanenten Tabubruch verdankt, muß diesen immer weiter treiben, um nicht von der Bildfläche zu verschwinden. Dabei hat Franz Christoph irgendwann eine Grenze überschritten und keinen Weg zurück gefunden. Seine Attacken richten sich nun immer häufiger nach innen; nicht mehr gegen eine behindertenfeindliche Politik und einen menschenverachtenden Tötungsdiskurs, sondern gegen diejenigen, die dagegen Widerstand leisten. Vielleicht nicht zufällig erscheinen seine Ausfälle vorzugsweise in "taz" und "Woche", in jenen Blättern also, die sich nicht zu schade sind, den neuen MordpropagandistInnen ein Forum zu bieten. Seine maßlosen Angriffe gegen Vertreterinnen der Krüppelfrauenbewegung sind traurige Höhepunkte an Destruktivität und Demagogie im Umgang zwischen Behinderten. In Franz Christophs Texten finden sich immer noch Gedanken, die es wert wären, diskutiert zu werden, doch er benutzt sie immer öfter zu einer Selbstinszenierung auf Kosten ehemaliger MitstreiterInnen. Das ist es, was zornig macht.

Franz Christoph hat die Straße mit dem Schreibtisch vertauscht. Wo er früher für die Folgen seiner Aktionen mit seiner Person einstand, haben nun Andere den Schaden. Spätestens seit Franz Christoph die behinderten Opfer rechtsradikaler Gewalt als Erfindung der Krüppelbewegung verhöhnt, ist für viele AktivistInnen die Schmerzgrenze überschritten. "die randschau" druckt einige Reaktionen auf Franz Christophs jüngste Polemiken ab. Daß diese teilweise äußerst heftig ausfallen, braucht niemanden zu wundern, am wenigsten Franz Christoph selbst.

Es gibt nichts Gutes, außer er tut es

Notwendige Anmerkungen zu Franz Christoph

"Das Beharren auf dem Wort Krüppel bedeutet für mich kulturelles Trotzverhalten und ignoriert die brutalere Realität ... Daher hat sich ein Teil der Behinderten für den Dogmatismus als Schmerztherapie entschieden, was nichts mit Radikalität zu tun hat."
(Franz Christoph, Das Band, 5/93)

"Franz Christoph (40) ist Initiator der 'Krüppelbewegung' und seit 1975 darin engagiert."
(Die Woche, 20.Januar 1994)

Wer unermüdlich in der 'Wir'-Form des Initiators der radikalen Krüppelbewegung schreibt, gaukelt damit vor, daß er in irgendeinem Bereich der Behindertenbewegung - seien es die Selbstbestimmt-Leben-Zentren, die Initiaven für ein Anti-Diskriminierungsgesetz, das Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen oder die Anti-'Euthanasie'-Gruppen - kontinuierlich mitwirken würde und deshalb den Pressesprecher machen darf. Deshalb ist es an der Zeit, auf die Beliebigkeit und Widersprüchlichkeit mancher seiner Positionen hinzuweisen. Den behindertenpolitischen Überflieger zu machen, ist an sich nichts schlechtes. Dabei nur auf Blößen und Fehler anderer zu warten, um sie dann an den Pranger stellen zu können, ist für mich noch eher peinlich und langweilig, weil ich weiß, daß dahinter oft gut dreizehnjährige Lieblingsfeindschaften stecken. Allerdings habe ich keine Lust mehr auf vereinnahmende Sätze wie: *"In den neunziger Jahren wird der Konkurrenzkampf unter dem Motto 'wer ist der klarste und radikalste Kämpfer gegen die Euthanasie' ausgetragen."* (Franz Christoph, Das Band, 5/93). Denn: Ich kenne niemanden, der derart über andere behinderte Frauen und Männer herzieht, wie der Autor dieser Aussage. Auch das ist im Prinzip so neu nicht. Ich habe die folgenden Anmerkungen geschrieben, weil es nicht geht, daß die Aktivitäten behinderter Menschen gegen die 'Euthanasie' auf die Motive der Anpassung, Konkurrenz oder auf die Freude an der eigenen Kriminalisierung reduziert werden. Wer letzteres unterstellt, kann im Gegensatz zu einigen ihm bekannten Personen aus dem Anti-Euthanasie-Spektrum nicht wissen, wie es geht und was es bedeuten kann, wenn das Bundeskriminalamt vor der Tür steht. Das Bedauerliche an den Beiträgen von Franz Christoph ist, daß bedenkenswerte Ansätze durch unkalkulierte (?) Rundumschläge überdeckt und nicht weiter zur Kenntnis genommen werden.

"Obwohl allseits das Bild vom stolzen Emanzipationskrüppel zur Schau getragen wird, vermißten wir die gesellschaftliche Zuneigung. Durch scheinbar kluge Analysen versuchten wir uns Anerkennung zu verschaffen."
(Franz Christoph, taz v. 19.Januar 1994)

Des Nichtbehinderten *"'selbstloser Einsatz' für das Leben Behinderter sichert ihm offenbar erneut Anerkennung. Und die Angst der Behinderten, in diesem Klima ihre nichtbehinderten Stellvertreter zu verlieren, ist so groß, daß sie ihnen das Analysieren wieder überlassen."*
(Franz Christoph, taz v. 19.Januar 1994)

Ja, was denn nun? Analysiere ich aus der Sucht nach Anerkennung oder verzichte ich auf Analysen aus Angst vor Vereinsamung ? Die widersprüchliche Argumentation dient nur dazu, jeglichen Widerstand destruktiv erscheinen zu lassen. Und sie trifft den richtigen Kern der Aussage nicht: Anerkennung zu bekommen ist in der Tat sehr angenehm. Wenn auch das bei meinen Aktivitäten herauskommt, sehr schön. Falsch wird es, wenn ich mein Handeln je nach Lage der Dinge danach ausrichte, wo es Anerkennung zu ernten gibt. Dazu gehört das beliebig wirkende Austauschende von Standpunkten.

"Die Angst greift um uns. Wie können wir noch weiterleben ? Die Übergriffe auf uns nehmen weiter zu."
(Franz Christoph in: Christian Mürner/ Susanne Schriber (Hrsg.), Selbstkritik der Sonderpädagogik ?, 1993)

"Man muß endlich sehen, daß die Medien mit der Lüge von der Gewalt gegen Behinderte mehr Gewalt ausüben als die Rechtsradikalen."
(Franz Christoph, Die Woche, 20.Jan.1994)

Es gibt die Gewalt gegen behinderte Menschen, auch handgreiflich mit tödlichem Ausgang. Das zu leugnen, ist eine Verhöhnung der Angegriffenen. An der Berichterstattung in den Medien muß vielmehr kritisiert werden, daß der Tonfall der Empörung die strukturelle Gewalt ausblendet. Dazu hatte ich vor einiger Zeit im 'Gen-ethischen Informationsdienst' geschrieben: Diese Pöbeleien und Überfälle auf behinderte Menschen bewirken moralische Empörung. Es schafft ein beruhigendes Gefühl, sich über andere aufregen zu können, weil man oder frau selbst niemand aus dem Rollstuhl gekippt hat. Es ist angenehm bequem, die Behindertenfeindlichkeit orten und die eigene vergessen zu können. Ausgeblendet wird die Basis und die Struktur der Gewalttätigkeit gegen behinderte Menschen: Die Tradition der Aussonderung in spezielle Institutionen, das Desaster der Pflege, die Sicht auf behinderte Personen als Kostenfaktor und Symbol für Leid und Unglück, die Kontinuität des 'lebensunwert'-Denkens sowie ein eugenisches Bewußtsein, das verbreiteter ist als die meisten es wahrhaben wollen. Es wird vergessen oder übersehen, daß die Meldungen über Angriffe gegen behinderte Menschen vielfach davon berichten, was für behinderte Frauen und Männer 'nur' Alltag ist. Ohne die bedrohlichen Attacken verharmlosen zu wollen: Sie dienen auch der Ablenkung von Selektionsmechanismen, die ohne ein einziges Mitglied der 'Republikaner' etabliert wurden bzw. auf dem Wege sind, sich durchzusetzen. Die Überzeugung, es wäre besser, behindertes Leben würde nicht existieren - und das ist die Botschaft und die Realität der humangenetischen Arbeiten - ist ein Aspekt der Behindertenfeindlichkeit, der als solcher nicht mehr wahrgenommen wird.

Franz Christoph behauptet: Es gebe heute die *"Mär von rechtsradikalen Übergriffen"*
(taz, 19.Januar 1994).

Das hörte sich auch schon mal anders an:

"Während ich dies schreibe, muß ich an die Ermordung des behinderten Bruno Kappi aus Siegen durch rechte Skins am 15.Dezember 1992 denken. Zunehmend werden Behinderte als 'lebensunwerte Krüppel' beschimpft, verhöhnt, verfolgt. Der gefährliche Weg dieser 'neuen Ethik' muß gestoppt werden."
(Franz Christoph, Die Woche, 29.April 1993)

Und die erneute Kehrtwendung kommt bestimmt. Diesmal nach dem angeblichen Überfall auf eine behinderte Schülerin in Halle. Auf den Hinweis der Interviewerin, daß die Gefahr von Übergriffen - in welchem Ausmaß auch immer - besteht, daß verbale Gemeinheiten wie 'Krüppel', 'unnützer Fresser' vorkommen, wegen derer aber keiner zur Polizei rennen würde, folgt die Verharmlosung auf das Niveau unverschämter Redewendungen:

"Natürlich gibt es das. Sie sind sicher auch schon mal als 'dumme Kuh' beschimpft worden. Es wäre doch eine absolute Diskriminierung, wenn Behinderte nicht beschimpft würden. Wir leben doch in dieser Gesellschaft. Das Schlimme ist, daß man das als Sensation darstellt. Und die Behinderten spielen mit. Man will ein bißchen Zuneigung abstauben von der Lichterkettenbewegung und vernebelt sein Hirn dabei."
(Franz Christoph, Die Woche, 20.Januar 1994)

Zu fragen wäre: Warum sind die gesamten deutschen Medien und der Polizeiapparat auf den Bericht der Schülerin angesprungen ? War es das Klischee der hilflosen Frau, die die demonstrative Welle der Entrüstung garantierte - und weshalb über die täglichen Angriffe gegen unliebsame Menschen guten Gewissens kaum mehr berichtet zu werden braucht? Und umgekehrt: Die Klischees von den unberechenbaren, etwas dümmlichen Behinderten wurden geweckt mit der Meldung: Sie war es selbst. Auch hier wieder garantiertes Kopfschütteln - mit dem Langzeiteffekt, daß behinderte Menschen
erleben werden, daß ihre Berichte über Gewalttätigkeiten allgemein bezweifelt werden.

In einem Essay in der 'tageszeitung' polemisiert Franz Christoph gegen die Behindertenbewegung und gegen einzelne Personen aus dem Anti-'Euthanasie'-Spektrum, um dann mit Wolfgang Schäuble den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden als aufrechten 'Euthanasie'-Gegner zu präsentieren. Es stellt sich also die Frage: Gibt es einen ernstzunehmenden Widerstand gegen die 'Euthanasie'-Bedrohung neben Franz Christoph und Wolfgang Schäuble? So unglaublich es nach der taz-Lektüre klingen mag: Ja. Sieht man mal von der medienwirksamen, auf die nichtbehinderte Öffentlichkeit zielende Einzelaktion eines behinderten Mannes ab, der sich vor der Wochenzeitung 'Die Zeit' ankettete, so war oder ist das Anti-'Euthanasie'-Forum ein Kreis, in dem über die wesentlichen Protestaktionen der letzten Jahre informiert und durchaus widersprüchlich diskutiert wurde.

Unverständlich ist, warum Franz Christoph die darin mitarbeitenden Einzelpersonen und Initiativen pauschal diffamiert, in dem er von der "Eliteeinheit zur Rettung behinderten Lebens" (wahlweise: "Krüppel-Sonder-Eingreiftruppe") spricht. Immerhin ein bemerkenswertes Insiderwissen für jemanden, der das Forum nur vom Hörensagen und einer Stipvisite kennt.

"Klaus Staeck findet es betreffend Behinderter durchaus vertretbar, den Rechtsradikalen Argumentationshilfen zu liefern. 'Eine Debatte über die von Peter Singer und Helga Kuhse provozierten Fragen sollte nicht schon deshalb unterbleiben, weil man den alten und neuen Nazis keine Vorlagen liefern möchte.'"

(Franz Christoph, Stadtrevue, Oktober 1993)

"Zweifellos verbarg sich hinter dem Gerücht von der Gewaltlawine Rechtsradikaler auch der strategische Versuch, die Propagandisten der sauberen Tötungseuthanasie in die Nähe rechtsradikaler Schläger zu drängen".

(Franz Christoph, taz v. 19.Januar 1994)

Es ist eine Tatsache, daß Franz Christoph die Meinung vertritt, jetzt müsse mit den 'Euthanasie'-Verfechtern geredet werden, seitdem die SAT 1-Sendung 'Einspruch' ihn zum Disput mit Peter Singer und Helga Kuhse geladen hat. Diese zeitliche Deckungsgleichheit zwischen Meinungswandel und Zusage für eine TV-Show gibt zu denken. Bis dahin wurden jene als 'Behinderte für alle Fälle' gegeißelt, die sich in den Medien mit 'Euthanasie'-Anhängern erwischen ließen. Merke: Es gibt nichts Gutes, außer er tut es.

"So analysierte unser treuester Stellvertreter ... die Zunahme der Gewalt als Folge der Euthanasiedebatte ... Ist es legitim, aus einer kämpferischen Verliebtheit ins Drama heraus Behinderte in ihrem Lebensalltag zu verunsichern und damit selbst subtile Gewalt auszuüben ?"

(Franz Christoph, taz v. 19.Januar 1994)

"Wir hätten deutlich machen müssen, daß uns die Diskussion langfristig nur die Wahl zwischen zwei mutigen Entscheidungen läßt: Außer für eine Selbsttötung können wir uns noch für ein Weiterleben, verbunden mit äußersten psychischen Qualen, entscheiden."

(Franz Christoph, Die Woche, 23.September 1993)

Diese dramatisch-resignative Feststellung wäre als Beschreibung der individuellen Perspektive zu akzeptieren. In der Verallgemeinerung dürfte sich das aber kein anderer Autor erlauben. Der Entwurf dieser trostlosen Zukunft sollte primär die Show-Einlage mit Singer und Kuhse rechtfertigen. Sowohl die inhaltliche Aussage - es gibt für mich ein Weiterleben ohne äußerste psychische Qualen - als auch die gezogene Konsequenz halte ich für falsch. Es ist nicht zwingend, mich fortan mit 'Euthanasie'-Verfechtern an den Tisch zu setzen, nur weil es nicht gelungen ist, die Debatte um das Lebensrecht behinderter Menschen von der Tagesordnung zu streichen. Das bleibt für mich unzumutbar (wer's macht, ist für mich deshalb aber auch nicht 'auf die andere Seite' gewechselt!).
Wichtiger als die endlose und energieraubende 'Wer diskutiert wo mit wem und warum nicht mit mir'-Aufgeregtheit ist, ob es gelingen kann, einen Gegendiskurs anzuzetteln, der den Blick von den Vorgaben der Mediengewalt löst (ohne sie aus den Augen zu verlieren). Das beinhaltet, auf eine Veröffentlichung oder auf ein Statement zu verzichten, wenn meine Position in der Tagesaktualität oder in der politischen Ausrichtung einer Zeitung keinen Platz findet. Und nicht in Panik auszubrechen, wenn dann eben einmal ein Peter Singer ohne Gegenpart über den Bildschirm flimmern sollte. Denn: Mein Eindruck ist, die Anti-'Euthanasie'-Bewegung ist in ihrer Vielfalt gewichtiger, als sie sich selbst nimmt.

UDO SIERCK, HAMBURG

Stellungnahme zum Taz-Artikel von Franz Christoph



Nicht weil wir in einen Diskurs mit Franz Christoph treten wollten - ihn halten wir für unverbesserlich - sondern, weil seine Haltung zu Frauenfrage und Behinderung von einigen behinderten Männern geteilt wird, und weil er uns mit dem Vorwurf der "links-feministischen Ausschwitzlüge" öffentlich diffamiert, wollen wir zu seinem jüngsten Artikel in der Taz vom 19.01.1994 Stellung nehmen.

Seine Diffamierungskampagne gründet sich auf einen Satz aus unserem Buch "Hauptsache, es ist gesund? Weibliche Selbstbestimmung unter humangenetischer Kontrolle. Konkret-Literatur-Verlag 1992. Diesen Satz reißt er bewußt aus dem Zusammenhang, um uns eine Haltung zu unterstellen, die wir weder in unserem Buch noch sonst irgendwo vertreten. Im Gegenteil, wer uns kennt weiß, wie wichtig uns unser Verständnis als Antifaschistinnen ist und daß wir die Eugenik/ "Euthanasie"-Debatte genau aus diesem Verständnis heraus analysieren und in diesem Kontext führen.
Der zitierte Satz "Auschwitz hatte mit der 'Euthanasie' behinderter Menschen nichts zu tun" ist vielleicht nicht besonders glücklich formuliert. Er steht in einem Kapitel unseres Buches, das sich mit den klerikalen AbtreibungsgegnerInnen auseinandersetzt. Bekanntlich benutzen diese gerne Parolen wie "Abtreibung behinderter Feten ist Auschwitz im Mutterleib"; mit dieser Demagogie und bewußten Geschichtsfälschung haben wir uns auseinandergesetzt, und in diesem Kontext steht der von Franz Christoph zitierte Satz. Uns ist bekannt, daß zum Ende des Krieges auch in Auschwitz behinderte Menschen umgebracht worden sind. Dennoch: die zentralen Orte der Vernichtung behinderter Menschen im Nationalsozialismus lagen in Anstalten wie Hadamar, Grafeneck, Sonnenstein und nicht in Auschwitz. Das war alles, was mit diesem Satz zum Ausdruck gebracht werden sollte, nicht aber, den gesamten ideologischen, personellen und historischen Kontext der NS-"Euthanasie" anzusprechen - und jedeR außer Franz Christoph hat ihn bis jetzt auch so verstanden.

Mit seinem Vorwurf, wir wären Vertreterinnen der "linksfeministischen Auschwitzlüge" bestätigt Franz Christoph im übrigen in zweierlei Hinsicht die Thesen unseres Buches: Erstens bestätigt er einmal mehr, daß er ein frauenfeindlicher Abtreibungsgegner ist, der sich in die Reihen der klerikalen AbtreibungsgegnerInnen eingereiht hat und auch deren Parolen und Bilder benutzt. Der Vorwurf des Faschismus an Feministinnen, die sich für das Recht einer jeden Frau einsetzen, selbst zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht (ohne es von der "Qualität" des Ungeborenen abhängig zu machen), erfolgt üblicherweise aus dieser Ecke. Zweitens bestätigt Franz Christoph, daß die Bilder dieser AbtreibungsgegnerInnen sich u.a. auch durch die bewußte Verfälschung geschichtlicher Bezüge auszeichnen. Der Begriff "Auschwitz-Lüge" bezeichnet den systematischen Versuch von Alt- und Neonazis, die Ermordung von über 6 Millionen Juden und andere nationalsozialistische Verbrechen zu leugnen. Franz Christoph weiß, daß der Vergleich, den er da anstellt, mehr als unzulässig ist.

Franz Christoph hat in der verbalen Auseinandersetzung genau genommen nur eine Waffe. Die heißt Provokation und die setzt er hemmungslos ein. Daß er dabei oft weit unter die Gürtellinie zielt, ist denen, die seine Veröffentlichungen verfolgen, bekannt. Wirklich unerträglich wird es jeweils, wenn sich seine gezielten Provokationen mit offensichtlich tiefsitzenden Aggressionen vermischen, bestes Beispiel hierfür ist sein Verhältnis zur Frauenfrage.

Bereits seit längerem ist uns bekannt, daß Franz Christoph mit der Analyse der Lebenssituation behinderter Frauen als der einer doppelten Diskriminierung nicht einverstanden ist. Anfangs waren wir darüber etwas erstaunt, denn gerade Franz Christoph hatte in früheren Zeiten nicht selten auf den Vergleich zwischen Frauen- und Behindertenunterdrückung rekurriert, um Forderungen der Behindertenbewegung zu verdeutlichen. Insbesondere hatte er gefordert, die Behinderten müßten von der Frauenbewegung lernen. Aber nachdem Franz Christoph in der Debatte um Humangenetik und Pränataldiagnostik nach einigen Windungen die Feministinnen zu seinen Hauptfeindinnen erklärt hatte, war zu erwarten, daß er seine Aggression auf Frauen, insbesondere Feministinnen, nicht nur an unseren nichtbehinderten Schwestern auslassen würde.

Der Vorwurf, die Analyse unserer Situation als der einer doppelten Diskriminierung sei eine mathematische Platitüde und stehe in der Rechenlogik der Utilitaristen, wäre - wie gesagt - unerheblich, wenn es nicht einige behinderte Männer gäbe, die ebenfalls Zweifel an der doppelten Diskriminierung behinderter Frauen äußern. Wir verwenden diesen Begriff weder aus Anbiederungsinteresse an die nichtbehinderten Schwestern, noch aus einem besonderen Leidensbedürfnis heraus ("wer ist am schlimmsten diskriminiert in diesem Land?").

Wer das erste Buch von Frauen mit Behinderungen "Geschlecht behindert - besonderes Merkmal Frau" von 1985 kennt, weiß, daß wir uns eher kritisch als anbiedernd mit den nichtbehinderten Feministinnen auseinandergesetzt haben. Aber als behinderte Feministinnen haben wir in der Tat die Patriarchatsanalysen der (nichtbehinderten) Frauenbewegung übernommen und auf unsere Situation übertragen. Unsere Alltagserfahrungen - und dafür gibt es zahlreiche publizierte Beispiele - sind sowohl durch behindertenspezifische als auch durch sexistische Diskriminierungen geprägt. Der Begriff der doppelten Diskriminierung soll genau diese sozio-politische Situation zum Ausdruck bringen. Er dient der Verdeutlichung einer spezifischen Diskriminierungssituation und der Verdeutlichung der Tatsache, daß eine Person gleichzeitig mehreren unterdrückten Gruppen angehören kann (Frauen, Behinderte, AusländerInnen, Homosexuelle ...) und dementsprechend auch die Diskriminierungen dieser Gruppen in einer Person erfährt. Diese spezifische Situation, die eben auch spezifische (nämlich in beide Richtungen wirkende) Anti-Diskriminierungsmaßnahmen erfordert, zu leugnen, ist eine Form der Diskriminierung. Deshalb bestehen wir auf dem Begriff der doppelten Diskriminierung.

THERESIA DEGENER, FRANKFURT/
SWANTJE KÖBSELL, BREMEN

Betrifft: Franz Christoph

Zu Franz Christophs Artikel in der "taz" vom 19.1.1994

Franz Christoph schreibt und liest viel - aber er begreift nichts. Das hat er mit vielen anderen "Publizisten" gemeinsam, es wäre auch nicht weiter schlimm, und man könnte seine fast kindischen Anpinkeleien lesen und vergessen oder sie auch gleich ins Archiv legen, wenn Franz Christoph nicht von so vielen Medien als d e r radikale Repräsentant, als d e r Initiator oder Mitbegründer der "Krüppelbewegung" gehandelt würde.

Intellektuell aufgeblähte Rülpser werden zur Freude der Feuilletonredakteure in allen politischen und sozialen Bewegungen von sich selbst zu wichtig nehmenden, mehr oder weniger bekannten Groß- und Kleingeistern abgelassen. Daneben gibt es dann aber immer noch genügend anregende und lohnende Beiträge, die verbreitet und von den allgemeinen Medien aufgegriffen werden. Bei der kleinen Behindertenbewegung ist es leider anders. Behinderte Menschen kommen in den Medien nicht besonders oft selbst zu Wort, daher ist es dann doch ärgerlich, immer wieder, seit Jahren das gleiche eitle Geschwätz von Franz Christoph als nahezu einzige Äußerung von politisch engagierten behinderten Menschen lesen oder hören zu müssen, zumal es eine Reihe von behinderten Menschen gibt, die ausgezeichnet schreiben können und wirklich etwas zu sagen haben. Allein hier liegt der Grund, warum Franz Christophs Rundumschlag nicht unwidersprochen bleiben soll.

Franz Christoph beginnt mit einer kurzen Darstellung der Auseinandersetzung um das vom Rowohlt-Verlag geplante Buch von Singer und Kuhse. Dieser Darstellung kann ich noch im Großen und Ganzen zustimmen. Mal abgesehen von dem politischen Unfug, den Franz Christoph, wie alle Sektierer und individuellen Wichtigtuer, auch hierbei betreibt, indem er die (links)liberalen Journalisten, die Singer/Kuhse verharmlosen, relativieren, teilweise zustimmen oder in Schutz nehmen, als schlimmeres Übel als Kuhse/Singer selbst bezeichnet und behandelt.

Aber dann, völlig unvermittelt pinkelt er los: "Kriminalisierungsforderungen (die Bemühungen von Michael Naumann, dem Leiter des Rowohlt-Verlages, die Kritiker der geplanten Buchveröffentlichung in die terroristische Ecke zu stellen, G.G.) solcher Art gegenüber Euthanasiegegnern empörte die 'aufrechten' Reste der niedergehenden Behindertenbewegung und ihre radikalen nichtbehinderten Stellvertreter wenig. Im Gegenteil, die Freude war groß. Eigneten sich doch diese Unterstellungen vorzüglich, dem öffentlich propagierten Bild des Hilflosen die Gegenzüge vom mächtigen und militanten Behinderten entgegenzuhalten." Ich weiß nicht, welche "Reste der Behindertenbewegung" Franz Christoph meint, er liefert ja keine Belege. Tatsache ist, daß die gemeinten "Euthanasiegegner" maßgeblich Gegnerinnen waren, behinderte und unbehinderte Frauen und Männer aus Behindertenorganisationen, Frauenprojekten, Buchläden, Verlagen oder kirchlichen Kreisen, daß sich einige von ihnen sehr wohl und deutlich über die Behauptungen Michael Naumanns empört hatten, daß aber die meisten die Behauptungen Naumanns gelassen und völlig zurecht als peinliches, unglaubwürdiges Rückzugsmanöver ansahen.

Die Freude war bei ihnen aber tatsächlich groß, allerdings über die gelungene, erfolgreiche Kampagne, die soviele Menschen erreichte, die - zumindest in Hamburg, dem Heimatort des Rowohlt-Verlages - die Unterstützung aller wichtigen Behindertenverbände und einiger Behindertenbeauftragter der Bundesländer bekam; die so viel Wirkung innerhalb (Franz Christoph selbst erwähnt die "geteilte Meinung" des Verlags-Beirates, ohne sich aber zu fragen, warum diese geteilt war) wie außerhalb des Verlages erzielte, daß dieser es vorzog, das Buch nicht zu veröffentlichen. Der Erfolg wird ein wenig dadurch geschmälert, daß das Buch mittlerweile in einem kleinen Verlag auf deutsch erschienen ist. Es ist aber ein großer Erfolg, daß dieses Buch nicht vom Rowohlt-Verlag herausgegeben wurde. Die öffentliche Aufmerksamkeit, die dieses Buch mit seinem tödlichen Thema jetzt erfährt, ist doch eher gering - trotz der gegenteiligen Bemühungen der "taz".
Wenn als Nebenprodukt dieser Kampagne das "öffentlich propagierte Bild" der behinderten Menschen ein wenig verschoben wurde, wenn sichtbar geworden ist, daß diese nicht nur wehrlose Opfer sind, dann ist das allerdings auch ein Grund zur Freude.

Einmal in Fahrt, legt Franz Christoph richtig los. Er bemängelt, daß wir - mit "wir" meint er das Häuflein behinderter Menschen, die sich in der "Euthanasie"-Diskussion engagieren - nicht deutlich genug gezeigt hätten, wie sehr uns diese Diskussion Schmerzen bereitet (Hätten wir vor laufender Kamera in Tränen ausbrechen oder sich eine/r von uns öffentlich verbrennen sollen?). Er behauptet, wir hätten so getan, als ob diese Diskussion "bei uns keine aktuellen Spuren hinterlassen" hätte, wir hätten "der Öffentlichkeit das Bild vom absolut leidfreien Behinderten vorgegaukelt", von uns würde "aggressiv das Leiden ignoriert".
Noch einmal zur Klarstellung: Franz Christoph meint mit seinen Vorwürfen nicht die hunderttausende behinderten Menschen, die Tag für Tag ihre Behinderung verstecken, die mit fast allen Mitteln ihren beschädigten Körper oder ihre lädierte Seele kaschieren, die bis zur Selbstverleugnung ihr Leiden verheimlichen, um bis zum bitteren Ende den Normen und dem Tempo ihrer unbehinderten KollegInnen und Mitmenschen hinterherzuhecheln. Nein, Franz Christoph meint die wenigen behinderten Frauen und Männer, die offensiv zu ihren Schädigungen stehen, die aggressiv das Recht einfordern und dafür kämpfen, diese Schädigungen zu behalten und angemessen damit leben zu können. Er meint die wenigen behinderten Menschen, die sich laut in die neue Lebensunwertdiskussion eingemischt haben und die wohl dabei in jedem Diskussionsbeitrag darauf bestanden haben, daß Leiden und Schmerzen zum Leben dazugehören, daß die leidfreie Gesellschaft eine für Alle schreckliche, inhumane und tödliche Vision ist.

Es ist daher kein Zufall, daß Franz Christoph keine Belege für seine Behauptungen bringt. Er drischt, wie meist in den letzten Jahren, auf die Falschen oder auf ein Phantom ein.
Aber Franz Christoph legt noch zu. War sein Beitrag bisher vor allem dumm, so wird er jetzt

außerdem unerträglich dreist. "Auf die Zuneigung ihrer nichtbehinderten Schwestern aus der Frauenbewegung schielend, erklärten sich behinderte Frauen gleich zu doppelt Unterdrückten. Wenn in Ethiklehrbüchern mittlerweile auf Glücks- und Leideinheiten zurückgegriffen wird und bei einem Übertrag an unterstellen Leideinheiten die Lebensberechtigung verneint wird: wie können wir uns wehren, wenn wir - was Unterdrückung betrifft - in unseren eigenen Reihen eine ähnliche Rechenlogik akzeptieren?"

Ich hoffe, ich bin sicher, Franz Christoph wird dafür von den behinderten Frauen eine angemessene Antwort erhalten. An dieser Stelle die Antwort eines Mannes: Wenn Franz Christoph bestreitet, daß es eine - nicht im mathematisch-buchhalterischen, sondern im politisch-sozialen Sinne - doppelte Unterdrückung der behinderten Frauen gibt, dann soll er mal die Frage beantworten, welche besonderen Formen der Unterdrückung es nicht gibt. Gibt es keine besondere, historisch gewachsene, ständig modifizierte, aber niemals aufgehobene Unterdrückung, Benachteiligung und Diskriminierung der Frauen in ihrer Gesamtheit als Geschlecht, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und Lage? Oder gibt es keine besondere, historisch gewachsene, oft modifizierte, unterschiedlich ausgeprägte, aber niemals aufgehobene Unterdrückung, Benachteiligung und Diskriminierung behinderter Menschen in ihrer Gesamtheit - von der Kopfstreichelmentalität unserer unbehinderten Mitmenschen, über Aussonderung bis zur Vernichtung als "Endlösung der sozialen Frage"?

Wenn es beide besonderen Unterdrückungen gibt - und wer will das ernsthaft bestreiten - dann fallen sie bei den behinderten Frauen zusammen. Nicht mathematisch-rechnerisch, sondern als dialektischer Prozeß, der die besonderen Formen beider Unterdrückungen widersprüchlich verknüpft, mal beide gegenseitig verstärkt, mal einander aufhebt, der auf jeden Fall aber das Leben aller behinderten Frauen bis hinein ins Hinterstübchen des Bewußtsein maßgeblich bestimmt.

Zu Franz Christophs Vergleich mit der utilitaristischen Ethik nur soviel: Peter Singer und die anderen Bioethiker sind direkt oder indirekt Lohnschreiber der Bioindustrie. Ihr Auftrag ist es, für den Spätkapitalismus, der nicht nur alles zur Ware gemacht hat oder dabei ist zu machen - die Arbeitskraft des Menschen, seine Organe, seine Gesinnung, seine Gene, sein Bewußtsein, seine biologischen Funktionen, eben einfach alles - sondern der auch immer mehr dabei ist, die Natur zu zerstören und eine neue "Natur" zu schaffen - unzählbare neue chemische Produkte, Tierzüchtung, demnächst Menschenzüchtung - und der daher vor der Notwendigkeit steht, buchstäblich alles meß- und bewertbar zu machen und die Grenzen des moralisch Erlaubten, die noch von der alten Natur gesetzt wurden, aufzuheben, eine diesen Notwendigkeiten angepaßte Gebrauchsethik zu liefern. Das heißt u.a., daß das, was bei Singer und Co. so wenig philosophisch und um so mehr buchhalterisch (Gesamtsumme des Glücks...) daherkommt, genau so menschenfeindlich, die Kosten und den Nutzen berechnend gemeint ist, wie es da steht. Und um diese zweckgerichtete Rechnerei hochbezahlter kapitalistischer Ideologen mit dem historisch-politischen Begriff der "doppelten Unterdrückung" auch nur in gedankliche Verbindung zu bringen, bedarf es nicht nur Dummheit, sondern vor allem böswilliger Absicht.

Aber Franz Christoph genügt auch das nocht nicht. Er geifert herum wie ein katholischer Provinzreaktionär, macht aus Frauen, die für das R e c h t auf Abtreibung eintreten, kurzerhand "Abtreibungsbefürworterinnen", um dann loszuschäumen: "Um der Frauenbewegung zu beweisen, welch tüchtige Abtreibungsbefürworterinnen Swantje Köbsell und Theresia Degener sind, setzen sich die beiden behinderten Autorinnen des Buches "Hauptsache, es ist gesund?" leichtfertig dem Vorwurf einer links-feministischen Auschwitz-Lüge aus."

S. Köbsell und T. Degener haben ein sehr lesenswertes Buch geschrieben zur Problematik der vorgeburtlichen Diagnostik, mit einer sehr kritischen Bestandsaufnahme der Haltung der Frauenbewegung dazu. In diesem Buch steht der Satz: "Auschwitz hatte mit der Euthanasie behinderter Menschen nichts zu tun." Ein Satz, der für sich genommen falsch ist, und der im Zusammenhang des Buches ungeschickt formuliert, aber auch völlig überflüssig war. Franz Christoph nimmt das zum Anlaß, die Autorinnen des Buches deshalb der "Auschwitz-Lüge" zu bezichtigen.

Begriff "Auschwitz-Lüge" steht für die systematischen Bemühungen der Neonazis, die Verbrechen des deutschen Faschismus zu leugnen und zu vertuschen. Dieser Vergleich hinkt nicht, sondern er stinkt. Franz Christoph verdient dafür keine Argumentation, sondern Zurechtweisung.

Und man muß wohl schon die Mentalität eines sich immer auf der Suche nach dem Tabu-Bruch befindlichen Kulturredakteurs der "taz" haben, um so einen verbalen Erguß eines durchgeknallten Laberpimmels überhaupt abzudrucken.

Übergehen wir an dieser Stelle Franz Christophs vulgär-psychologische Erklärungsversuche für "unser Scheitern in der Euthanasie-Debatte" ("Obwohl allseits das Bild vom stolzen Emanzipationskrüppel zur Schau getragen wurde, vermißten wir zunehmend die gesellschaftliche (!, G.G.) Zuneigung." oder "Aus Angst vor Liebesentzug durch die Frauenbewegung..." oder "Die Angst der Behinderten, in diesem Klima ihre nichtbehinderten Stellvertreter zu verlieren, ist so groß, daß sie ihnen das Analysieren wieder überlassen.")

Mir drängt sich allerdings der Eindruck auf, daß Franz Christoph hierbei ein wenig zu sehr von sich aus auf andere schließt. Oder gibt es eine genauere Beschreibung des Verhältnisses von Franz Christoph zu - sagen wir mal - "taz" und "Spiegel" als seine eigene: "Durch scheinbar kluge Analysen versuchten wir uns Anerkennung zu erschleichen."

Aber lassen wir das und wenden wir uns dem Schlußteil von Franz Christophs Artikel zu. Denn hier ist er nicht nur dumm und dreist. Hier wird er gefährlich.

Aus Gründen peinlicher Besserwisserei und oberflächlicher Effekthascherei - etwa, um Oliver Tolmein des schlechten Recherchierens zu überführen oder um allen Ernstes zu behaupten, daß "... gerade (!, G.G.) Wolfgang Schäuble sich als entschiedener Gegner der Euthanasiedebatte zu erkennen gibt" (bei welchem Treffen, bei welcher Aktion des Anti-Eugenik-Forums war Schäuble?) bestreitet Franz Christoph, daß es eine zunehmende rechtsradikale Gewalt an behinderten Menschen gibt und daß die akademische Lebensunwertdiskussion und die Kosten-Nutzen-Rechnungen von Sozial- und Gesundheitspolitikern ein immer gewalttätigeres Echo auf der Straße und an den Stammtischen hervorrufen.

Franz Christoph bedient sich dabei seines beliebten Tricks: er baut ein Phantom auf, um es dann wortreich zu bekämpfen. Zunächst spricht er von "einer rechtsradikalen Gewaltlawine gegenüber Behinderten", die entgegen den Behauptungen der Medien und der Behindertenbewegung nicht stattgefunden hat und beklagt dann: "Weshalb kann nicht deutlich erklärt werden, daß die zu Recht befürchtete Gewaltlawine nicht stattgefunden hat?". Die Antwort liegt darin, daß niemand außer Franz Christoph selbst von einer "rechtsradikalen Gewaltlawine gegenüber den Behinderten" gesprochen hat. Viele Behindertenverbände, der Behindertenbeauftragte von Niedersachsen, aber auch viele Medien haben eine Abkühlung des sozialen Klimas, einen Anstieg der Rücksichtslosigkeit, eine Zunahme von Beschimpfungen und rechtsradikalen Anpöbeleien, aber auch eine Zunahme gewalttätiger Übergriffe auf behinderte Menschen registriert und mehr oder weniger sorgfältig und zurückhaltend darüber berichtet. Erfreulich viele haben dabei auch den Zusammenhang mit der Lebensunwertdiskussion, dem Abbau der Gesundheits- und Sozialversorgung, dem Pflegenotstand, der Wirtschaftskrise oder dem offen auftretenden Rassismus hergestellt. Aber niemand sprach von einer "rechtsradikalen Gewaltlawine". Niemand von all denen brauchte daher eine deutliche Erklärung abzugeben, daß es die behauptete Gewaltlawine leider nicht gebe. Was man nicht behauptet hat, braucht man nicht zu dementieren. Aber niemand außer offensichtlich jetzt Franz Christoph hat auch Veranlassung, seine Beobachtung und seine Besorgnis über diese bedrohliche Situation zurückzunehmen. Wir



haben schon mehrere behinderte Menschen als Todesopfer von rechtsradikaler Gewalt zu beklagen!
Franz Christophs Motivsuche für das ausgebliebene Dementi ("kämpferische Verliebtheit ins Drama" oder daß "die Mär von rechtsradikalen Übergriffen erträglicher zu sein scheint, als die Schmerzen, die uns Linke und Liberale bei ihrem Einsatz für die Euthanasiedebatte zugefügt haben") sind daher nichts als Hirngespinste und nicht ungefährliche Wortakrobatik.
Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen zum eigentlichen Anlaß von Franz Christophs Artikel, der Frage: Wie weiter in der "Euthanasie"-Debatte?
Da muß zunächst mit dem Mythos, die Behindertenbewegung hätte sich der "Euthanasie"-Debatte verweigert, aufgeräumt werden. Ein Mythos, den viele aus den Behindertengruppen, auch Franz Christoph, aufrechterhalten. Eine Reihe behinderter Menschen hat kritische Bücher und viele Artikel zur neuen Lebensunwertdiskussion geschrieben oder sie standen als Interview- und Gesprächspartner zur Verfügung. Es gab von ihnen organisierte Tagungen, Kongresse und andere Veranstaltungen. All das waren gewollte Beiträge zur "Euthanasie"-Debatte oder wirkten ungewollt als solche. Daneben gab es Störungen, Verhinderungen und Ähnliches von Veranstaltungen der Bioethiker und "Euthanasie"-Befürworter. Das waren und sind für eine kleine Rangruppe angemessene, häufig die einzig möglichen Mittel, um sich Gehör zu verschaffen. Sie wirken aber, und da sollten wir aufhören, uns selbst etwas vorzulügen, auch nicht anders als Debattenbeiträge. Sie haben die Debatte daher nicht verhindert, sondern weitergeführt.
Notwendig ist nun, daß wir darüber reden, wann, wo und vor allem wie wir weiter in dieser Debatte mitmachen wollen. Und das kann nicht prinzipiell und abstrakt, sondern nur konkret entschieden werden. Weiterhin notwendig und sinnvoll sind selbstverständlich Störungen und tatkräftige Behinderungen der Gegenseite.
Notwendig ist, daß jede/r, die/der zu Kongressen, Tagungen geht oder von den Medien eingeladen wird, sich fragt: Wem nützt diese Veranstaltung? Warum und wie findet sie statt? Welche Rolle soll, welche Rolle kann ich dabei spielen?
Nehmen wir z.B. den Kongreß von der Lebenshilfe und dem Bundesverband für Mehrfachbehinderte in Köln im vergangenen Jahr. Dieser Kongreß hatte so offensichtlich die Funktion, nach innen in diese beiden Verbände zu wirken, einen faulen Kompromiß zu formulieren, den alle Verbandsmitglieder tragen können, daß sich jede/jeder der eingeladenen KritikerInnen hätte fragen müssen: Warum soll ich dabei Unterstützung leisten? Wem nützt es denn, daß die in den Verbänden stattfindende heftige Diskussion mit einem Formelkompromiß namens "Kölner Manifest" zum Stillstand gebracht werden soll?
Grundsätzlich halte ich einen Boykott der kommerziellen Fernsehsender für richtig. Ähnlich wie die Bildzeitung wollen diese Sender nicht informieren, sondern unterhalten und der werbenden Wirtschaft ein geeignetes Umfeld schaffen. Sie vernebeln die Köpfe der ZuschauerInnen und machen diese zu schadenfrohen Gaffern. Ich kann mir nicht vorstellen, wie, umrahmt und unterbrochen von Werbespots, die mit ihrer Ästhetik und Botschaft nicht wenig zur Aussonderung von der Norm abweichender Menschen beitragen, unser Anliegen sinnvoll vorgetragen werden kann.

GERLEF GLEISS, HAMBURG

Forschung nach dem Erlaubtsein des Machbaren

Institut für Wissenschaft und Ethik - Die Denkfabrik für Rechtfertigungsargumente

Am 28. Januar 1994 wurde in Bonn das Institut für Wissenschaft und Ethik eröffnet. Träger sind die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, die Universität - Gesamthochschule - Essen, das Forschungszentrum Jülich und die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt. Das Institut wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dem Wissenschaftsministerium NRW sowie mit Mitteln aus Stiftungen der Großindustrie finanziert. Gegründet wurde es nach einer fünfjährigen Vorlaufphase der Forschungsarbeitsgemeinschaft Bioethik in Nordrhein Westfalen. In Vorstudie und Forschungsvorhaben des neuen Institutes widmen sich die beteiligten Wissenschaftler aus den Disziplinen Biologie, Genetik, Medizin, Transplantationsmedizin, Philosophie, Soziologie und Theologie der selbstgestellten Frage nach der "Natürlichkeit der Natur und Zumutbarkeit von Risiken" bezogen auf Organtransplantation, Humangenetik und Gentechnik im nicht-humanen Bereich, alles klassische Anwendungsgebiete für die sog. Bioethik.
Die Bioethik, die sich seit den siebziger Jahren epidemisch ausbreitet und in unzähligen Instituten, Programmen und Kommissionen Platz genommen hat, ist praktisch und "machbar". Sie hat - anders als die bisher vertraute Ethik - ihre Wurzeln in Biologie und Ökonomie; sie findet ihre "ethischen" Urteile nach Prinzipen der Nützlichkeit und Güterabwägung. Mit dieser Bioethik, die den Wortanteil "Ethik" nicht verdient, soll das Erlaubtsein des Machbaren begründet werden.



Als Ergebnis der Vorstudie zu dem neu eröffneten Institut wird festgehalten, daß "in Anwendung auf völlig neue Fragestellungen....das bislang intuitiv Plausible seine Tragfähigkeit verlieren (kann)"! (1) Das "intuitive" Schaudern beim Anblick von Crash-Tests mit Kinderleichen, das Unverständnis darüber, daß in Erlangen eine hirntote Schwangere am Sterben gehindert wird, das ungute Gefühl, das viele überkommt, wenn sie in einen gentechnisch manipulierten Apfel beißen sollen oder die Gänsehaut, die sich breitmacht, wenn nunmehr Pflanze, Tier und Mensch, wie sonst nur technische Erfindungen, patentiert werden können - all diese Empfindungen sind Sandkörner im Getriebe des technologischen Fortschritts. In diesem Institut sind viele Männer und eine einzige Frau angetreten, den "Intuitionen" interdisziplinär den Garaus zu machen und den biologistischen bzw. gentechnischen Denkstil in unsere Köpfe zu setzen.

Wieso war die Öffentlichkeit bisher ausgeschlossen?

Was sich seit 1989 unter der Bezeichnung Forschungsarbeitsgemeinschaft Bioethik hinter verschlossenen Türen zusammenbraute - und jetzt zur Institutsgründung führt - war nur den Beteiligten bekannt. Gründe für die Vorsicht gegenüber der (als kritisch gefürchteten) Öffentlichkeit reichen weit zurück: bis ins Jahr 1984 mindestens.

Schon damals empfahl der damalige Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) der deutschen Wissensschaft "...die Diskussion um Gentechnologie, Embryonenforschung etc. strikt intern zu führen. Es könnten sonst Grundsatzdiskussionen ausbrechen...." Die interne Linie solle dann lediglich als "Akzeptanzdiskussion" der Öffentlichkeit gegenüber vertreten werden. (2)

Wieso wurde dieses Institut gerade jetzt gegründet?

Nichts benötigen die Wissenschaftler und Politiker für die umstrittenen neuen Technologien so "dringend" zu ihrer Durchsetzung wie die vielzitierte und oft beschworene "Akzeptanz". Immer mehr Menschen äußern sich fragend, skeptisch oder ablehnend zu den neuen Technologien: aus weltanschaulichen, religiösen, naturverbundenen, humanistischen, ökologischen oder ganz einfach Gewissensgründen. Allein die Patentierung der sog. Harvard - Krebsmaus vom Mai 1992 rief 200 Organisationen mit 16 Einsprüchen gegen die Entscheidung des Europäischen Patentamtes auf den Plan. An den 17 Freisetzungsstandorten gründeten und gründen sich Bürgerinitiativen. Internationale Beachtung fand auch der Widerstand gegen die Etablierung des neuerlichen Euthanasiedenkens in den Philosophieseminaren bundesdeutscher Hochschulen. Längst nicht alle Christen sehen, wie die Amtskirche, die Organ"spende" als einen "Akt der Nächstenliebe" an. Die Betreiber der umstrittenen Technologien sind also im Zugzwang, ihre bereits machbaren und /oder praktizierten Techniken nun auch "ethisch" abzusichern, um den Störfaktor "kritische Öffentlichkeit" mundtot zu machen. Daß damit die verfaßten Bürgerrechte gefährdet, wenn nicht massiv verletzt werden, stört die "Problemlöser" nicht.

Wer sind die "Problemlöser"?

Angetreten zur Lösung der Probleme sind unter der Federführung der sog. Ethiker als Berater für den Bereich Transplantationsmedizin die Transplantationsemediziner, für den Bereich Humangenetik die Humangenetiker, für den Bereich nicht-humane Genetik die Mikrobiologen. Hiermit folgt das Forschungsvorhaben der bereits von Prof. Sass, Bochum, geforderten und mitgestalteten "Dienstleistungsfunktion der Philosophie als Ethik....und ihrer "Rolle...im Marktgeschehen ..." (3)

Die Problemlösungsansätze erfolgen nun beileibe nicht als deutscher Alleingang, wiewohl das Institut (Originalton aus dem NRW Wissenschaftsministerium) "weltweit führend" werden soll. Eine enge Zusammenarbeit mit Kennedy Institute und Hastings Center ist nicht nur im Rahmem dieses Projektes vorgesehen, sondern findet seit langem in einem internationalen bioethischen Netzwerk statt. So ist der am Projekt und Institut beteiligte Ethiker Hans-Martin Sass gleichzeitig auch Direktor des Europäischen Programms am Kennedy Institute of Ethics der Georgetown University. Dort veranstaltet er u. a. Bioethikkurse speziell für deutschsprachige Teilnehmer - zum Aufholen des vorgeblichen Nachholbedarfs der BRD in Sachen Ethik. Daran nahmen 1987 auch die den neuen Institut mitwirkenden Professoren Schwemmer , Birnbacher und Viefhus teil. (4) Prof. Honnefelder ist assoziiertes Mitglied des gleichen Institutes, während Schwemmer am Zentrum für Philosophy of Science der Universität Pittsburgh Research Fellow ist. (Die Universitätsklinik Pittsburgh ist bekanntlich DIE Hochburg der Organtransplantation, in der nach dem Pittsburgher Protokoll explantiert wird: es hat bereits das umstrittene Hirntodkriterium hinter sich gelassen und benutzt Patienten schon nach 2 minütigen Herzstillstand als "Spender", wobei die letzte Sterbephase bereits auf dem OP - Explantationstisch stattfindet. (5)

Um welche 'Probleme' geht es?

"Die Natürlichkeit der Natur und Zumutbarbeit von Risiken" mit den drei Unterthemen Organtransplantation, Humangenetik und Genetik im nicht-humanen Bereich" ist das Thema des Forschungsprojektes, an dem seit 1989 gearbeitet wurde. Was sich daraus nach einer Vorstudie an "drängenden Fragen" ergab, geht aus einem Papier des neuen Institutes hervor. Die Zitate zeigen, wohin die Reise geht.

Im Bereich der Organtransplantation wird nicht etwa nach der grundsätzlichen Berechtigung zur bereits üblichen Wegnahme von Körperstücken gefragt, sondern z.B. lediglich danach, ob "der Körper eine herrenlose Sache" (6) sei, und "welche moralischen Rechtfertigungen und Regeln für die Ex- und Transplantation geklärt werden müssen". Ignoriert werden die engagierten Debatten zum Hirntod - als Teil der Sterbens und NICHT als Tod des Menschen - ; die Projektforscher stellen statt dessen lapidar fest, "zur Feststellung des Todes wird heute der Hirntodnachweis weitgehend akzeptiert"(7). Fragen, die geeignet sind, dem Ausbau der Transplantationspraxis Vorschub zu leisten, werden ausführlich erörtert, zum Beispiel: "dem Körper eines Menschen kommt nur insoweit ein moralischer Wert zu, wie er dazu dient, das Leben des Gehirns zu unterhalten" (8) oder: zu erforschen sei "die moralische Beurteilung von Organbanken und die Möglichkeiten einer Kommerzialisierung der Transplantationsmedizin". (9)

Folgt man den bioethischen Fragestellungen des Forschungsprojektes zur Humangenetik, so tun sich Abgründe auf: die Identität eines Menschen wird nicht länger aus seiner Lebenswirklichkeit, Erfahrung und Einmaligkeit hergeleitet, sondern sie wird biologisiert und auf seine genetische Ausstattung reduziert. Von da ist es nicht weit bis zu der Frage, "Gehört zur personalen Identität die Naturwüchsigkeit der zufälligen Entstehung?"(10) "Ist von einer Unantastbarkeit der genetischen Mitgift zu sprechen, auch wenn diese Krankheit beinhaltet, und damit die Entfaltung der Persönlichkeit hindern wird?"(11) Spätestens hier werden die selektionistischen Momente und eugenischen Absichten offensichtlich. Und spätestens hier auch zeigen sich die attraktiven Potentiale zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Unter der bewußt falschen Setzung, daß die somatische Gentherapie generell erlaubt ist (sie ist es nicht), wird scheinlogisch und verharmlosend gefragt, worin denn dann "der Unterschied zum Eingriff in das Genom (bestehe)"? (12)

Was diese Andeutung in der Folge alles mit sich bringen kann, wird klar aus einer Veröffentlichung von Dieter Birnbacher in einem Buch von Hans Martin Sass (Sass, "Medizin und Ethik", 1989, p 222). Beide Autoren gehören dem Forschungsteam des neuen Institutes an.

"Das Fazit der bisherigen Diskussion lautet, daß gegen eine präventive (negativeugenische) gentechnische Intervention an der menschlichen Keimbahn keine zwingenden ethischen Einwände zu erheben sind, falls diese Technik hinreichend sicher gehandhabt werden kan. Diese Sicherheit ist aber - u.a. wegen des Fehlens geeigneter Tiermodelle in vielen Fällen - nicht umsonst zu haben. Damit wird die dritte Frage akut: Solange die Methode noch nicht sicher ist, müßte der Erfolg oder Mißerfolg mit Hilfe der vorgeburtlichen Diagnose geprüft werden, so daß der Fötus bei erheblichen Schädigungen abgetrieben werden könnte. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß alle durch gentechnische Experimente an der Keimbahn bedingten Schädigungen entweder therapiert oder vorgeburtlich diagnostiziert werden können. Es wären also eine Anzahl von zusätzlich, womöglich schwer geschädigten Kindern in Kauf zu nehmen. Der Medizinethiker John C. Fletcher (1983) hat in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, die entsprechenden Experimente zunächst mit den Embryonen von Eltern zu machen, die wissen, daß ihr Kind ohne den Versuch einer Keimbahntherapie ein kurzes und schweres Leben hätte, und die sich bereit erklären, das Risiko einer zusätzlichen, durch den Therapieversuch verursachten Schädigung des Kindes in Kauf zu nehmen". (13)

Dies korrelliert mit Birnbachers auf 6 Jahre konzipierten (1994 - 2000), aber nicht genehmigten Forschungsvorhaben "Medizinische Ethik", in dem er als einen der möglichen Themenbereiche "Leben als Mittel zum Zweck -Embryonenforschung, Nutzung fötalen Gewebes, Humanexperimente, Organtransplantationen" formuliert hat. (14)

Auch der Bereich nicht-humane Genetik zeigt, wie sehr die "neue Ethik" dem Nützlichkeitsdenken untergeordnet ist und der stillschweigenden Prämisse, daß die "tradierte Ethik" sich hier sperrig erweisen könnte. Die Fragestellungen können ihre ökonomische Marktorientierung nur schwer verbergen: z.B."Können wir uns angesichts der Welternährungslage einen rein `musealen` Naturschutz leisten?" (15) oder zum Thema Patentierung von Leben: "Schutzrecht für neue -lebende - Erfindungen zu erteilen, wird im Fall von Mikroben als weitgehend unproblematisch betrachtet. Der Fall der `Onko`-Maus hingegen macht Differenzen offensichtlich" (16); denn es geht im Kern um Märkte, was auch nicht verschwiegen wird: "Drohender Verlust von Leistungsfähigkeit und mangelnde Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sind durchaus wichtige, gesamtgesellschaftlich zu bedenkende Gesichtspunkte. Die ethische Beurteilung der Forschungs- und Entwicklungsförderung betrachtet aber diese Frage als Fall von Verantwortung für unser Tun und - vor allem - Unterlassen. Durch die Enthaltung von Forschungen und Entwicklungen können auch Zumutungen für andere entstehen, die im Zweifelsfall gerechtfertigt werden müssen".(17)

Mit ähnlicher Argumentation begründete auf dem Hirnforschungskongreß im Herbst 1993 Wolf Michael Catenhusen (SPD), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung, Wissenschaft und Technologie, warum man heute trotz aller Nachdenklichkeit "...der Versuchung widerstehen müsse, dieser Forschung irgendwelche Grenzen zu setzen." (18)

Was heißt das für Gegenwart und Zukunft?

Die hier vorgestellte Forschung dient - folgt man ihren eigenen Themenstellungen - vor allem dazu, "kompetente Aussagen" aus einer wissenschaftlich renommierten "Denkfabrik" zu liefern. Sie sollen als rechtfertigende Argumente absichern, was bereits

(aparterweise von den gleichen, die diese Forschung betreiben) praktiziert wird. Es wird, mit staatlicher Förderung und den Steuergeldern der BürgerInnen, der Bock zum Gärtner gemacht.

Ohne eine auch nur entfernte Ahnung der von all diesen Vorhaben existentiell betroffenen Bürger und Wähler wird hier der rechtfertigende Überbau geschaffen für den bereits gestarteten Versuch, alles Lebendige - auch und nicht zuletzt den Menschen - verfügbar zu machen.

Die Umdeutung des Menschen in eine DISPONIBLE SACHE - Sass kreiert dazu das "Ethos der Manipulation" (19) - ist dabei ebenso gängiges Gedankengut und Ziel, wie die Frage nach seiner Würde: auch dieser Begriff unterliegt der Verfügbarkeit. Auch ein neuer Personenbegriff mußte her, der, durch die bioethische Brille gesehen, nur Selbstbewußtsein, Autonomie, Zukunftsgerichtetheit etc. als hinreichend gelten läßt, und deshalb auch den Negativ-Begriff der "Nicht-Person" bereits etabliert hat - etwa bei Verlust des Bewußtseins, bei Altersdemenz oder zu Beginn des Lebens. Wo bleibt dann der gesellschaftliche Schutz bis hin zum Lebensrecht?



Die verhängnisvolle Aktionskette, die bereits Pflanzen und Tiere fast perfekt erfaßt hat: manipulieren, patentieren, industrialisieren, wird unter fadenscheiniger Fragestellung untersucht, mit dem klar erkennbaren Ziel der Festschreibung durch "ethische" Absicherung. Organtransplantation, Humangenetik und Genetik im nicht-humanen Bereich sind nicht so sehr interessant etwa wegen des "ewig forschenden Menschengeistes" oder "des Wohles der Menschheit", vielmehr geht es um klar anvisierte Märkte, auch um den den sog. nachwachsenden Rohstoff, den Human Body Shop:

- die Transplantationsmedizin
- der Organhandel einschl. des neu entstehenden Handels mit der Leibesfrucht
- pränatale Diagnostik und humangenetische Beratung, die heute schon Routineangebote sind
- genetische Tests und Reihenuntersuchung, (Orrie Friedman, Gründer und Chairman eines US-amerikanischen biotechnischen Unternehmens sagt dazu):

"Wenn Sie in der Gesamtbevölkerung Reihenuntersuchungen durchführen, wenn Sie Risiko-Untersuchungen machen können, dann wird das ein massenhafter, ein Multi-Millionen-Dollar -Markt. Wenn Sie den Leuten mit absoluter Sicherheit sagen können, ob sie die Veranlagung für irgendeinen Krebs haben, dann haben Sie einen Markt von 250 Mio Amerikanern. ...Dann wird es bald genetische Ausweise von jedem Menschen auf Erden geben: das wird anfangen mit einzelnen Gruppen, mit den Gefängnis-Insassen, mit den Soldaten...bei uns fragen die jetzt schon an, wie es ist mit den DNA-Fingerabdrücken von Neugeborenen, 3,5 Mio Neugeborene in den USA - das wäre ein Markt....von.... einer halben Milliarde." (20)

- die gesamte Agrarchemie, die mit patentierten, gentechnisch veränderten Pflanzen (häufig resistent gemacht gegen die hauseigenen Pestizide) in Personalunion mit Saatgutherstellern den Weltmarkt beherrscht
- die transgenen Tiere als Nutztiere mit "erhöhten" Leistungen oder Resistenzen; als transgene Labortiere und als sog. Bioreaktoren (das Tier als Pharma-Fabrik).

Gleichzeitig sollen die neuen Technologien mithelfen, die Bankrott-Erklärung von Umwelt- und Gesundheitspolitik zu verschleiern.

In der Projektbeschreibung "Prädiktive Medizin" (EG I988) heißt es:

"Da es höchst unwahrscheinlich ist, daß wir in der Lage sein werden, die umweltbedingten Risikofaktoren vollständig auszuschalten, ist es
wichtig, daß wir soviel wie möglich über Faktoren der genetischen Prädisposition lernen und somit stark gefährdete Personen identifizieren können... Zusammengefaßt zielt die prädiktive Medizin darauf ab, Personen vor Krankheiten zu schützen, für die sie von der genetischen Struktur her äusserst anfällig sind und ggf. die Weitergabe der genetischen Disponiertheit an die folgende Generation zu verhindern."

Die hier beschriebene wissenschaftliche und industrielle Durchdringung alles Lebendigen, die Umdeutung des Lebens und Sterbens geht alle an. Deshalb sind Frauen (im Forschungsteam Bioethik im Verhältnis 1:24 "berücksichtigt") und Männer aufgerufen, zur Verteidigung der Würde des Menschen in seinem So-Sein aktiv zu werden. Der Frage der Projektforscher nach der "Natürlich der Natur und der Zumutbarkeit von Risiken" schließt sich auf BürgerInnenseite spätestens jetzt die Frage an nach der "Menschlichkeit des Menschen und der Zumutbarkeit von Wissenschaft und Politik ", insbesondere, wenn beide hier im Namen des Fortschritts einen neuerlichen "Entzivilisierungsschub" (N. Elias) vorbereiten.
Prof. H.G. Gassen, TH Darmstadt, beschreibt in seinem Lehrbuch "Gentechnik" (S. 31) die Perspektiven der Technologien so:

"Wie mit einem Baukasten können wir durch Einfügen großer und kleiner DNA - Elemente Lebewesen verändern. Der entscheidende Vorteil der Gentechnik ist dabei der Zeitgewinn. Gentechnische Methoden sind 'unheimlich' schnell. Ähnlich wie die Kernspaltung auch zur Atombombe und zu Kernkraftwerken geführt hat, wird auch die neue Biologie, und besonders die Gentechnik, die Konstruktion von Lebewesen nach von uns geforderten Bedingungen beschleunigen!"

Wir halten es dagegen lieber mit Erwin Chargaff und seinem kritischen Appell "...laßt euch nicht blöd machen".

E. FEYERABEND, ESSEN
U. FUCHS, KÖLN
W. KOBUSCH, GELSENKIRCHEN

Literatur

1) Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe zum Forschungsprojekt "Die Natürlichkeit der Natur und die Zumutbarkeit von Risiken", Institut für Wissenschaft und Ethik, Bonn, S. 2

2) Lange P (Red.) Ethische und rechtliche Probleme der Anwendung zellbiologischer und gentechnischer Methoden am Menschen: Dokumentation eines Fachgesprächs im Bundesministerium für Forschung und Technoloie, München I984

3) Hans-Martin Sass, "Ansprüche der Gesellschaft an die Philosophie", in: ZS für Didaktik der Philsophie, 2/I980, S. 40

4) cf. ZS Information Philosophie, Ausgabe Mai I988 (vergl. auch Ausgabe Dez. I989)

5) University of Pittsburgh Medical Center Policy and Procedure Manual "Management of Terminally Ill Patients Who May Become Organ Donors After Death", in: Kennedy Institute of Ethics Journal, vol. 3, Nr. 2/I992, pp. A-1 - A-15

6) Antrag... S. 4

7) Antrag... S. 5

8) Antrag... S. 5

9) Antrag... S. 7

10) Antrag... S 12

11) Antrag... S. 12

12) Antrag ... S. 13

13) D. Birnbacher, "Genomanalyse und Gentherapie" in HM Sass (Hg) `Medizin und Ethik", Stuttgart I989, S. 222

14) ders., Entwurf eines Antrags an die DFG auf Einrichtung eines Schwerpunktförderprogramms "Bioethik" für die Laufzeit von 6 Jahren (I994 - 2000), S. 11

15) Antrag... S. 17

16) Antrag... S. 19

17) Antrag... S. 22

18) Deutsches Allg. Sonntagsblatt 17.12.I993

19) cf. HM Sass "The Quest for Humanism in a Scientific Society" ZS f. allgem. Wissenschaftstheorie XI/1 (I980), S. 52

20) Elisabeth Beck-Gernsheim, "Normative Ziele, vielschichtige Interessen und konkurrierende Klienteninteressen. Ein Beitrag zur Technikforschung am Beispiel von Fortpflanzungs- und Gentechnologie", ZS Ethik u. Sozialwissenschaft, 3/I992

"Der Name Singer ist mir ein Begriff"

Welche Fragen einem Pfarrer zu Behindertenfeindlichkeit einfallen

Unter der Überschrift "Feindlichkeit gegen behinderte Menschen" erarbeitete Pfarrer Helmut Goßler von der Bildungs- und Begegnungsstätte Langau in Steingaden/Oberbayern einen Fragebogen, den er im Kreis der Offenen Behindertenarbeit der evangelischen Kirche in Bayern verbreitete. Da die Art des Fragebogens mich und alle, denen ich ihn gezeigt habe, entsetzt hat und m. E. gefährlich ist, möchte ich diesen innerhalb der Behindertenscene öffentlich machen.

Feindlichkeit gegen behinderte Menschen?
Eine Umfrage unter Menschen mit Behinderungen, deren Angehörige und deren Freunden.

Ziel dieser Umfrage ist es, zu ermitteln, in welchem Ausmaß Menschen mit einer Behinderung von rechtsradikalen Drohungen und Übergriffen betroffen sind. Darüberhinaus werden Fragen zur "neuen" Behindertenfeindlichkeit gestellt. Die Auswertung wird keinen Schluß auf Einzelpersonen zulassen. Die Ergebnisse der Umfrage werden den einzelnen OBA's der evang. Kirche in Bayern zugänglich gemacht und können dort abgefragt werden.
Bitte helfen Sie mit und füllen diesen Fragebogen aus.
Für Rückfragen steht zur Verfügung: Pfarrer Helmut Goßler, Bildungs- und Erholungsstätte Langau, 8924 Steingaden. Tel.: 08862/6031.

1. Alter: ________ Jahre

2. Geschlecht: ○ weiblich ○ männlich

3. Wohnort:
○ ländliche Gegend / weniger als 2000 Einwohner
○ bis 20.000 Einwohner
○ bis 50.000 Einwohner
○ bis 100.000 Einwohner
○ mehr als 100.000 Einwohner
○ Vorort einer Großstadt

Ausriß aus dem versandten Fragebogen

Wie fast jeder Fragebogen beginnt auch dieser mit Fragen zur Person, die sehr umfangreich ausfallen. So wird neben Alter, Geschlecht, Größe des Wohnorts, Schulabschluß und Berufstätigkeit nach Wohnsituation und Behinderungsart gefragt. Desweiteren wird gefragt, von wem "notwendige Hilfen zur Lebensgestaltung" geleistet werden und wie der Befragte zu dem Fragebogen gekommen ist; Fragen, die an sich nicht zu kritisieren sind, deren Zusammenhang zur Thematik des Fragebogens aber für mich nicht ersichtlich ist. Der thematische Teil gliedert sich in einen Abschnitt, in dem das Verhalten gegenüber behinderten Menschen abgefragt wird, und einen Fragenkomplex zur genetischen Diagnostik und eugenischen Abtreibung.

Im ersten Teil werden folgende Aussagen vorgegeben:
- In der Gaststätte waren freie Plätze, doch ich/wir haben keinen erhalten.
- Ich habe Geldgeschenke aus Mitleid erhalten.
- Ich wurde angepöbelt.
- Ich wurde durch Nazi-Parolen belästigt.
- Mir wurden Hilfeleistungen verweigert.
- Mir wurde Gewalt angedroht.
- Ich habe direkte Gewaltanwendung erfahren

Es wird gefragt, ob der/die Befragte dies schon mal direkt oder indirekt erlebt hat. Wenn ja, werden als Antwortkategorien vorgegeben: 1993, 1992, 1991, 1990, vorher.
Diese Art der Antwortvorgabe suggeriert nach meinem Empfinden fälschlicherweise, daß die Behindertenfeindlichkeit angewachsen ist. Welchen Grund sollte es sonst haben, dem/der Befragten nicht die Angabe einer Jahreszahl oder eines Datums selbst zu überlassen. (In wieweit ist es überhaupt von Bedeutung, wann so eine Diskriminierung stattfand?)
Schon ziemlich voyeuristisch finde ich die Aufforderung, die Worte wiederzugeben, mit denen angepöbelt bzw. Gewalt angedroht wurde und "genau" zu beschreiben, in welcher Situation direkte Gewalt angewendet wurde.

Kann mensch sich über die von mir bisher geäußerte Kritik noch streiten, wird im Fragenkomplex zur 'Euthanasie'-Diskussion deutlich, wes Geistes Kind die Umfrage ist.
Frage 21 lautet lapidar: "Der Name Singer ist mir ein Begriff." (ja/nein); "Falls 'ja', wofür steht der Name Ihrer Meinung nach?". Diese pauschale Fragestellung entsetzt mich sehr; noch dazu, weil als Platz für eine Antwort eine (!) Zeile vorgegeben ist. Was sollte mensch so kurz schreiben? Es folgt eine Pseudo-Wissensfrage, wieviel Prozent der Behinderungen auf genetische Defekte zurückzuführen und somit vor der Geburt feststellbar sind; 2, 7, 15 oder 23% sind die vier Antwortmöglichkeiten. Abgesehen von der Irrelevanz einer genauen Zahl, werden diejenigen der LeserInnen dieses Artikels, welche die 'richtige' Lösung wissen (gibt es sie? - über die genaue Definition von 'genetischen Defekten' streiten sich bekanntlich sogar die Wissenschaftler), mir zustimmen, daß auf diese Art versucht wird zu verharmlosen! (Was regt mensch sich so auf, der Prozentsatz ist ja so gering ...)
Weiter geht's mit einer Frage, was angesichts der "neuen Diskussion um den Wert des Lebens" empfunden wird. Laut Antwortvorgabe ist sie allenfalls eine "Herausforderung, eine Gegenposition zu beziehen" oder darf einen "bedrücken"; eine Unverschämtheit, um so mehr, da nicht einmal Platz dafür vorgesehen ist, eine eigene Antwort zu formulieren!
Als nächstes wird gefragt, wie die soziale Lage behinderter Menschen in Deutschland in absehbarer Zukunft eingeschätzt wird. Allein schon in diesem Kontext ist die Frage verräterisch und wirkt auf mich fatalistisch, als ob die derzeitige Entwicklung so hingenommen werden müsse. Die fünf vorgegebenen Antwortmöglichkeiten (von "wesentlich besser" bis "wesentlich schlechter") sind, allein schon mangels eines einheitlichen Vergleichsmaßstabes, praktisch inhaltsleer.
Wie es aus übelster Stimmungsmache für Singer und damit für eine utilitaristische Ethik bekannt ist, lautet die nächste Frage: "Sollte man schwerst mehrfachbehinderte Neugeborene, die ohne medizinische Hilfe nicht überleben können und ein Leben lang auf medizinische Betreuung angewiesen sind ...
a) sterben lassen (der Natur Ihren freien Lauf lassen)
b) ihnen das Sterben erleichtern (durch starke Schmerzmittel)
c) alles medizinisch Mögliche tun, um sie am Leben zu erhalten"
Genau wie bei Singer werden nicht näher definierte Begriffe in den Raum gestellt ("schwerst mehrfachbehindert", "medizinische Hilfe / Betreuung"), welche der Phantasie freien Raum lassen. Ketzerisch könnte gefragt werden, wer denn ein Leben lang ohne "medizinische Betreuung" auskommt.
Eine weitere Frage fragt die Meinung zu der eugenischen Indikation ab. Die undifferenzierten Antwortmöglichkeiten lauten:
"a) möglichst alle Schwangeren sollen

untersucht werden, um Geburten behinderter Kinder verhindern zu können;
b) eine schwangere Frau sollte sich über mögliche Behinderungen ihres Kindes rechtzeitig informieren können, und dann die Entscheidung treffen, ob sie die Kraft hat, ein behindertes Kind zu erziehen;
c) ich lehne die eugenisch begründete Abtreibung ab, weil ich grundsätzlich für das Lebensrecht aller Ungeborenen bin".
Hier ist auf einmal eine Möglichkeit vorgesehen, eine "andere Meinung" niederzuschreiben.
Diese Antwortvorgaben zeigen, daß hier bereits bestimmte Vorentscheidungen getroffen wurden. Insbesondere in Antwortmöglichkeit c) wird eine kausale Verknüpfung herstellt, welche in der vom Fragebogen suggerierten Zwangsläufigkeit nicht besteht: Die Möglichkeit, "daß schwangere Frauen die Pränataldiagnostik ablehnen, nicht weil sie grundsätzlich Abtreibungsgegnerinnen sind, sondern weil sie um die Unsicherheit und Problematik der Pränataldiagnostik wissen, und ihren Kinderwunsch nicht auf ein 'konditionales Kinderkriegen' reduziert wissen wollen", so Anne Waldschmidt in einem die Umfrage betreffenden (mir als Kopie vorliegenden) Brief an Goßler, gibt es laut Fragebogen nicht! Zwar wird Raum für eine selbstformulierte Antwort gelassen, jedoch wird dieser erfahrungsgemäß nur bei großem Engagement oder bereits vorgefaßter Meinung genutzt, da es allemal einfacher und bequemer ist, ein Kreuz zu machen.
Die letzte Frage beschäftigt sich mit der Einschätzung weiterer Fortschritte der gentechnologischen Forschung. Hier lauten die Möglichkeiten zur Beantwortung:
a) manche Krankheiten/Behinderungen werden heilbar sein;
b) Familien mit Erbkrankheiten werden zuverlässiger beraten werden;
c) Eltern werden dafür verantwortlich gemacht werden, wenn sie ein behindertes Kind haben;
d) weitere soziale Diskriminierungen werden zu befürchten sein.
"Auch hier zeigen die Antwortvorgaben, daß von den Befragten eine Abwägung zwischen den Chancen und Risiken der Gentechnologie erwartet wird. Eine kritische Position aus grundsätzlicher Erwägung ist nicht mehr denkbar", kritisiert Anne Waldschmidt im oben erwähnten Brief.

Wie aus der Darstellung des Fragebogens hervorgeht, "kann an keiner Stelle grundsätzliche Kritik an der Lebenswertdiskussion bzw. an der derzeitigen Praxis der Humangenetik geäußert werden", resumiert Anne Waldschmidt. An anderer Stelle ihres Briefes vertritt sie die Ansicht, daß der Fragebogen das Ende einer Debatte über ethische Probleme suggeriere, die noch überhaupt nicht geführt wurde. Dem kann ich mich nur anschließen.

Es ist müßig zu erwähnen, daß die Ergebnisse einer solch manipulativen Umfrage zu vernachlässigen sind.

MARTIN SEIDLER, MANNHEIM

BILDER GESUCHT !!!
Gesucht werden von uns FOTOS aus dem Spektrum 'Behindertenpolitik' für 'die randschau' - Aktionen, Füller, etc. Wir nehmen einfach Alles!
DIE RANDSCHAU, MOMBACHSTR. 17, 34127 KASSEL, TEL. 0561 / 8 45 78

Auf die Dauer hilft nur Power

Forderungen behinderter Frauen an Gleichstellungsgesetze

Frauen kämpfen um ihre Gleichstellung - wir behinderten Frauen darüber hinaus um unsere Wahrnehmung durch die Gesellschaft als Frau überhaupt. Als Frauen mit Beeinträchtigungen werden wir als Behinderte behandelt, weiblich sind wir ganz nebenbei. Wir sind bisher kein Thema - weder in der öffentlichen Diskussion, noch in feministischer Literatur, weder in (Behinderten-)Politik noch Statistik - es sei denn, wir machen uns selbst dazu. 30 auffallend weibliche Wesen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen trafen sich deshalb vom 5. - 7. November 1993 in Köln, um auf einer Fachtagung über ihre besondere Lebenssituation zu sprechen und daraus politische Ansprüche abzuleiten.



Das bifos (Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter, die Red.) hatte zum Thema "Die Forderungen behinderter Frauen an Gleichstellungsgesetze für behinderte Menschen" eingeladen. Denn darüber herrscht ja inzwischen weitestgehend Einigkeit: Behinderte Frauen sind doppelt (im Sinne von mehrfach) diskriminiert - aufgrund ihres Geschlechts und zusätzlich wegen ihrer Beeinträchtigungen. Aber wann immer es bisher konkret wurde, haben sich die meisten von uns dezent zurückgehalten. Scheint es doch auf den ersten Blick zu schwierig, Themen wie Humangenetik, vorgeburtliche Diagnostik, Bevölkerungspolitik (218), Sterilisation, Sexuelle Gewalt, Assistenz in einem Gesetzeswerk zu unseren Gunsten regeln zu wollen.
Die Formulierung von Paragraphen für ein zukünftiges Gleichstellungsgesetz war denn auch nicht das Anliegen dieser dreitägigen Veranstaltung - das Forum Behinderter JuristInnen muß ja auch noch was zu tun haben - sondern eine bundesweite erste Verständigung über unsere grundsätzlichen Forderungen.

"Wir sitzen zwischen allen Stühlen" war eine der Thesen aus Ursula Auriens Einführungsreferat zu gesellschaftlichen Ursachen der Diskriminierung von Frauen. Frauen werden trotz postulierter Gleichberechtigung nach wie vor zuständig gemacht für alle familiären Belange und haftbar für das Wohl und Wehe von Mann und Kind. Von dieser moralischen und faktischen Rollenverteilung, sprich: der Freiheit zur Doppelbelastung, sind behinderte Frauen gleichermaßen betroffen wie nichtbehinderte Frauen, von ungleichen Chancen in Bildung und Beruf ein Vielfaches mehr.
Dennoch findet die Frauenbewegung ohne uns statt. Wir sind ungleiche Schwestern in verschiedenen Welten. Allem Anschein nach reicht der gemeinsame Nenner, die patriarchalische Unterdrückung, zur Solidarisierung nicht aus.

Das machte auch Theresia Degener deutlich, die in ihrem Vortrag Gesetzesinitiativen der Frauenbewegung vorstellte, in denen behinderte Frauen nicht vorkommen .
Bisherige Entwürfe, z.B. der Humanistischen Union von 1978 und das EG-Angleichungsgesetz von 1980, knüpfen nur an formale Gleichberechtigung an, ohne Sicherung einer inhaltlich-materiellen Gleichstellung. Dagegen beinhaltete 1988 der Entwurf der GRÜNEN weitreichende Forderungen mit Diskriminierungsverbot (Art. 1), Quotierungsgesetz (Art.

2) und Frauenbeauftragtengesetz (Art. 3), der aber keine politische Mehrheit fand. Statt dessen kam im gleichen Jahr von der SPD ein Vorschlag für ein Gleichstellungsgesetz, das jedoch nur einen allgemeinen Einstellungsanspruch für Frauen definierte und eine Quote nur im öffentlichen Dienst vorsah.
In einigen Bundesländern, beispielsweise Nordrhein-Westfalen und Berlin, gelten inzwischen Gleichstellungsgesetze, die jedoch - ebenso wie alle bisherigen bundesweiten Gesetzesinitiativen - mehr oder weniger auf den beruflichen Bereich beschränkt sind.
Auf Verfassungsebene sind die Forderungen der Frauenbewegung: das Recht auf Abtreibung als Recht auf Gewissensentscheidung, der Schutz vor Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung, eine kindgerechte Ausgestaltung der Erwerbstätigkeit.

Im dritten Einführungsreferat sprach Andrea Schatz über die Entstehungsgeschichte von Gleichstellungsinitiativen behinderter Menschen in Deutschland, deren Forderungen (Verfassungsänderung, Bundes- und Landesgleichstellungsgesetze, umfassende Gleichstellungsregelungen im neu zu schaffenden Sozialgesetzbuch IX) und den aktuellen Stand der Diskussion (siehe das auf der REHA 93 in Düsseldorf verabschiedete "Eckpunktepapier").

Innerhalb von vier Arbeitsgruppen wurden anschließend unsere Forderungen an Gleichstellungsgesetze für behinderte Menschen erarbeitet.

Ausbildung und Arbeit

- Kontinuierlich müssen geschlechtsspezifische, empirische Untersuchungen und statistische Erhebungen zur Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation erstellt werden.
- Die Berufsberatung hat durch informierte (behinderte) Frauen zu erfolgen. Günstig wären Kooperationsverträge zwischen Arbeitsämtern und Zentren für Selbstbestimmtes Leben oder anderen, von Behinderten selbst betriebenen Beratungsstellen.
- Teilnahmehemmnisse in allen Bereichen der beruflichen Rehabilitation müssen durch wohnortnahe, dezentrale Angebote, Teilzeitmaßnahmen, Sicherung der Kinderbetreuung, Finanzierung einer Haushaltshilfe und Zahlung eines Mindestübergangsgeldes, unabhängig von vorheriger Erwerbstätigkeit, beseitigt werden.
- Umschulungen sind gemeindenah in bestehende Betriebe oder Institutionen zu integrieren, ggf. mit personeller und fachlicher Unterstützung aus Reha-Einrichtungen.
- Finanzielle und materielle Studienerleichterungen sind zu gewähren.
- Der Unfallversicherungsschutz muß auch für Hausfrauen gelten.
Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind durch Sozialabgaben abzusichern und als förderungswürdig (nach SchwbAV, Ausgleichsabgabeverordnung) anzuerkennen.
- Der Grundsatz einer speziellen Frauenförderung ist zu verankern. - Die Hälfte der Gelder aus der Ausgleichsabgabe sind für Frauen (Arbeitsassistenz, Qualifizierungsgänge, Umstiegshilfen, besondere Projekte) zu verwenden. Die Pflichtquote von sechs Prozent ist paritätisch durch die Einstellung von Frauen zu erfüllen.
- Die Schwerbehindertenvertretung ist paritätisch zu besetzen.
- Finanzielle Hilfen für Wohnungsanpassungen, Ausstattung häuslicher Arbeitsplätze, Erholung, Kuren, Hilfsmittel, ein Kfz, sind unabhängig von Erwerbstätigkeit zu gewähren. Das gilt in besonderem Maße für behinderte Mütter.

Bevölkerungspolitik und Humangenetik

- Wir fordern die ersatzlose Streichung des 218 - nicht nur, aber auch wegen der eugenischen Indikation.
- Ein Gutachten ist zu erstellen, das die Wirksamkeit des neuen Betreuungsgesetzes in puncto Sterilisationspraxis geschlechtsspezifisch untersucht.
- Behinderte Mütter sind sowohl finanziell als auch personell zu unterstützen.
- Die kommerzielle Pränataldiagnostik und Humangenetik muß verboten und die Finanzierung der humangenetischen Forschung gestoppt werden.
- Es ist gesetzlich zu verankern, daß es kein Recht auf ein nichtbehindertes Kind gibt.
- Ein Gutachten über die Auswirkungen vorgeburtlicher Selektion auf die Würde der Menschen und deren Grundrechte ist in Auftrag zu geben.
- Das Versicherungs- und Schadensrecht, das Behinderung als "Schadensfall" definiert, ist zu ändern.
- Die aktive Sterbehilfe darf nicht legalisiert werden.

Sexuelle Gewalt

- Aus amerikanischen und britischen Untersuchungen geht hervor, daß jedes dritte Mädchen und jeder siebente Junge vor dem 18. Lebensjahr Opfer sexueller Gewalt werden. Bei Geistigbehinderten und Gehörlosen (typischerweise wird nicht nach Geschlecht differenziert) liegen die Zahlen viermal höher. Es besteht kein Grund zur Annahme, daß die Situation in Deutschland weniger alarmierend ist. Aber die Wahrnehmung und Benennung dieser Gewalt ist ein Tabu. Es gibt im deutschsprachigen Raum keine Statistik zu diesem Thema. Wir fordern deshalb eine Untersuchung, die allen wissenschaftlichen Kriterien standhält.
- Gewalt entsteht unter Ausnutzung ungleicher Machtverhältnisse. In Heimen und Institutionen sind Abhängigkeiten und Isolation durch folgende Maßnahmen zu reduzieren: In jeder größeren Sondereinrichtung muß eine Ombudsfrau als Ansprechpartnerin für die Bewohnerinnen eingesetzt werden. Ärzte, medizinisches und pflegendes Personal sind in speziellen Kursen zu schulen, denn sie haben fast immer ein defizitäres Bild von Beeinträchtigungen und vermitteln den Frauen nicht selten ein negatives Körpergefühl. Innerhalb der Einrichtungen ist eine umfassende Sexualaufklärung zu ermöglichen.
- Entsprechend den Bedürfnissen von Frauen mit den unterschiedlichsten, besonders auch von geistigen, Beeinträchtigungen muß auch außerhalb von Institutionen eine flächendeckende Aufklärung erfolgen. Diese hat die verschiedenen sexuellen Orientierungen zu berücksichtigen.
Eine öffentliche finanzielle Förderung muß sicherstellen, daß behinderte Frauen spezielle Aufklärungsmaterialien selbst erstellen können.
- Selbstbehauptungskurse sind anzubieten, die den Frauen ein positives Körpergefühl vermitteln, sie befähigen, "Nein" zu sagen und gute von schlechten Gefühlen unterscheiden zu lernen.
Frauenhäuser, Zufluchtswohnungen, Beratungs- und Notrufzentren müssen für alle Frauen zugänglich sein. Das bedeutet nicht nur die Beseitigung baulicher Barrieren, sondern für gehörlose Frauen die Ausstattung mit Schreibtelefon und den Einsatz von Gebärdendolmetschern bei persönlichen Beratungen. Für blinde Frauen müssen Materialien entsprechend aufbereitet sein.
Das Beratungspersonal muß sich zum Thema sexuelle Gewalt an behinderten Mädchen und Frauen qualifizieren. Stellenausschreibungen sind entsprechend zu formulieren. Behinderte Frauen sind bevorzugt einzustellen.
Eine finanzielle staatliche Unterstützung dieser Zentren muß an deren adäquate Ausstattung und an die nachgewiesene Fortbildung des Personals zum Thema sexuelle Gewalt an behinderten Frauen gebunden sein.
Bedeutsam für betroffene Frauen ist die Zusammenarbeit und Vernetzung von Notrufzentren und Beratungsstellen für Behinderte.
RichterInnen, StaatsanwältInnen, KripobeamtInnen, GerichtsgutachterInnen, ÄrztInnen und medizinisches Personal sind besonders zu schulen. In Jura-, Psychologie-, Polizei- und Medizinausbildungen ist das Thema der sexuellen Gewalt an behinderten Mädchen und Frauen aufzunehmen.
- Jede Frau kann sich wehren. Wichtig sind deshalb besondere Selbstverteidungskurse für behinderte Frauen. Reguläre Kurse sind für alle Frauen zugänglich zu machen.

Selbstbestimmtes Leben und Assistenz

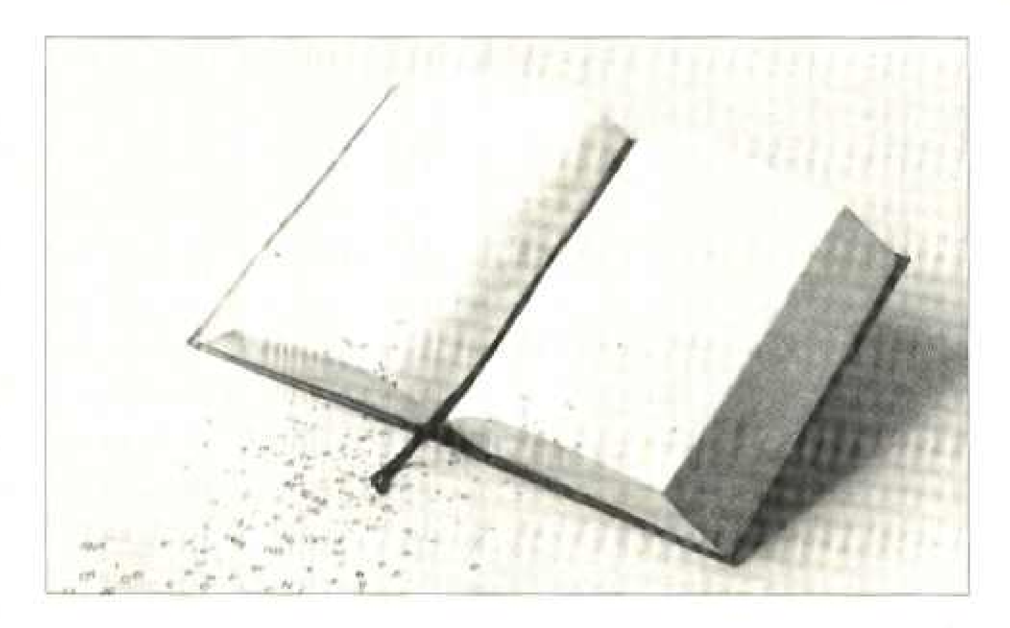
Das Recht auf selbstgewählte, weibliche Assistenz ist festzuschreiben, u.a. um sexueller Gewalt vorzubeugen. Assistenz muß alle Bereiche, wie Kinderversorgung, Haushalt, Kommunikation, Mobilität, Bildung und Beruf, beeinhalten.
Eine Kfz-Finanzierung muß auch nicht berufstätigen Frauen und Müttern gewährt werden. Das ist besonders unter dem Aspekt der Gewaltvermeidung und -ausweichung von großer Bedeutung.
Beratungsangebote von Frauen für Frauen sind finanziell zu fördern.

Das sind die Ergebnisse nach drei Tagen intensiver Diskussionen und anregender Gespräche. Sie verdeutlichen unseren derzeitigen Erkenntnisstand und sind nicht unserer Weisheit letzter Schluß! Zu komplex ist das Thema und zu viele - vor allem ostdeutsche! - Frauen sind noch nicht daran beteiligt. Bitte verbreitet und diskutiert diese Forderungen.

Verbesserungen jeglicher Art nehmen der Initiativkreis Gleichstellung Behinderter, c/o A. Schatz, Franz-Jakob-Str. 14, 10369 Berlin oder das BSK-Büro, Liebstöckelweg 14, 13503 Berlin und das Hessische Koordinierungsbüro für behinderte Frauen, Werner-Hilpert-Str. 2, 34117 Kassel, entgegen.
Über letztere Adresse könnt Ihr auch beim bifos die Dokumentation der Kölner Tagung bestellen.
Vom 8. - 10. April 1994 wird bifos ein Fortsetzungsseminar organisieren, das neben geistiger Arbeit auch Raum bietet für Körper und Seele und weibliche Selbsterfahrung.

ANDREA SCHATZ, BERLIN

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe (Schwerpunkt: 'Scene') ist der 15. April 94



Statt einer Rezension:

birger sellin: ich will kein inmich mehr sein

Über ein Buch und den öffentlichen Umgang damit

"die randschau" bat Douglas Ross, der selbst Vater eines autistischen Kindes ist, das Buch von Birger Sellin zu rezensieren. Aufgrund des aktuellen öffentlichen Umgangs damit - Am 31.1.94 brachte der SPIEGEL einen Artikel mit der Titelzeile "Hand des Helfers". Untertitel: Die Zweifel an der wundersamen Dichtkunst des sprach- und wahrnehmungsgestörten Birger Sellin wachen. - entschloß sich Douglas Ross, direkt auf diese Form der Auseinandersetzung einzugehen und weniger auf das Buch selbst bzw. die Methode, mit deren Hilfe es geschrieben wurde, wie es eigentlich seine Absicht gewesen war.

Ich will dieses Buch nicht "besprechen", sondern lesen. In dem Buch sind Texte zusammengefaßt, die ein junger Mann mit Autismus geschrieben hat, der sich bis zu seinem 17. Lebensjahr überhaupt nicht äußern konnte und auch jetzt nicht sprechen kann; er kann nur mit der Hilfe einer stützenden Person schreibend "sprechen", durch die Methode der "gestützten Kommunikation" bzw. "Facilitated Communication" (FC), so heißt "gestützte Kommunikation" auf Englisch. Seit dem Erscheinen ist das Buch zu einem Bestseller geworden. Die Texte, die gleichzeitig eine außerordentliche sprachliche Kreativität sowie eine harte Realitätsbezogenheit aufweisen, haben Abertausende von Lesern fasziniert. Ich will nicht versuchen, dies hier wiederzugeben, noch will ich aus dem Buch zitieren. Man sollte es selber lesen.

Aber nicht nur, um den eigenen geistigen und emotionalen Erfahrungsbereich zu bereichern, sondern es mit einzubeziehen bei der eigenen Entscheidungsfindung über zwei Fragen: Ist es wieder möglich und gesellschaftsfähig, sich über Menschen mit Behinderungen in einem einflußreichen Wochenmagazin (DER SPIEGEL) lustig zu machen? Ist die "gestützte Kommunikation", mit deren Hilfe Birger Sellin dieses Buch geschrieben hat, eine Kommunikationshilfe oder ein Mittel zum Betrügen?

Birger Sellin benötigt die Handstütze einer assistierenden Person, um an einer Tastatur schreiben zu können. Er, wie inzwischen auch viele andere junge und ältere Menschen in der BRD, kann sonst nicht schreiben. Nur so kann die Sprache, die "intern" vorhanden ist, zum Ausdruck kommen. Kaum jemand zweifelt daran, daß Kinder und erwachsene Menschen mit Autismus, die nicht "lautierend" sprechen, also "stumm" sind, Sprache "haben". Viele haben in sehr jungen Jahren gesprochen und verstummten dann. Menschen mit Autismus verstehen, was man zu ihnen oder in ihrer Hörweite sagt. Als Teil der autistischen Behinderung haben sie jedoch ein Sprechhemmnis, das nichts mit einer Beeinträchtigung der Artikulationsorgane zu tun hat. Die Hilfestellung durch die "gestützte Kommunikation" kann dies überwinden helfen, nicht als therapeutische Intervention, sondern als Hilfsmittel.

Das Buch von Birger Sellin ist letztes Jahr in Auszügen im SPIEGEL abgedruckt worden. Nun (SPIEGEL Nr.5 v. 31.1.94, S. 191) meldet sich das Magazin wieder zum Thema mit einem Artikel in einem unglaublich hämischen, menschenverachtenden Ton. Es wird suggeriert, daß nicht er, sondern seine Mutter (als Stützerin) das Buch geschrieben hätte. Es ist von "gläubigen Eltern", von der "ehrgeizigen Mutter", von "dem Wunderknaben" die Rede. Der Beitrag basiert auf einem amerikanischen Fernsehfilm, der auch im deutschen Fernsehen zu sehen war (SPIEGEL TV, Sat 1 1.1.94, VOX 5.2.94). Der Film stellt die Frage des sexuellen Mißbrauchs in den Vordergrund - d.h. der Film zeigt Beispiele von Äußerungen von jungen Menschen, die durch FC bestimmte Personen, meist den eigenen Vater, des sexuellen Mißbrauchs bezichtigen - sowie Versuche in einer Laboratoriumssituation, die die "gestützte Kommunikation" als (unbewußte oder bewußte) Fälschung durch die Stützperson darstellen. Der Film ist einseitig und plakativ und stellt Behauptungen über die "gestützte Kommunikation" auf, die nicht stimmen. So hatten z.B. die Vertreter der FC in Amerika nicht die Gelegenheit, die Laborversuche zu kommentieren. Bemerkenswert bei der Ausstrahlung dieses Films in Deutschland war die triumphierende Aggressivität der SPIEGEL-TV-Moderatorin. Sie paßte auf unangenehme Weise zu dem selbstgefälligen Sarkasmus des SPIEGEL-Artikels.

Die Lebenssituation von Kindern und erwachsenen Menschen mit Autismus ist zu miserabel, als daß sie die herablassende Häme, die in diesem Beitrag zum Ausdruck kommt, verdient hätten. Viele können nicht mit ihrer Stimme sprechen, sie haben ihre Reaktionen auf sensorische Reize nicht unter Kontrolle, ihre Interaktionsversuche mit anderen Menschen werden nicht verstanden. Sie werden entwürdigend als "Kleinkinder" behandelt, werden isoliert und mißachtet. Autismus ist eine massive, mehrfache Kommunikations- und Entwicklungsbehinderung, deren Auswirkungen zu einer tiefgreifenden Deprivation im Kindesalter führen können: das Spiel mit anderen, gleichaltrigen Kindern ist durch das Kommunikationshemmnis gestört, das Privileg des normalen, alltäglichen schulischen Lernens mit Kindern aus der Nachbarschaft ist ohne große Hilfen nicht möglich. Von den vielen Kindern und Jugendlichen mit Autismus, die ich kenne, können nur noch etwa die Hälfte zu Hause mit ihren Eltern leben. Die reale Perspektive für viele erwachsene Menschen mit Autismus ist in der Bundesrepublik noch deprimierender: Unterbringung auf Lebenszeit in psychiatrischen Anstalten, ohne Beschäftigung, ohne Würde, unter sedativen Drogen.

Wir, als Eltern von Kindern mit Autismus, sowie unsere betroffenen Kinder, können uns den Realitätsverlust, den der Beitrag uns andichtet, nicht leisten. Wir haben zu viele unwirksame oder auch abwegige Therapieformen erlebt, als daß wir uns den Luxus erlauben könnten, "gläubig" oder "ehrgeizig" zu sein. Ich gehöre zu der Elterngruppe, die mit der "gestützten Kommunikation" als Kommunikationshilfe in der BRD angefangen hat. Wir erwarten nicht - noch erleben wir es -, daß aus den vielen vielen Kindern und Erwachsenen, die inzwischen die Methode zur Kommunikation benutzen, "Wunderkinder" werden. Oder, wie DER SPIEGEL sagt: "Wunderknaben". Wir warten nicht darauf, daß mit dem "goldenen Schlüssel" plötzlich die "verschlossene Trutzburg" sich öffnet, sondern wir sind sehr nüchtern.
Es ist aber schon ein Wunder, wenn ein junger Mensch mit 17 zum ersten Mal in seinem Leben mit einem eindeutigen "Ja" oder "Nein" antwortet. Es sind sehr unterschiedliche Menschen, manche können schneller, andere nur sehr langsam mit Hilfe der Methode zu "sprechen" anfangen. Alle haben aber eines gemeinsam: die massive mehrfache Behinderung des Autismus bleibt bestehen, dieser wird nicht wie durch ein Wunder "weggezaubert". Es kommen aber Menschen zum Vorschein, die in ihrer Persönlichkeit unglaublich stark und stabil sind, die integer sind, die ihr Leben nicht aufgeben, trotz der Verletzungen und Kränkungen, die sie durch ihre Umwelt erleben.

Der Beitrag im SPIEGEL ist beschämend schlecht recherchiert worden. Die Frage der Validität ("wer schreibt hier?") ist selbstverständlich auch für uns wichtig. Nur: Es gibt andere Wege der Nachprüfung, als die in den zitierten Studien angewendeten. Unsere Kinder erzählen uns viele Dinge, von denen wir wirklich nichts wissen konnten, die wir aber nachträglich prüfen können. Der Sprachgebrauch der zwei beteiligten Personen ist oft so unterschiedlich, daß die Vorstellung, die Äußerungen der gestützten Person seien bloß subliminal übermittelte Projektionen, einfach unrealistisch ist. Ferner stellen wir ansatzweise Verhaltensänderungen bei unseren Kindern fest, die nur dadurch zu erklären sind, daß wir über die gestützte Kommunikation mit unseren Kindern über Verhalten und Eigenkontrolle reden können.
Von all diesen Dingen scheint der SPIEGEL-Redakteur nichts zu wissen. Dafür vermag er - oder sie - Horrorszenarien über Mißbrauchsbeschuldigungen auszuwälzen. Weiß DER SPIEGEL nicht, daß solche Vorgänge in allen Teilen der Bevölkerung vorkommen? Daß sogenannte "normalo"-Kinder auch manchmal mißverständliche oder gar falsche Äußerungen machen? Wie gäbe es sonst die Diskussion um Kindesmißbrauch und um den "Mißbrauch des Mißbrauchs"? Warum sollte es dann nicht möglich sein, daß Kinder auch mit Hilfe der gestützten Kommunikation manchmal falsche Aussagen machen? Wenn ein Kind ohne Behinderung über Mißbrauch berichtet, verschließt man dem Kind nicht den Mund, sondern versucht den Vorwurf so sorgfältig wie möglich zu prüfen; nicht immer mit eindeutigen oder gar befriedigenden Ergebnissen. Mißbrauch kommt vor. Bei nichtsprechenden Kindern und Erwachsenen mit Behinderung sehr wahrscheinlich sehr viel häufiger als in Bevölkerungsgruppen ohne Behinderung.

Die Frage des sexuellen Mißbrauchs mit der Frage der Validität der gestützten Kommunikation so in Verbindung zu bringnen, wie es im Beitrag geschehen ist, ist schlechter Journalismus. Auch die Vertreter der FC in Syracuse, USA, befassen sich als Wissenschaftler seit langem mit der Frage des Mißbrauchs; sie kamen aber in dem Beitrag nicht zu Wort.

Und warum, um Gottes Willen, hat DER SPIEGEL die Geschichte von dem "nicht hingucken" erzählt? "Der Schüler steuert mit einem Finger auf die Buchstaben zu, ohne hinzugucken." Es gibt tatsächlich Menschen, die auf Gegenstände nicht geradeaus schauen können, sondern nur seitlich (peripher). Dies gilt in der "Normalbevölkerung" als Sehbehinderung und so sehen wir es auch. Manche Kinder gucken hastig, flüchtig auf den Text, aber sie gucken. Und wer nicht guckt, vertippt sich. Oder: Wieso können manche unserer Kinder lesen, ohne daß man es ihnen durch Unterricht beigebracht hat? Die Pädagogik weiß längst, daß auch Kinder ohne Behinderung manchmal lesen lernen, ohne daß sie dafür Unterricht bekommen. Es regt sich darüber auch niemand auf. Alle diese Fragen sind für sich lohnende Gegenstände der wissenschaftlichen Betrachtung, die uns als Eltern natürlich auch brennend interessieren. Aber dies scheint nicht der Zweck des Artikels zu sein.

Der Grund, warum DER SPIEGEL diesen Beitrag überhaupt gebracht hat, ist mir rätselhaft. Zur Information der Leserschaft ist er zu schlecht. Zudem tritt ein schwerwiegender Glaubwürdigkeitsverlust ein. Vor ein paar Monaten war DER SPIEGEL über Birger Sellins Buch begeistert, es gereichte zu einer umsatzsteigernden Erfolgsstory. Jetzt desavouiert DER SPIEGEL seine eigene Geschichte. Wieder zur Umsatzsteigerung? Wegen der Konkurrenz? Kleinkrieg unter Redakteuren? Auf jeden Fall ist der sarkastische Ton des SPIEGELS unwürdig. Mit diesem Artikel ist eine Schranke überschritten worden, die ich bis jetzt für Konsens gehalten habe. Ich habe mich geirrt: Es darf über Menschen mit schweren Behinderungen wieder gelacht werden.

Zu allem Überfluß bedient sich DER SPIEGEL einer "Pädagogin" als Expertin zum Zwecke der Meinungsbildung, die für den Verein "Hilfe für das autistische Kind e.V." nicht mehr arbeitet und weder Birger Sellin noch andere Jugendliche, die aus dieser Einrichtung kommen und mit der gestützten Kommunikation schreiben, wirklich beim Schreiben gesehen haben kann. Es gibt Dutzende von Menschen, die das Schreiben, die "gestützte Kommunikation", in Berlin und an anderen Orten kritisch beobachtet haben. Warum hat DER SPIEGEL sie nicht gefragt?

Ich habe meinen Sohn (17 Jahre), der seit zwei Jahren mit der gestützten Kommunikation schreibt, gefragt, was er von den Zweifeln und dem Vorwurf der Manipulation hält. Ich zitiere (mit seiner Erlaubnis): "ICH WEISS (daß es Leute gibt, die so was sagen) ABER DIESE WISSEN NICHT WAS ES BEDEUTET NICHT SPRECHEN ZU KÖNNEN ICH KANN NUR SAGEN DIE LEUTE DIE IMMER SKEPTISCH SIND HABEN UNS NICHT GESEHEN UND SOLLTEN SCHWEIGEN"

Ich stelle mir vor, daß es richtig Laune machen muß, als Redakteur oder Redakteurin für den SPIEGEL, als Normalo oder Normala, lustbetont süffisant hämisch ironisch, im Vollgefühl der eigenen Ausdruckskraft, die eigene Fabulier- und Formulierkunst so richtig auszufahren und über einen Menschen wie Birger Sellin und die anderen Menschen, die mit der FC schreiben, herzuziehen. Über Menschen, die ihre massive Behinderung weiterhin erleben müssen, die aber durch die Gestützte Kommunikation vielleicht eine kleine Chance haben, eine kleine Pforte zu dem Leben zu finden, das Menschen ohne Behinderung führen, und von dem wir, auch mit Hilfe des SPIEGELS, sie so erfolgreich fernhalten. Schöne Gesellschaft. Schönes Nachrichtenmagazin.

DOUGLAS ROSS, BERLIN

birger sellin:
ich will kein inmich mehr sein
botschaften aus einem autistischen kerker
kiepenhauer & witsch, Köln 1993, DM 29,80

REZENSION

"Unbeschreiblich weiblich"



Acht Jahre, nachdem das Buch: "Geschlecht: behindert - besonderes Merkmal: Frau" auf den Markt gekommen ist, das bis heute in fast jeder Literaturliste zum Thema "behinderte Frauen" und vielen Bücherregalen zu finden ist, gibt es von der AG SPAK ein zweites Buch zum selben Thema: "Unbeschreiblich weiblich, Frauen unterwegs zu einem selbstbewußten Leben mit Behinderung".
1985 war es das erste Mal, daß Frauen mit Behinderung zusammengekommen sind, um über ihre persönlichen Lebenserfahrungen und gemeinsamen Auseinandersetzungen ein Buch zu schreiben. Diese Diskussionen endeten nicht mit der Veröffentlichung des Buches, sondern sind weitergegangen, und sie kamen in immer mehr Zusammenhängen zur Sprache. Im Gegensatz zu anderen Büchern, die zwischenzeitlich zu diesem Thema erschienen sind, wie beispielsweise: "Weder Küsse noch Karriere", das Lebensschicksale behinderter Frauen entblößt, spiegelt es die unterschiedlichen Auseinandersetzungen der letzten Zeit wieder.

Viele Themen des ersten Buches tauchen in "Unbeschreiblich weiblich" wieder auf: die allgemeine Situation behinderter Frauen, ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt, Sozialisation, Ästhetik und die Humangenetische Beratung. Neue Themen sind das Verhältnis zu nichtbehinderten Frauen in der Frauenbewegung, Erfahrungen mit der eigenen Körperlichkeit und Therapie, sowie die Abhängigkeit von Pflege. Das Buch ist kein Produkt mehr von einer Frauengruppe. Es sind Vorträge, die Frauen in der evangelischen Akademie in Bad Boll auf zwei Seminaren zum Thema "behinderte Frauen" gehalten haben. Durch die Seminare wurde die Akademie zu einem wichtigen Forum und gemeinsamen Diskussionszusammenhang für die Probleme behinderter Frauen. An den Seminaren nahmen Frauen teil, die sich in den verschiedensten Zusammenhängen über Jahre mit dem Thema auseinandersetzen und Frauen, die bisher wenig Erfahrung mit Krüppelfrauengruppen hatten.

Dabei erscheint das Thema "behinderte Frauen" nicht als ein Gesamtproblem, sondern die Autorinnen stellen ihre Arbeitszusammenhänge und Zugänge dar, in denen die Probleme immer wieder deutlich werden. Größtenteils schreiben Frauen mit Behinderung, aber auch eine Mutter einer behinderten Tochter, eine Wissenschaftlerin, und Frauen, die beruflich mit behinderten Frauen arbeiten. Das Buch gliedert sich in vier Bereiche.
Im ersten Teil geht es um "Frauen zwischen

Behinderten- und Frauenbewegung". Während manche Artikel hauptsächlich die Diskussionen der letzten Jahre zusammenfassen, nehmen andere Autorinnen ihre eigenen Erfahrungen zum Anlaß, die Zusammenhänge neu zu reflektieren und ihre erlebten Widersprüche darzustellen. Dies führt zu neuen, spannenden Ideen, die es wert sind, weiter entwickelt zu werden. Der Bericht über die Situation (geistig) behinderter Frauen auf dem Arbeitsmarkt zeigte mir, wie stark sich unsere Diskussionen im eigenen Kreis drehen und wie wenig wir über die Lebensumstände anders behinderter Frauen wissen.

Der zweite Bereich beschäftigt sich mit "Lebenssituation und Alltagserfahrung von Frauen mit Behinderung". Der Artikel über humangenetische Beratung liefert eine gute Zusammenfassung zum bekannten Thema. Die anderen Aufsätze berichten von vielfältigen Erfahrungen von Krüppelfrauen, wie Alltagsbewältigung, Pflegeabhängigkeit und Kontakte zu allgemeinen Frauenzusammenhängen oder stellen Erfahrungen aus der eigenen oder fremden Biographien in theoretische Zusammenhänge von Politik und Körperlichkeit.

Im dritten Teil wird die Fotoausstellung der Bremer Krüppelfrauengruppe vorgestellt und im vierten Teil geht es um "Kontroversen". Die erste Kontroverse bezieht sich auf die Frage, ob Mode helfen soll, die Behinderung möglichst unkenntlich zu machen. Bei der zweiten geht es um die Frage nach weiblicher oder männlicher Assistenz. Zwei Frauen schildern in Interviews, wie sie ihre Pflegeabhängigkeit in ihrem persönlichen Umfeld erleben und in welcher Form sie Assistenz bekommen. Die ausführlichen Gespräche zeigen gut die verschiedensten Erfahrungen mit Pflegeabhängigkeit auf und wie wichtig es ist, ein Recht auf individuelle Gestaltung der Assistenzorganisation zu haben. Dies bedeutet beispielsweise, darüber entscheiden zu können, ob Männer oder Frauen die Assistenz erbringen.

Das Buch gibt gute Aufschlüsse über den derzeitigen Stand der Auseinandersetzung. Daß die Diskussion sich nicht in allen Bereichen in den letzten Jahren grundlegend geändert hat zeigt, daß es nach wie vor nur recht wenige Frauen sind, die sich an der Auseinandersetztung beteiligen und wir dadurch immer noch ein recht kleiner Kreis sind.

In den Berichten über die Bad Boller Seminare tauchen viele vertraute Alltagserfahrungen auf. Die Berichte zeigen, wie wichtig der Austausch darüber ist. Ratlos werde ich bei der Überlegung, daß sich unsere Probleme in den letzten Jahren kaum verändert haben. Wir stellen immer wieder fest, daß wir im Alltag auf sehr ähnliche Weise diskriminiert werden, uns klein fühlen und es nicht schaffen, für uns neue Ideen zu entwickeln. Auch die allgemeinen gesellschaftlichen Analysen über Diskriminierungen behinderter Frauen sind nicht neu.

Viele spannende Stellen habe ich in dem Buch gefunden, wo Frauen selbst erlebte Situationen zum Ausgangspunkt genommen haben, um bestimmte Dinge zu problematisieren. Sie nehmen ihre eigenen Probleme zum Ausgangspunkt, um daraus bestimmte Dinge zu analysieren und bestehende Strukturen aufzuzeigen. Diese Herangehensweise habe ich in Auseinandersetzungen in gemischtgeschlechtlichen Krüppelzusammenhängen noch nicht erlebt.

Aus den Berichten der Autorinnen kann ich nicht in erster Linie entnehmen, wie die Lebenssituation behinderter Frauen und ihre gesellschaftlichen Bedingungen im allgemeinen sind. Aber ich erfahre viel über selbst erlebte Probleme und Widersprüchlichkeiten. Diese Berichte zeigen, wie viele unterschiedliche, ganz konkrete Erfahrungen hinter der Formel 'behinderte Frauen werden doppelt diskriminiert' stecken. Diese Gedanken finde ich spannend. Sie bleiben nicht einfach bei der Feststellung stehen, diskriminiert worden zu sein, sondern die Autorinnen zeigen, wie sie aktiv mit der Situation umgegangen sind, ohne daß sie dabei Patentlösungen gefunden haben.

Es ist schön, daß es ein neues Buch über behinderte Frauen gibt. Es gibt einige Gedanken, bei denen ich Lust hätte, sie mit anderen Krüppelfrauen weiter zu spinnen.

KATRIN METZ, BERLIN

Gerlinde Barwig und Christiane Busch (Hg.);
Unbeschreiblich weiblich, Frauen unterwegs zu einem selbstbewußten Leben mit Behinderung;
AG SPAK Bücher M 115; München 1993; 166 S.; 32.- DM.

REZENSION

Vom Recht, ein Arschloch zu sein

"Skin" - ein ganz und gar unpädagogischer Comic mit Krüppel



Martin hat keine Arme, sondern Flossen, aber dafür sechs Finger an jeder Hand. Martin ist ein Arschloch. Natürlich nicht deswegen, aber er ist wirklich eines: er prügelt, säuft, flucht und behandelt Frauen wie den letzten Dreck. Das hat dazu geführt, daß lange kein Verlag die Story von Martin herausbringen wollte und eine Druckerei sich weigerte, diesen Schweinkram zu drucken. Mir ist nicht bekannt, ob die Verlage und die Druckerei sonst bei Sex, Gewalt und schlechten Manieren ähnlich sittenstreng sind. Sie müssen sich wohl auch selten mit einem Buch befassen, das die üblichen Rollenklischees von gut und böse, von Täter und Opfer derart radikal durcheinanderwirbelt wie die, von Peter Milligan und Brendan McCarthy als Comic erzählte, Geschichte vom Conti-Skin Martin Atchinson, genannt Martin Atchet - Martin die Axt.

"Seine Mutti hat Tabletten genommen, als sie schwanger war, damit sie nicht mehr kotzen mußte. Als Martin dann da war, hat sie wohl erst recht gekotzt." Milligan und McCarthy beschreiben in wenigen Worten und Bildern ein Milieu, in dem die Entwicklung der kleinen Mißgeburt zum rechten Kotzbrocken geradezu zwangsläufig erscheint. Martin ist Skin, was im England der 70er zwar noch nicht gleichbedeutend mit Fascho ist, aber auch nicht wesentlich sympathischer. Tatsächlich sind die Männlichkeitsrituale dieser Halbstarken sogar als Cartoon manchmal schwer erträglich in ihrer dumpfen Brutalität, ihrer Sprachlosigkeit und ihrem Mackertum. Aber was da anwidert, ist eine soziale Realität, die die Autoren nicht erfinden, sondern aufgrund eigener Erfahrungen beschreiben (Zu diesen Erfahrungen gehören übrigens auch tatsächliche Begegnungen mit Contis in der Skin-Szene).

Was aber viel mehr irritiert, ist die beharrliche Weigerung des Hauptdarstellers, seine körperlichen Defizite durch charakterliche Hochwertigkeit zu kompensieren und sich als Identifikationsfigur vereinnahmen zu lassen. Dieser Martin Atchet ist von der ersten bis zur letzten Seite ein Ekel, dem ich gerne mal die Fresse poliert hätte. Daran ändert auch die gar nicht klammheimliche Freude nichts, wenn er am Ende das Hauptquartier der Firma Grünenthal besucht (die im Buch natürlich anders heißt) und einem Profiteur des Contergan-Skandals ein eher unerfreuliches Ende bereitet. Martin ist kein Held, sondern ein kaputter Typ, den der Haß auf die Welt und sich selbst ausnahmsweise mal auf die richtige Spur führt (was ihm allerdings gar nicht gut bekommt).

Nein, ich mag ihn nicht, diesen Martin Atchet. Vielleicht auch deshalb, weil er mich so hinterhältig mit meinen eigenen verborgenen Machtphantasien konfrontiert. Wollte ich nicht immer schon mal so stark, gefährlich und unausstehlich sein wie dieser Robben-Skin, der da breitbeinig mit seinen Doc Martens im Weg steht? Und wie er das Pharma-Schwein aufmischt und die blöden Hippies, die ihn auslachen, als er zum ersten Mal..., das hat doch was, oder?

Aber Schluß damit. "Skin" ist ein ziemlich brutaler Comic und folglich Geschmackssache; wer Blut auch in gezeichnetem Zustand nicht sehen kann, läßt besser die Finger davon.

Es ist aber auch ein ziemlich guter Comic und zudem ein Test auf eigene unbewußte Erwartungshaltungen. Wann zum Teufel, habe ich mich beim ersten Lesen gefragt, fängt der Scheißkerl endlich mit seinem Bewußtseinsprozeß an - wozu ist er sonst ein Krüppel? Richtiger hätte ich fragen müssen: wozu wird er sonst als Krüppel *gezeigt*? Das ist nämlich das Ungewöhnliche an diesem Comic: daß er ohne pädagogische Absicht, und ohne Behinderung zu instrumentalisieren, von einem Glatzkopf erzählt, der zufällig Krüppel ist. Martin Atchet darf ein Arschloch sein wie alle anderen auch, und das ist gut so.
"Skin" ist eine volle Breitseite gegen den guten Geschmack und gegen ein Behindertenbild, das mir gar keine andere Wahl läßt, als ein guter Mensch zu sein. Also, wer sich traut: Ab in den nächsten Buchladen und den Buchhändler solange nerven, bis er das Ding unterm Ladentisch hervorholt! Und hat nicht Tante Eugenie aus Wuppertal demnächst Geburtstag?
Thomas Schmidt

**Peter Milligan, Brendan McCarthy : Skin
Verlag Schreiber&Leser, München, 1993
16,80 DM**

JAHRESPLANUNG 1994

2/94
Szene und Bewegung
- Zustand und Perspektiven -
Redaktionsschluß: 15. April 1994
Verantwortlich: Jörg Fretter

3/94
Krüppelkids/Scene-Nachwuchs
Redaktionsschluß: 15. Juli 1994
Verantwortlich: Ulrike Lux

4/94
Linke und Behinderte
Redaktionsschluß: 15. Oktober 1994
Verantwortlich: Thomas Schmidt

Alle diejenigen, die Ideen für die Gestaltung der Schwerpunktthemen, Interesse am Schreiben von Beiträgen zu den o.g. Themen, Lust haben sich photographisch oder künstlerisch einzubringen, sei auf das heftigste empfohlen sich an die jeweiligen Verantwortlichen zu wenden (Adressen s. u.).

Zuständigkeiten für Ressorts

Magazin
Ursula Aurien, Barbarossastr. 24, 10779 Berlin, Tel. 030 - 218 43 76

Bücher
Thomas Schmidt, Planegger Str. 10, 81241 München, Tel 089 - 88 88 598

Dates/Termine
Ulrike Lux, Wilhelmshöher Allee 24, 34117 Kassel, Tel. 0561 - 776915

Zeitschriften
Jörg Fretter, Mombachstr. 17, 34127 Kassel, Tel. 0561 / 8 45 78

LeserInnen BRIEFE

Beim Lesen der letzten Randschauausgabe sind mir einige Gedanken durch den Kopf gegangen zum Thema Selbstbestimmung behinderter Menschen. Ich bin seit längerer Zeit Leser der "raudschau". Die Zeitung vertritt den Standpunkt, daß wir behinderte Menschen unsere Integration völlig eigenständig erreichen zu können. Diese Auffassung ist aus meiner Sicht fragwürdig. Ich will das im Laufe des Artikels noch begründen. Es ist keine Frage, daß es bis zu einer gesellschaftlichen Gleichstellung noch ein weiter Weg ist. Ich brauche an dieser Stelle nicht sämtliche Defizite aufzuzählen, die es im Behindertenbereich gibt. Mir geht es auch nicht darum, die alternative Behindertenarbeit kaputtzureden. Mir geht es vielmehr darum, einen kritischen Diskussionsprozeß zu führen. Ich selber mache seit nunmehr fast zehn Jahren Behindertenarbeit oder besser gesagt Integrationsarbeit. Ich komme von der offenen Behindertenarbeit Nürnberg und bin dort ehrenamtlich tätig. Unsere Arbeit wird von Behinderten und Nichtbehinderten partnerschaftlich getragen. Natürlich haben wir uns bei unserer Arbeit auch mit vielen Schwierigkeiten auseinanderzusetzen. Dennoch halte ich diesen partnerschaftlichen Weg für sinnvoller. Ich kenne auch den anderen Weg, den die Zentren für Selbstbestimmtes Leben gehen. Ich selbst war längere Zeit Mitglied im Zentrum für Selbsbestimmtes Leben in Erlangen und dort wurde mir auch immer gesagt: Wenn du hart genug kämpfst, kannst du deinen Lebensweg ohne Nichtbehinderte bewältigen. Diese These halte ich, wie schon geschrieben, für fragwürdig. Aus meiner Sicht kann man auch nicht den Standpunkt vertreten, nur weil einer nichtbehindert sit, versteht er nichts von behinderten Menschen. Ich selbst habe durch meine Arbeit in Nürnberg gegensätzliche Erfahrungen gemacht. Ohne nichtbehinderte Menschen sinkt meine Lebensqualität und durch diese Aussage wird man vielen Menschen, die uns verstehen wollen, nicht gerecht. Ich fühle mich von einigen Menschen verstanden, wenn es auch nicht die große Masse ist. Auch Nichtbehinderte müssen lernen zu verstehen, d.h. für mich, ein partnerschaftliches Leben muß schon im Kindergarten begonnen werden. Ich bin auch der Meinung, daß sich die Zentren für Selbstbestimmtes Leben öffnen müssen für interessierte Nichtbehinderte. Das hat für mich auch die Konsequenz, daß auch die Nichtbehinderten ein Abstimmungsrecht in den Initiativen bekommen müssen. Ich sehe aus meiner Sicht erhebliche Gefahren, wenn wir Behinderte uns in Spezialvereinen abschotten. Wir werden oft ausgegrenzt. Wir sollten aber deshalb nicht mit Ausgrenzung aufwarten. Laßt uns gemeinsam für ein partnerschaftliches Leben eintreten, ohne unsere Unterschiedlichkeit zu vergessen.

HARTMUT REDER, LANGENZENN

Hallo, liebe "randschau"-RedakteurInnen!

Als ich von Freunden vor einem Jahr ein Jahres-Abo von Eurer tollen Zeitschrift geschenkt bekam, war ich begeistert. Sie ist einfach Spize!

Nun möchte ich zunächst einmal dieses Abo verlängern. Da ich diese Art von Öffentlichkeitsarbeit für ungeheuer wichtig halte, sollt Ihr nun auch ein Förder-Abo bekommen. Für uns Betroffene ist gerade in der heuigen Zeit, in der wir jeden Tag neue Hiobsbotschaften auf dem Gebiet der Sozialpolitik, insbesondere von einigen "Herren" aus Bonn, erhalten, so ein Magazin besonders wichtig. Zeigt es doch Alternativen auf und gibt neue Anregungen für unsere kreative Behindertenarbeit. Gleichzeitg ist mir Eure Zeitschrift zu einer Brücke geworden. Ich habe durch sie schon viele neue und für mich unverzichtbare Bekanntschaften geknüpft. Ich selbst versuche hier im Landkreis Cuxhaven ganz oben an der Unterelbe im "Arbeitskreis Behindertenpolitik" mit vielen Freunden etwas zu bewegen. In diesem Arbeitskreis wurde ich gebeten, die Öffentlichkeitsarbeit zu machenm. Auch hierbei ist mir Eure Zeitschrift eine große Hilfe geworden.

Mit diesen kurzen Zeilen möchte ich einfach sagen: Weiter so!
Ihr seid prima! Wir können wirklich nur gemeinsam an dem Ziel arbeiten, daß unser Leben einen menschenwürdigeren Anstrich bekommt.

ANDREAS HOHMANN, OTTERNDORF

Anmerkung der Redaktion: Wow!!! Weiter so, liebe Leserinnen und Leser!



dates

Veranstaltungsreihe des Studentenwerks Berlin,
jeweils Donnerstags, 17.00 bis 18.30 Uhr, TU-Mensa, Veranstaltungsraum, Hardenbergstr. 34:

- **24. März 94: Hans-Rainer Bönning** liest aus **"Stumme Stimmen"** (Oliver Sacks), anschl. Diskussion
- **21. April 94: "Kein Ort - Nirgends". Jutta Rütter** stellt Thesen für Frauen zwischen Behinderten- und Frauenbewegung zur Diskussion.
- **19. Mai 94: Ursula Aurien: "Gewalt gegen Behinderte"**. Strukturen, Hintergründe, Widerstand. Anschl. Diskussion.
- **16. Juni 94: "The Abnormals". Film** mit anschl. Diskussion
- **14. Juli 94: "Brauchen wir ein Antidiskriminierungsgesetz?" Martin Marquard** berichtet zur aktuellen Diskusssion für ein ADG und zieht Vergleiche zur Situation in den USA.

Infos: Beratung für beh. Studierende. Tel. TU 3112 311, FU 83002 402

Veranstaltungsreihe "Leit- und Leibbilder computerisierter Medizin". Bildungswerk der Neuen Essener Welle in Kooperation mit dem Gen-Archiv und Impatientia.

- **14. März 94, 19.00 Uhr. Jutta Rütter: Pflegever(un)sicherung**. Haus der Kirche, II. Hagen 7, 45127 Essen
- **13. April 94, 19.30 Uhr. Beate Zimmermann und Ludger Weß: Ein Netz von Überwachungszentren**. Genarchiv, Friederikenstr. 41, 45130 Essen
- **4. Mai 94, 19.00 Uhr. Gisela Wuttke und Erika Feyerabend: Organtransplantation - Zur Wegnahme von Körperstücken und ihrem Verbleib**. Haus der Kirche, Saal 1, II. Hagen 7, 45127 Essen

- **18. - 20. März 94, Oberwesel. Auch im Rollstuhl kann Frau sich wehren. Selbstverteidigung für gehbehinderte/rollstuhlfahrende Frauen.** Mit Lydia Zijdel, rollstuhlfahrende Selbstverteidigungslehrerin aus den Niederlanden. Anmeldeschluß: 4.3.94. Anmeldung: Arbeitsgemeinschft kath. Studenten- Hochschulgemeinden (AGG), z.Hd. Frau Helene Panzer, Rheinweg 34, 53113 Bonn, Tel. 0228/23 40 21, FAX 0228/23 74 76

- **22./23. April 94, Münster: 1. Landesbehindertentag in NRW. "Selbstbestimmt leben durch Gleichstellung."** Veranst. LAGH, Reichsbund, VDK. Mitwirkung des Autonomen Behindertenreferats der Uni Münster. Arbeitsgruppen (23.4.) zu Ethik und Behinderung (Dörner), Pflege/amb. Hilfen (Frehe), Reha beh. Frauen (Arnade), Wohnen und Verkehr (Österwitz), Familien mit beh. Kindern (Engelbert).
Tel. 0251/43400 Fax 0251/519051

- **27. April 94.** 9.00 bis 17.00 Uhr. Berlin: **Hochschultag** der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit/Sozialpädagogik **"EuthanaGenik"**. Gegen Euthansie und Eugenik. Infos zum Programm c/o Berthold Pleiß. Tel. 492 64 60.

- **13. - 15. Mai 94, Dortmund: Bundesweite Tagung der Interessengemeinschaften behinderter Studierender zum Thema "Sozialhilfe für behinderte Studierende - Finanzierung des behinderungsbedingten Mehrbedarfs im Studium".** Ein Schwerpunktthema soll die Situation ausländischer behinderter Studierender sein. Ameldung und Infos: BbS, Emil-Figge-Str. 50, 44221 Dortmund, Tel. 0231/755-5350, Schreibtel. 0231/755-2848

- **3. bis 5. Juni 94, Nottwil (Schweiz): Behinderten-Selbsthilfetreffen.** Neben Gedankenaustausch sollen Themen von grenzüberschreitendem Interesse im Zentrum stehen und eine Standortbestimmung. Veranst.: ASKIO Behinderten-Selbsthilfe Schweiz. Tel. 031 381 65 57. Fax 031 381 68 58
Anmeldungen bis 15. März 94

- **5. bis 6. Juni 1994 in Hamburg, Weltkongress für soziale Psychiatrie: "Abschied von Babylon - Verständigung über Grenzen in der Psychiatrie".** Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie. Vorläufiges Programm und Anmeldeformulare: Kongreßbüro, Psychiatrische Klinik, Universitätskrankenhaus Eppendorf, Martinstraße 52, 20246 Hamburg, Tel.: 040/4717-5465, Fax 040/4717-5455

- **27.9. bis 1.10.94 Duisburg: Lebenshilfe-Kongreß "Ich weiß doch selbst, was ich will!"** Menschen mit geistiger Behinderung auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung. Tel. 06421/4910

- ***bifos - Seminare***

8. bis 10.4.94 - Tagung: Die Forderungen behinderter Frauen an Gleichstellungsgesetze für behinderte Menschen
2. bis 4.5.94 - Fortbildung: Sexuelle Ausbeutung behinderter Mädchen und Frauen
13. bis 15.5.94 - Workshop: Barrierefreies Bauen für behinderte und nichtbehinderte Menschen - wie läßt sich das realisieren?
28. bis 30.6.94 - Peer Counseling - Die Praxis in europäischen Ländern
1. bis 3.7.94 - Seminarreihe: Behinderte in Politik, Parteien, Parlamente - 2. Landespolitik - das geht auch uns was an!
Infos & Anmeldung: bifos, Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel, Tel. 0561-713132 Fax 713387



Postvertriebsstück * Entgelt bezahlt
Hg.: krüppeltopia e.V., Mombachstr. 17, 34127 Kassel
Versand: 'die randschau', Mombachstr. 17, 34127 Kassel

1P 4356 F

Die nächste Ausgabe (Nr. 2/94) erscheint mit dem Schwerpunkt

»Scene/Bewegung«

Anfang/Mitte Juni 1994

Redaktionsschluß: 15.4.1994

Alle reden nur von der Kompensation der Kosten für die geplante Pflegeversicherung - wir sprechen über ihren Inhalt!

Die derzeit diskutierte Form einer Pflegeabsicherung stellt eine Bedrohung des Selbstbestimmungsrechts für Behinderte dar.

Der im Gesetz proklamierte Vorrang der häuslichen vor der stationären Pflege ist eine Farce.
Abgesehen davon, daß die monatlichen Leistungen der Pflegeversicherung generell zu niedrig sind und nur ein Bruchteil der realen Kosten für pflegerische Leistungen abdecken, wurde durch die Beschlüsse des Vermittlungsausschusses ein undurchschaubares Wirrwar an Leistungsobergrenzen geschaffen. Demnach erhalten Pflegebedürftige,

die zu Hause Hilfe in Anspruch nehmen,	maximal	DM 2250.—,
stationär (sprich: in Pflegeheimen) Untergebrachte	"	DM 2800.—.
3% bzw. 5% der 'am schwersten Betroffenen' erhalten		
bei häuslicher Pflege		DM 3750.—,
bei einer Heimunterbringung		DM 3300.—.

So ist nach dem Gesetzestext zwar der Vorrang der häuslichen Pflege für 3% der am schwersten Pflegebedürftigen gewährleistet - und auch hierbei ist zu fragen, wer wie entscheiden kann bzw. soll, welche Personen zu dieser Gruppe gehören -, bei den übrigen jedoch nicht! Zumindest bei ihnen wird das Sozialamt als Träger der über die Versicherungsleistung hinausgehenden real anfallenden Kosten angesichts der derzeitigen Finanzsituation der kommunalen Haushalte zur Kosteneinsparung auf eine Heimeinweisung drängen; um so mehr noch, weil das Pflegeversicherungsgesetz stationären Einrichtungen darüber hinaus gehende Leistungen gewährt, die das Sozialamt nicht zu übernehmen braucht:
- 'eine leistungsgerechte Vergütung für die allgemeinen Pflegeleistungen (Pflegevergütung)'
  und
- 'einen gesondert ausgewiesenen Zuschlag auf die Pflegevergütung zur Finanzierung der für den Betrieb der Pflegeeinrichtung notwendigen Investitionen einschließlich der Instandhaltung und Instandsetzung der notwendigen Anlagegüter (Investitionskosten)'

Deshalb haben wir begründete Angst, daß sich **das Pflegeversicherungsgesetz als ein Heimeinweisungsgesetz** entpuppen wird.
Selbst wenn dies nicht so wäre:

- Die maximalen Leistungen der Pflegeversicherung bei einer häuslichen Pflege von DM 2250.— (DM 3750.—) (rund-um-die-Uhr-Pflegebedürftigkeit) decken nur einen Bruchteil der realen Kosten ab, die zwischen 25 und 40 DM pro Stunde betragen. Zwar werden nach dem in der Diskussion befindlichen Gesetzentwurf die darüber hinausgehenden Kosten weiterhin vom Sozialamt übernommen, jedoch ist zu befürchten, daß durch den Höchstbetrag der Pflegeversicherung ein Standart gesetzt wird, der es noch schwerer macht, die realen Kosten bewilligt zu bekommen.
- Mit Einführung der Pflegeversicherung wird der/die Behinderte im Hinblick auf seine Pflege entmündigt: ein sogenannter 'medizinischer Dienst' der Pflegekassen wird dann durch einen sog. 'Pflegeplan' alleine darüber entscheiden, wie und in welchem Umfang der/die Behinderte Hilfe in Anspruch nehmen darf. - Besteht die behinderte Person darauf, selber zu entscheiden, wer ihr Hilfestellung leistet und sich nicht abhängig von einer Pflegeorganisation macht, reduzieren sich die maximalen Leistungen der Pflegeversicherung auf DM 1200.— monatlich und sie ist verpflichtet, sich einmal monatlich von einer sog. 'Fachpflegekraft' (auf eigene Kosten!) 'kontrollieren' zu lassen, ob sie 'richtig' gepflegt wird.
- Ansätze, daß der/die Behinderte seine Hilfskräfte als Arbeitgeber selber bei sich anstellt, werden zunichte gemacht, da die Pflegekassen nur mit Pflegeeinrichtungen (nicht aber mit den Behinderten selbst!) sog. Versorgungsverträge abschließen dürfen.

Kein Alptraum Pflegeversicherung

Wir rufen dazu auf, dem Pflegeversicherungsgesetz in der derzeit geplanten Form auf allen Ebenen entschiedenen Widerstand entgegen zu setzen!

Eine wirkliche **Lösung** der Pflegeproblematik kann aus der Sicht der Behinderten nur durch ein **bedarfdeckendes, einkommensunabhängiges steuerfinanziertes Leistungsgesetz** erfolgen, das die Betroffenen selber darüber entscheiden läßt, wer ihnen wie und in welcher Umgebung Hilfe leistet!!!



V.i.S.d.P.: Martin Seidler, Am Weingarten 2, 68169 Mannheim